

GOOD PRACTICE
IN ALTBAU- UND
GEMISCHTEN QUARTIEREN

EINE ANALYSE IM RAHMEN DES
BUND-LÄNDER-PROGRAMMS
„STADTTEILE MIT BESONDEREM
ENTWICKLUNGSBEDARF –
DIE SOZIALE STADT“



10
Arbeitspapiere
zum Programm
Soziale Stadt

Good Practice in Altbau- und gemischten Quartieren

Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms
„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf –
die soziale Stadt“

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW),
vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), finanziert aus
Mitteln des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus“ (ExWoSt)

Arbeitspapiere
zum Programm Soziale Stadt

Band 10

Berlin, Juni 2003

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin



Inhalt

Vorbemerkung	5
1. Methodik und Vorgehensweise	6
2. Strategische Handlungsinstrumente: Good Practice	9
2.1 Integrierte Handlungskonzepte	9
2.2 Quartiermanagement	21
2.3 Aktivierung und Beteiligung	32
3. Projekte und Maßnahmen in den inhaltlichen Handlungsfeldern: Good Practice	42
3.1 Beschäftigung	46
3.2 Qualifizierung und Ausbildung	54
3.3 Wertschöpfung im Gebiet	62
3.4 Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur	69
3.5 Schule und Bildung	76
3.6 Gesundheitsförderung	83
3.7 Umwelt und Verkehr	91
3.8 Stadteilkultur	99
3.9 Sport und Freizeit	107
3.10 Zusammenleben im Stadtteil	114
3.11 Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung	121
3.12 Wohnumfeld und öffentlicher Raum	131
3.13 Image und Öffentlichkeitsarbeit	138
Quellen/Literatur	147

Vorbemerkung

Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt genannt) wurde als Ergänzung zur baulich-räumlich orientierten traditionellen Städtebauförderung im September 1999 durch Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern etabliert. Für die erste Phase der Programmumsetzung (1999 bis Frühjahr 2003) übertrugen das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) und die Länder dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) die Funktion einer Informations-, Beratungs- und Vermittlungsagentur. Zu den zentralen Aufgaben gehörten der Aufbau eines bundesweiten Netzwerks zum Programm mit Internetforum (www.sozialestadt.de), zentralen und dezentralen Veranstaltungen und der Herausgabe zweier Veröffentlichungsreihen sowie die Einrichtung und Koordination der Programmbegleitung vor Ort (PvO – als aktivierender und dokumentierender Begleitforschung) in den 16 von den Ländern ausgewählten Modellgebieten (in vier Quartieren wurde die PvO direkt durch Difu-Teams durchgeführt). Zur Vorbereitung der Evaluierung des Programms Soziale Stadt wurden außerdem zwei bundesweite Befragungen durchgeführt und Good-Practice-Beispiele untersucht.

Bei der *Good-Practice*-Analyse wurde bewusst nicht auf *Best Practice* abgehoben, weil dies eine (unnötige) Ausgrenzung vieler „lediglich“ guter Beispiele bedeuten würde, bei denen Kriterien einer erfolgreichen Realisierung von Programmzielen gleichwohl in besonderem Maße erfüllt sind. Außerdem stellt sich die Situation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt hinsichtlich Problemlagen, Potenzialen, Ressourcen, Entwicklungszielen und Maßnahmenkonzepten derart komplex und auch so unterschiedlich dar, dass *Good Practice* in einem Gebiet möglicherweise die Qualität von *Best Practice* in einem anderen hätte und eine einheitliche gebietsübergreifende Bewertung wenig sinnvoll erscheint.

Die Untersuchungen von *Good Practice* wurden vom Difu arbeitsteilig mit der Wirtschaftsforschungs- und Beratungsgesellschaft empirica durchgeführt. Während empirica die Analyse auf Neubauquartiere konzentriert (veröffentlicht als Band 9 der Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt), bezieht sich die Difu-Untersuchung auf Altbaugebiete und gemischte Quartiere (Band 10 der Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt).

Difu-Projektgruppe Soziale Stadt
Berlin, Juni 2003

1. Methodik und Vorgehensweise

Good-Practice-Kriterien für gute Beispiele im Rahmen der Umsetzung des 1999 gestarteten Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ müssen sich an den Zielen des Programms orientieren. Dazu gehören die Initiierung von Revitalisierungs- und Entwicklungsprozessen in benachteiligten Stadtteilen, die Erarbeitung und Umsetzung integrativer Handlungskonzepte sowie die Mobilisierung der lokalen Selbstorganisationskräfte in den Programmgebieten. Durch die ressortübergreifende Kombination von Förderprogrammen, eine stärkere Berücksichtigung nicht-investiver Ansätze und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen sollen die vorhandenen Ressourcen für eine umfassende und integrierte Stadtteilentwicklung gebündelt und der Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und gleichzeitig auch flexibler gestaltet werden. Die Bundesregierung will mit dem Programm „neue stadtentwicklungspolitische Akzente“ setzen und „erreichen, dass in gefährdeten Stadtteilen stärker als bisher städtebauliche Maßnahmen mit Maßnahmen anderer Politikfelder verknüpft werden“¹.

Insgesamt geht es um eine Verbesserung der physischen Wohn- und Lebensbedingungen (überwiegend durch baulich-investive Maßnahmen und Projekte), der individuellen Lebenschancen (durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten in den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Hilfen zur Selbsthilfe) sowie des Gebietsimage, der Stadtteilöffentlichkeit und Identifikation mit den Quartieren (auf Basis konkreter Stabilisierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen). Dies soll mit den Strategien der Bündelung humaner und materieller Ressourcen, der Aktivierung aller lokalen und lokal relevanten Akteure sowie der Einrichtung neuer Management- und Organisationsstrukturen erreicht werden.

Die vorliegende Good-Practice-Analyse ist ein Element der bundesweiten Begleitung des Programms „Soziale Stadt“, die das Deutsche Institut für Urbanistik im Sinne einer Informations-, Beratungs-, und Vermittlungsagentur im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMV/BW) in Abstimmung mit den Ländern von Juli 1999 bis Februar 2003 durchgeführt hat².

Die Good-Practice-Untersuchungen wurden vom Difu arbeitsteilig mit der Wirtschaftsforschungs- und Beratungsgesellschaft empirica Qualitative Marktforschung, Stadt- und Strukturforshung GmbH³ durchgeführt. Während sich die Untersuchung von

1 Michael Krautzberger und Birgit Richter, „Die soziale Stadt“ – Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik und in der Sozialarbeit, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 1 (2002), S. 37.

2 Andere Kernelemente der Programmbegleitung waren der Aufbau eines bundesweiten Informationsnetzwerks zur „Sozialen Stadt“ (Durchführung und Dokumentation zentraler und dezentraler Veranstaltungen, Herausgabe der Schriftenreihen „Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ sowie „Info zur Sozialen Stadt“, Angebot eines umfangreichen Internet-Forums), die Betreuung oder Durchführung von Programmbegleitungen vor Ort (PvO) in 16 Modellgebieten (pro Bundesland eines) inklusive Durchführung von Starter- und Themenkonferenzen sowie die Vorbereitung der Programmevaluierung; vgl. *Deutsches Institut für Urbanistik*, Strategien für die Soziale Stadt – Erfahrungen und Perspektiven, Berlin 2003.

3 *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Good Practice in Neubauquartieren. Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, bearbeitet durch empirica (Arbeitspapiere zur Sozialen Stadt, Bd. 9, Berlin 2003).

empirica auf Neubauquartiere bezog, untersuchte das Difu Good-Practice-Beispiele in Altbau- und gemischten Quartieren.

Aus arbeitspragmatischen Gründen ist die Good-Practice-Analyse auf die kommunale Ebene bezogen. Die in vielen Ländern institutionalisierten neuen Management- und Organisationsformen, mit denen die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in den Kommunen unterstützt wird, sind daher nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Die Good-Practice-Analyse bezieht sich zum einen auf das strategische Handlungsinstrumentarium und zum anderen auf die inhaltlichen Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung.

Den Ausgangspunkt für die Untersuchungen sowohl von empirica als auch des Difu bildete die Difu-Projekt Datenbank zur Sozialen Stadt, die seit ihrer Freischaltung im Frühjahr 2001 Teil des Internet-Forums zum Programm Soziale Stadt ist (www.sozialestadt.de) und laufend aktualisiert sowie ergänzt wird. Sie bietet Informationen über vorwiegend in den Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ angesiedelte Projekte und Maßnahmen, die für einen erfolgversprechenden Prozess der Programmumsetzung typisch und hilfreich sind: Zu den einzelnen Projekten finden sich hier jeweils die Zuordnung zu Handlungsfeldern, eine kurze Projektbeschreibung, Informationen zu Projektträgern und -beteiligten, Finanzierung und Laufzeit sowie Hinweise zu Ansprechpersonen und Veröffentlichungen. Auch die meisten der in dieser Analyse dargestellten Good-Practice-Beispiele sind in der Datenbank enthalten; im Frühjahr 2003 waren hier rund 250 Projekte dokumentiert. Für die strategischen Handlungsinstrumente wurden außerdem die Endberichte der Programmbegleitung-vor-Ort in den 16 Modellgebieten ausgewertet.

Die Kriterien für Good Practice wurden aus den Zielsetzungen des Programms abgeleitet, wie sie vor allem im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ der ARGEBAU dargelegt sind⁴. Bewertung und Auswahl von Good-Practice-Beispielen basieren je nach Themenfeld und Komplexität im Idealfall auf der messbaren Erfüllung technischer Voraussetzungen⁵ oder den Ergebnissen empirischer Erhebungen⁶, deren Durchführung in der Regel allerdings kaum zu leisten ist, wenn sie nicht – wie etwa im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) – eigens programmatisch angelegt sind⁷. Daher enthalten viele „Best“- oder „Good-Practice“-Analysen letztlich in

4 ARGEBAU, *Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen*, Leitfaden der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Zweite Fassung vom 1. Februar 2000. In dem Leitfaden sind unter anderem Ziele formuliert in den Handlungsbereichen Bürgermitwirkung/Stadtteilleben, Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Quartierszentren, Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur, Wohnen, Wohnumfeld und Ökologie sowie methodisch-technische Hinweise für die Programmumsetzung (fachübergreifende Umsetzung, Rechtsinstrumente, Mitteleinsatz, Erfahrungsaustausch, Erfolgskontrolle und Begleitforschung).

5 Vgl. unter anderem: *Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.)*, Good-practice Leitfaden Die Umweltallianz Sachsen-Anhalt. Beispiele aus der Praxis, Magdeburg 2002.

6 Vgl. unter anderem: *RKV Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. (Hrsg.)*, Good Practice an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Kommunen, Eschborn 2001; *Städtenetzwerk NRW (Hrsg.)*, Bürgerstiftungen in Ihrer Stadt. Ein Leitfaden für Kommunen und Initiativen, Unna 2002.

7 Vgl. *Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.)*, Innovative Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Berlin 2000 (www.werkstatt-stadt.de); *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.)*, Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städ-

hohem Maße subjektive Einschätzungen der Kriterienerfüllung⁸. Dies gilt auch für die Difu-Analyse, in der allerdings auf Ergebnisse aus zahlreichen Expertengesprächen, Vor-Ort-Anschauungen sowie Erfahrungen der PvO-Teams zurückgegriffen werden konnte. Nicht zuletzt aufgrund dieser subjektiven Komponente wurde in der vorliegenden Analyse auf den Anspruch verzichtet, „Best Practice“ zu ermitteln. Dies hätte zudem eine (unnötige) Ausgrenzung von Beispielen bedeutet, die „lediglich“ als gut einzustufen wären. Außerdem ist die Situation in den Programmgebieten hinsichtlich Problemlagen, Potenzialen, Ressourcen, Maßnahmenkonzept und Entwicklungszielen nicht nur hoch komplex, sondern auch so unterschiedlich, dass „Good Practice“ in einem Gebiet möglicherweise die Qualität von „Best Practice“ in einem anderen hätte. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der mit „Best Practice“ häufig assoziierte Anspruch der Übertragbarkeit von Beispielen⁹ als problematisch, was ein weiterer Grund für eine Beschränkung auf das Qualitätsmerkmal „Good“ ist.

Als Maßstab zur Bewertung eines Beispiels als „gut“ dienen die Good-Practice-Kriterien, wobei es allerdings nicht erforderlich ist, dass in jedem Beispiel immer alle Kriterien erfüllt werden. Für die drei strategischen Handlungsinstrumente sind jeweils spezifische Kriterien entwickelt worden, die in den einzelnen Abschnitten von Kapitel 2 erläutert werden. Für alle inhaltlichen Handlungsfelder wurden übergreifende Kriterien erarbeitet, die zu Beginn des Kapitels 3 erläutert werden.

tebau, Bd. I, Bonn 1998 (Reihe Werkstatt: Praxis, Heft 4); *dies.* (Hrsg.), Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Bd. II, Bonn 1999 (Reihe Werkstatt: Praxis, Heft 6).

8 Vgl. unter anderem: *Thomas Preuß und Jens Libbe* (Hrsg.), Workshop Best practice und Indikatoren, Dokumentation „Forum Stadtökologie“ 8, Berlin 1998 (Deutsches Institut für Urbanistik, Reihe Forum Stadtökologie).

9 Vgl. unter anderem: *Karl Birkhölzer, Günther Lorenz und Monika Schillat*, Lokale Partnerschaften zur Förderung sozialen Zusammenhalts. Verfahren und Instrumente erfolgreicher Partnerschaftsentwicklung, Berlin 2001, S. 24.

2. Strategische Handlungsinstrumente: Good Practice

Zu den strategischen Handlungsinstrumenten gehören Integrierte Handlungskonzepte, Ressourcenbündelung, Quartiermanagement, Aktivierung und Beteiligung sowie Evaluierung und Monitoring. Während Konzept-, Management- sowie Aktivierungs- und Beteiligungsaspekte bereits zu Beginn der Programmumsetzung Soziale Stadt in den Kommunen im Hinblick auf erste Erfolge und Misserfolge analysierbar sind, ist eine Bewertung von Ressourcenbündelung, Evaluierung und Monitoring im Sinne von Good Practice aufgrund langfristigerer Wirkweisen erst nach längerer Programmlaufzeit sinnvoll. Da diese Voraussetzung zum jetzigen Zeitpunkt lediglich in Nordrhein-Westfalen – dem Land mit den größten Programmerrfahrungen – gegeben ist, enthält die vorliegende Analyse keine Beispiele zu Ressourcenbündelung, Evaluation und Monitoring.

Weil strategische Handlungsinstrumente gegenüber Einzelmaßnahmen und -projekten im Rahmen der inhaltlichen Handlungsfelder wesentlich komplexer sind, können sich Good-Practice-Kriterien in diesen Fällen auch auf Teilaspekte – beispielsweise die Organisation einzelner Beteiligungsgremien im Gesamtgefüge – beziehen.

2.1 Integrierte Handlungskonzepte

Das Steuerungs- und Koordinierungsinstrument Integriertes Handlungskonzept dient dazu, im Dialog zwischen Verwaltungsressorts, Quartiersbevölkerung und lokalen Akteuren alle notwendigen Politik- und Handlungsfelder in die Stadtteilentwicklung einzu beziehen¹⁰. Bund und Länder messen diesem Instrument für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ grundlegende und strategische Bedeutung bei, was unter anderem in den Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung (1999 bis 2002) deutlich wird: „Die Probleme der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind mit einem integrierten Konzept im Sinne einer ganzheitlichen Aufwertungsstrategie in einem umfassenderen Zusammenhang zielgerichteter sozialer und ökologischer Infrastrukturpolitik anzugehen. ... Maßnahmebegleitend ist ein auf Fortschreibung angelegtes gebietsbezogenes integriertes stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept durch die Gemeinden aufzustellen. Das Handlungskonzept (Planungs- und Umsetzungskonzept sowie Kosten- und Finanzierungsübersicht) soll zur Lösung der komplexen Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigen, alle Maßnahmen zur Erreichung der Ziele – auch die anderer Bau- und Finanzierungsträger – erfassen sowie die geschätzten Ausgaben und deren Finanzierung darstellen.“¹¹ Mit diesen Bestimmungen wird die Förderfähigkeit eines Gebietes an die Erarbeitung eines integrierten stadtentwicklungspolitischen Handlungskonzepts für das Quartier gebunden.

Integrierte Handlungskonzepte sind Ergebnis offener Prozesse, in denen Probleme und Potenziale in den Stadtteilen identifiziert, Ziele, Maßnahmen und Projekte zur Problemlösung formuliert und Organisations- und Managementstrukturen sowie Verfahren zur

¹⁰ Vgl. ausführlicher: *Deutsches Institut für Urbanistik*, Strategien für die Soziale Stadt – Erfahrungen und Perspektiven, Berlin 2003.

¹¹ Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2002) vom 19. Dezember 2001/9. April 2002, Art. 2, Abs. 6.

Umsetzung, Fortschreibung und zum Controlling entwickelt werden¹². Die Prozesse der Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Handlungskonzepten bieten sämtlichen Beteiligten eine Plattform für die Verständigung über alle das Programm und seine Umsetzung betreffenden Angelegenheiten. Sie stoßen Kommunikations-, Koordinations- und auch Lernprozesse zwischen den Akteuren vor Ort und in der Verwaltung an. Integrierte Handlungskonzepte sind Grundlage für Vertrauensbildung und Planungssicherheit, die als Voraussetzungen für Beteiligung und Engagement der unterschiedlichen Akteure gelten.

Good-Practice-Kriterien für die Erarbeitung, Abstimmung und Fortschreibung Integrierter Handlungskonzepte sind:

- Einbindung in gesamtstädtische Entwicklungsstrategien,
- Verknüpfung der Handlungsfelder,
- fachübergreifend abgestimmter gebietsbezogener Mitteleinsatz,
- Zeitmanagement und Prioritätensetzung,
- Beteiligung und Einbindung lokaler und lokal engagierter Akteure,
- politische Rückendeckung,
- Evaluierung und Fortschreibung.

Einbindung in gesamtstädtische Entwicklungsstrategien

Eine erfolgreiche Umsetzung des Programms Soziale Stadt hängt unter anderem davon ab, inwieweit es gelingt, gebietsbezogene Maßnahmen, Projekte, Verfahren und Strategien programmatisch mit der gesamtstädtischen Entwicklungspolitik zu verknüpfen und dabei gesamtstädtische Wirkungszusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren. Dies ist notwendig, um zu verhindern, dass problematische Entwicklungen lediglich räumlich verschoben werden oder dass quartiersbezogenen Strategien durch übergeordnete Politiken – beispielsweise in den Bereichen Wohnungswesen und Infrastruktur – entgegengewirkt wird.

Für das Antragsverfahren Soziale Stadt ist daher der Nachweis des „besonderen Entwicklungsbedarfs“ eines potenziellen Programmgebiets im Vergleich mit der gesamtstädtischen Situation zu erbringen. Das Kriterium der gesamtstädtischen Einbettung ist dann erfüllt, wenn zwei Aspekte berücksichtigt sind, die in Wechselwirkung zueinander stehen: zum einen die Berücksichtigung gesamtstädtischer Ziele und Strategien bei der Entwicklung und Fortschreibung Integrierter Handlungskonzepte, zum anderen die Kenntnisnahme dieser Konzepte durch Akteure, die für die Entwicklung eben jener gesamtstädtischen (Planungs-)Ziele und Strategien verantwortlich sind (unter anderem der Bereich Schulentwicklungsplanung).

12 Hierzu und im Folgenden: *Heidede Becker, Christa Böhme und Ulrike Meyer*, Integriertes Handlungskonzept. Steuerungs- und Koordinierungsinstrument für die soziale Stadtteilentwicklung, in: Soziale Stadt Info 6 (2001), S. 2-6, sowie Anforderungen der Länder, S. 7-10, mit Ergänzungen in Soziale Stadt Info 7, S. 13; *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtentwicklung. Dokumentation, Berlin 2002 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 7).

Verknüpfung der Handlungsfelder

Um dem integrativen Anspruch eines Handlungskonzepts gerecht zu werden, müssen zugleich soziale, ökonomische, kulturelle, ökologische und städtebauliche Handlungsfelder der Stadtteilentwicklung berücksichtigt werden. Dabei kommt Mehrzielprojekten, bei denen der integrative Gehalt bereits im Projekt verankert ist, eine besondere Rolle zu. Gute Beispiele werden dem Anspruch gerecht, gebietsbezogen baulich-räumliche mit Ansätzen aus den anderen Handlungsfeldern in Maßnahmen und Projekten zu verknüpfen – beispielsweise durch die Vernetzung von traditionellen Wohnumfeldmaßnahmen mit Beschäftigungs- oder Qualifizierungsprojekten oder durch Kooperationen/Partnerschaften zwischen Schulen und lokalen Wirtschaftsunternehmen.

Fachübergreifend abgestimmter gebietsbezogener Mitteleinsatz

Als Good Practice gilt, wenn Integrierte Handlungskonzepte eine Darstellung von Strategien, Maßnahmen und Projekten mit Angabe von Trägern, Adressaten und Finanzierung auf der Basis eines fachübergreifend abgestimmten gebietsbezogenen Mitteleinsatzes (Kosten- und Finanzierungsübersicht) enthalten. Die Bewertung „gut“ bezieht sich dabei auf die Berücksichtigung möglichst des gesamten Spektrums von Finanzierungsmöglichkeiten, das von öffentlichen Fördermitteln (Europäische Union, Bund, Land, Kommune) über private Mittel (im Rahmen von privaten Investitionen, öffentlich-privaten Partnerschaften, Sponsoring, Spenden und Stiftungen) bis zur Erwirtschaftung von Eigenmitteln reicht.

Zeitmanagement und Prioritätensetzung

Aufgrund der Komplexität integrierter Stadtteilentwicklung (vielfältige Handlungsfelder, unterschiedliche Akteure auf mehreren Steuerungs- und Handlungsebenen, fortzuschreibende Ziele und Strategie, Projektlandschaft mit unterschiedlichen Entwicklungs- und Durchführungsstadien einzelner Maßnahmen) sind ein klares Zeitmanagement und eine deutliche Prioritätensetzung wichtige Voraussetzungen für den Umsetzungserfolg. Good Practice bedeutet hier die Ausarbeitung einer transparenten, das heißt für alle relevanten Akteure nachvollziehbaren, Zeitplanung und Prioritätensetzung mit einem hohen Grad an Verbindlichkeit. Gleichzeitig enthält ein solches Zeitmanagement klare Fristen, zu denen einzelne Bausteine von Maßnahmen oder Projekten fertig gestellt sein sollen. Gute Beispiele sind zudem solche, bei denen die Planung konsequent fortgeschrieben und auf Einhaltung überprüft wird. Gleiches gilt für die Finanzierungsplanung von Projekten und Maßnahmen.

Beteiligung und Einbindung lokaler und lokal engagierter Akteure

Die Beteiligung und Einbindung lokaler und lokal engagierter Akteure setzt entsprechende Management- und Organisationsformen – also ein effektives Quartiermanagement – voraus¹³. Gute Beispiele zeichnen sich durch die Integration aller für die Pro-

13 Vgl. Abschnitt 2.2.

grammumsetzung relevanten Ämter in die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts – beispielsweise im Rahmen einer ämter- oder ressortübergreifenden Arbeitsgruppe – aus. Im intermediären Bereich sollten unterschiedliche verwaltungsexterne Akteure unter anderem aus Privatwirtschaft und Arbeitsverwaltung, von Schulen und Trägern sowie aus der Politik einbezogen sein. Good Practice bedeutet hier den Aufbau gebiets-spezifischer Kommunikations- und Kooperationsstrukturen für diese Stadtteilakteure (Foren, Stadtteilkonferenzen, themenbezogene Arbeitskreise). Ein weiteres zentrales Kriterium ist die Beteiligung der Quartiersbevölkerung an der Erarbeitung und Fortschreibung Integrierter Handlungskonzepte. Gute Beispiele zeichnen sich hier durch große Klarheit über Beteiligungsmöglichkeiten, Entscheidungs- und Handlungsspielräume, zeitliche und finanzielle Vorgaben, Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Maßnahmen- und Projektumsetzung sowie über (Zwischen-)Ergebnisse und Arbeitsstände aus. Insgesamt wird das Label „Good“ vergeben, wenn das Handlungskonzept von der Verwaltung vorerst nur als Entwurf begriffen und in Beteiligungsprozessen zur Disposition gestellt wird, so dass in einem Zusammenspiel von „top-down“- und „bottom-up“-Ansätzen die Interessen und Bedürfnisse der Stadtteilakteure in starkem Maße berücksichtigt werden.

Politische Rückendeckung

Ein Integriertes Handlungskonzept benötigt politische Rückendeckung sowohl für bereits formulierte Ziele und Verfahren als auch für die Möglichkeit, diese im Rahmen der Fortschreibung zu verändern. Nur so lassen sich Verantwortungsübernahme und persönliches Engagement der Beteiligten dauerhaft aufrechterhalten. Good Practice setzt daher voraus, dass der Stadtrat das Integrierte Handlungskonzept beschlossen, mindestens aber zur Kenntnis genommen hat.

Evaluierung und Fortschreibung

Die Evaluierung der Programmumsetzung gilt als unabdingbarer Bestandteil der Integrierten Handlungskonzepte – so ist es im ARGEBAU-Leitfaden ausgeführt. Dazu gehört, dass trotz aller Flexibilität für das jeweilige Bearbeitungsstadium verbindliche, realisierbare und operationalisierbare Ziele formuliert werden müssen. Gute Beispiele für eine solche Umsetzungs- und Qualitätskontrolle umfassen daher einen kontinuierlichen öffentlichen Diskurs über Erfolge, Misserfolge und Änderungsbedarfe im Gebiet. Auf diese Weise kann eine Anpassung der Konzepte – quasi als lernende Systeme mit lernenden Akteuren – an sich kontinuierlich wandelnde Bedingungen erfolgen (Fortschreibung). Auch im Rahmen von Prozessevaluierung kann fortlaufend über den Erfolg der eingesetzten Maßnahmen und Aktivitäten Rechenschaft abgelegt werden, um so eine adäquate Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzepts – unter Umständen mit Kurskorrekturen bei den Zielen – zu gewährleisten. Gute Beispiele dafür setzen ein leistungsfähiges, projektbezogenes Umsetzungsmanagement mit Controllingfunktion, geklärten Verfahren sowie einem Berichtswesen voraus, mithilfe dessen der jeweilige Sachstand für alle Zielgruppen nachvollziehbar dokumentiert wird.

Beispiel

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord – Integriertes Handlungskonzept

Projektbeschreibung

Anfang 1995 begann, aufbauend auf verschiedenen Grundlagen, unter Federführung des Stadtplanungsamts mit dem Stadtteilbüro als Vor-Ort-Büro die Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzeptes sowie die Diskussion in Politik und Verwaltung. Das erste Integrierte Handlungskonzept wird im Wege der jährlich aufzustellenden Fördermittelanträge fortgeschrieben; zuständig ist das Stadtteilbüro. Die Anträge werden in den politischen Gremien beraten und anschließend jährlich durch den Rat der Stadt beschlossen. Die Startphase des Stadtteilprogramms war geprägt durch den unmittelbaren Einstieg in die Projektumsetzung. Im Integrierten Handlungskonzept wurden zentrale Maßnahmenbereiche und Leitprojekte beschrieben, es existierten jedoch kein inhaltliches Leitbild und kaum konkrete Ziele für die Stadtteilentwicklung. Durch die kurzfristige Realisierung von Einzelprojekten wurden in starkem Maße Diskussionen in der Bewohnerschaft sowie deren Aktivierung und Beteiligung angeregt.

„Das zentrale örtliche Informations- und Abstimmungsgremium für das Stadtteilprogramm ist der Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord, der das Programm von Beginn an begleitet hat. In dieser etwa vierteljährlich unter der Moderation des Stadtteilbüros tagenden Runde sind die freien Träger sozialer Arbeit, Vereine, Stadt- und Bezirksverordnete, die zuständigen Fachabteilungen der Verwaltung sowie weitere wichtige Akteure und Institutionen aus den beiden Ortsteilen vertreten. Der Arbeitskreis dient vor allem der Informationsvermittlung unter den bis zu 50 beteiligten Personen und Institutionen über geplante Projekte, Veranstaltungen etc. Ebenso werden dort die jährlich neu zu beantragenden Stadtteilprogramme vorberaten.“¹⁴ Die Bewohnerschaft wird zudem in Stadtteilkonferenzen und Bürgerversammlungen direkt über das Stadtteilprogramm informiert. Eine bedeutsame Rolle spielt das „Forum 2000 Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord“, das als Dachverein von über 25 Vereinen und Institutionen des Programmgebiets gegründet wurde. Das Forum organisiert gemeinsame Veranstaltungen, verwaltet die aus Stadtteilmitteln angeschafften Geräte und Verwaltungsausrüstung, vertritt die Interessen der Bewohnerschaft des Gebiets und ist auch über die Bundes- und Landesförderung hinaus die Gewähr für bürgerschaftliches Engagement im Gebiet.

Folgende Erneuerungs- und Entwicklungsziele wurden mittlerweile für den Stadtteil festgelegt:

- „Sanierung und Wiedernutzung der Bergwerksbrache Consolidation
- Förderung der lokalen Ökonomie (Schaffung von Arbeitsplätzen, Ansiedlung neuer und Stabilisierung vorhandener Betriebe)

¹⁴ Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Abschlussbericht der Programmbegleitung-vor-Ort, Dortmund 2002 (ILS Schriften, Bd. 186), S. 66.

- Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (eingebettet in die verschiedenen Projekte des Programms)
- Aufwertung der Bismarckstraße als Einkaufsstraße
- Räumliche Integration von Wohnen und Arbeiten (z.B. auf dem Colsolidation-Gelände)
- Verbesserung des Wohnungsbestandes und Schaffung neuen Wohnraums (u.a. durch Umwandlung der Obdachlosenunterkünfte in Sozialwohnungen und durch Wohnungsneubau)
- Aufwertung des Wohnumfeldes (u.a. durch verkehrsberuhigte Zonen, Grünwegeverbindungen, Umbau von Spielplätzen, Schulhöfen etc.)
- Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und der sozialen Hilfsangebote
- Vernetzung der vorhandenen Aktivitäten (u.a. durch neue Freizeitmöglichkeiten und die Öffnung von Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen, sowie durch Koordination der Initiativen und Vereinsarbeit)
- Bewohneraktivierung durch Nachbarschafts- und aufsuchende Sozialarbeit
- Bewohnerbeteiligung an der Projektplanung und -umsetzung.“¹⁵

Mit einer Vielzahl von Projekten werden fast alle für die integrierte Stadtteilentwicklung relevanten Handlungsfelder abgedeckt und vor allem sozial-integrative, baulich-investive und wirtschaftsfördernde Projekte umgesetzt.

Durch die Zielformulierung einer Verstetigung des Entwicklungsprozesses wird ein Schwerpunkt der Arbeit auf Aktivierung und Vernetzung der Stadtteilakteure und damit ein Grundstein für langfristig tragfähige Strukturen gelegt.

Darüber hinaus werden verschiedene Untersuchungsansätze verfolgt, die dem langfristigen Evaluationskonzept des Landes entsprechen sowie die Auswahl und Abgrenzung weiterer Gebiete der Sozialen Stadt vorbereiten: Entwicklung einer Sozialraumanalyse, Analyse sozial-integrativer Projekte sowie Bewertung integrierter Arbeitsmarktprojekte.

Good-Practice-Begründung

Die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts dokumentiert die ständige Weiterentwicklung und Ergänzung des Gesamtprogramms auf Basis von diskursiven Lernprozessen aller beteiligten Akteure. In diesem offenen Prozess ist eine große Bandbreite an Erneuerungsaktivitäten entwickelt worden.

Das Integrierte Handlungskonzept ist geprägt durch eine gemeinsame Planungsphilosophie integrierter Stadtteilerneuerung der Projektbearbeiterinnen und -bearbeiter, insbesondere auch im Stadtteilbüro hinsichtlich der Qualitäten und Standards. In *jährlicher*

¹⁵ Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter, S. 25.

Fortschreibung, durch entsprechende *Ratsbeschlüsse abgesichert*, erfolgt die umfassende *Beteiligung und Einbindung lokaler und lokal engagierter Akteure*.

Das Integrierte Handlungskonzept zeichnet sich durch die *Integration aller relevanten Handlungsfelder* aus; in ihnen wurde die *Vernetzung* städtebaulicher, ökonomischer und sozial-integrativer Handlungsansätze von Beginn an zielgerichtet und systematisch verfolgt. Das Stadtteilprogramm wird im Gegenstromprinzip sowohl „top down“ als auch „bottom up“ ausgestaltet und fortentwickelt. Für die langfristige Evaluierung sind bereits verschiedene Bausteine entwickelt worden.

Projekträger und Beteiligte

- Stadt Gelsenkirchen/Stadtplanungsamt (Projekträger, Federführung)
- Stadtteilmanagement: Stadtteilbüro sowie das Büro für Wirtschaftsentwicklung und „Julius B“ für die Gemeinwesenarbeit
- Stadt- und Bezirksverordnete
- Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord
- „Forum 2000 Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord“
- Quartiersbevölkerung
- Freie Träger sozialer Arbeit
- Vereine, Institutionen, Organisationen
- Verschiedene Fachabteilungen der Verwaltung
- Alle relevanten Akteure

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung

Projektkosten und Finanzierung

- Die Mittel für die Erarbeitung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts werden von der Stadt Gelsenkirchen (Personalkosten im Verwaltungshaushalt) bereitgestellt.

Laufzeit

- Seit 1995 erfolgen kontinuierliche Fortschreibungen und Weiterentwicklungen des Integrierten Handlungskonzepts.

Weitere Informationen

- *Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter*, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Abschlussbericht der Programmbegleitung-vor-Ort, Dortmund 2002 (ILS Schriften, Bd. 186).
- *Gemeinsam für Bismarck und Schalke-Nord*. Auf dem Weg zu einer integrierten Stadtteilentwicklung. Projekte des Stadtteilprogramms (Broschüre).
- *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.)*, Handlungskonzept Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Dortmund 1997.

Ansprechpartnerin und -partner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Wolfram Schneider Projektleiter</p> <p>Stadt Gelsenkirchen Referat 61/3 Stadtplanung Rathausplatz 2, 45875 Gelsenkirchen E-Mail: wolfram.schneider@gelsenkirchen.de Telefon: +49 (0)209/169-4531 Telefax: +49 (0)209/169-4803</p>	<p>Irmgard Schiller Johannes Mehlmann Stadtteilkoordinatoren</p> <p>Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord Paulstraße 4, 45889 Gelsenkirchen E-Mail: stadtteilbuero-bismarck@gelsen-net.de Telefon: +49 (0)209/82-163 Telefax: +49 (0)209/82-179 www.ge-bismarck.de</p>

*Stand 2003

Beispiel

Quartiersentwicklungskonzept Hamburg-Altona – Lurup

Hamburg-Altona – Lurup

Projektbeschreibung

Die soziale Stadtteilentwicklung für das Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup basiert auf einem integrierten Quartiersentwicklungskonzept (Hamburger Bezeichnung für das Integrierte Handlungskonzept, im Folgenden: QUEK). Um formal vergleichbare und in der Darstellung der Inhalte vereinheitlichte Konzepte im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg zu erhalten, legte die ehemalige Hamburger Stadtentwicklungsbehörde im Jahr 2000 den „Leitfaden zur Darstellung von Quartiersentwicklungskonzepten im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung“ vor und entsprach damit Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft.

Mit der Verabschiedung der allgemeinen Richtlinie „Steuerung der Sozialen Stadtteilentwicklung“ Ende 1999 erfolgte zuvor die Einbindung des QUEK in die gesamtstädtischen Entwicklungsstrategien. Im Leitfaden werden, neben Kriterien für eine Beschreibung der Ausgangslage, übergeordnete Leitziele und Handlungsfelder einer integrierten Stadtteilentwicklung festgelegt, aus denen sich Maßnahmen für das jeweilige Gebiet ableiten. Folgende sieben Handlungsfelder wurden dabei festgelegt:

- Bürgermitwirkung und Stadtteileben,
- Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung,
- Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
- Wohnen,
- Gesellschaftliche Infrastruktur,
- Wohnumfeld und Freiflächen,
- Verkehr und Mobilität.



Foto: Sabine Tengeler, Hamburg

Erstellung und Fortschreibung des QUEK Altona – Lurup sind Aufgaben des Quartiermanagements, mit dem das Bezirksamt Altona die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) beauftragt hat. Die Erarbeitung erfolgt gemeinsam mit allen Akteuren der Quartiersentwicklung – dem Stadtteilgremium „Luruper Forum“, das eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet hat, der örtlichen Politik, dem Bezirksamt Altona, das auch die Abstimmung der Inhalte mit den jeweiligen Fachbehörden übernimmt.

Die Beteiligung der Quartiersbevölkerung erfolgt – über Partizipationsmöglichkeiten im Luruper Forum hinaus – durch Bürgerversammlungen, Workshops und Methoden wie z.B. „planning for real“. Das Luruper Forum und die Bezirksversammlung Altona beschließen die Zielsetzungen des QUEK, das anschließend der Senatskommission vorge-

legt wird. Der erste Entwurf wurde im Jahr 2000 erarbeitet, die Fortschreibung erfolgte 2001.

Auf Quartiersebene wurden die Ziele und Handlungsfelder des Leitfadens für das Gebiet angepasst, präzisiert und entsprechend operationalisiert. Für die Fortschreibung wurden zudem den einzelnen Handlungsfeldern zugeordnete Strategien der Zielerreichung entwickelt. So ist ein Konzept entstanden, das allen Beteiligten einen verlässlichen Rahmen bietet und das als Kommunikations- und Steuerungsinstrument im Prozess der Quartiersentwicklung eingesetzt wird.

Die Zielformulierungen für Lurup lauten z.B.:

- Aktivierung und Beteiligung der Akteure,
- Entwicklung und Förderung der Kooperation,
- Imageverbesserung durch Öffentlichkeitsarbeit,
- Arbeitslosigkeit vermeiden, Eingliederung fördern,
- Entwicklung geeigneter Konzepte und Maßnahmen zur Stabilisierung der wohnungsnahen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe,
- Aktivierung vorhandener Flächenreserven und Unterstützung von Existenzgründungen,
- Förderung, Unterstützung und Vernetzung der infrastrukturellen Angebote, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
- Gesundheitsförderung,
- Konfliktmanagement und Unterstützung ziviler Konfliktaustragung,
- Fortsetzung der Instandsetzung und Modernisierung, Verbesserung und Schaffung von Wohnnutzungsmöglichkeiten für Familien,
- Wohn- und Wohnumfeldidentifikation unterstützende Maßnahmen zur Vermeidung von „incivilities“,
- Ausbau und Pflege der Qualität des grünen Wohnumfelds,
- Verbesserung der Qualität und Lückenlosigkeit der Fuß- und Radwegeverbindungen sowie der Stellplatzsituation in Teilbereichen des Gebiets,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie
- an der Lebenswelt anknüpfende Projekte.

Um die notwendige Planungssicherheit für den Mitteleinsatz der zu beteiligenden Behörden, aber auch privater Investoren herzustellen, ist ein Zeit-Maßnahmen-Kosten-Programm (ZMKP) Bestandteil des QUEK, auf dessen Grundlage jährlich Arbeitspläne vereinbart werden.

Good-Practice-Begründung

Das Quartiersentwicklungskonzept stellt sich als „lernendes System“ dar, das für alle Beteiligten in der Stadtteilentwicklung als „Roter Faden“ fungiert.

Bedeutsamer Aspekt der Hamburger Statteilerneuerung ist die frühzeitige *konzeptionelle Einbindung der gebietsbezogenen Strategien* in einen entwicklungs-konzeptionellen Überbau *auf gesamtstädtischer Ebene*. Die vom Senat beschlossenen Grundlagen beziehen sich sowohl auf inhaltliche Anforderungen und die Ausgestaltung des Konzepts als auch auf organisatorische Erarbeitungsformen. Durch Ersteres wird die *Berücksichtigung aller relevanten Handlungsfelder* gewährleistet. In der Ausgestaltung des QUEK-Lurup erfolgt in verschiedenen Bereichen die *Verknüpfung mehrerer Handlungsfelder*. Von Anfang an waren *Zeitmanagement und Prioritätensetzung* Bestandteile des Konzepts, das sich durch eine systematische, kontinuierliche *Beteiligung und Einbindung lokaler und lokal engagierter Akteure* auszeichnet. Die *politische Rückendeckung* manifestiert sich in regelmäßigen Beschlüssen der Bezirksversammlung, die sich auch auf die *Fortschreibungen* beziehen. Wenngleich die Arbeit mit diesem Instrument keineswegs konfliktfrei ist, hat sich der Arbeitsansatz bewährt, der trotz der Prozessorientierung eindeutige *Steuerungsfunktionen* besitzt.



Fotos: Sabine Tengeler, Hamburg

Projekträger und Beteiligte

- Freie und Hansestadt Hamburg – Bezirksamt Altona (Federführung und Auftraggeberin für das QUEK)
- Bezirksversammlung Altona
- Behörde für Bau und Verkehr (Federführung für das Programm der sozialen Stadtteilentwicklung Hamburg)
- Luruper Forum „AG Quartiersentwicklung“
- Senatskommission für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt und Verkehr (SENKO)
- Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) (erstellt das QUEK)
- Quartiersbevölkerung
- Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- alle relevanten Akteure im und für das Gebiet

Projektkosten und Finanzierung

Die Finanzierung der Erarbeitung und Fortschreibung des QUEK erfolgt mit Mitteln, die die Behörde für Bau und Verkehr dem Bezirksamt Altona für das Quartiersmanagement zur Verfügung stellt.

Laufzeit

- Seit 2000 erfolgen kontinuierliche Weiterentwicklungen des Quartiersentwicklungskonzeptes.

Weitere Informationen

- Quartiersnachrichten der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG)
- Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“, Ausgabe Juli/August 2002 (pdf, ca 718 kB).
- www.unser-lurup.de – hier kann die aktuelle Fortschreibung des QUEK heruntergeladen werden, ebenso die aktuellen Ausgaben von Lurup im Blick.

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Jonna Schmoock Stadtteilkoordinatorin Lurup</p> <p>Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksamt Altona – Koordinationsstab K4 Platz der Republik 1, 22765 Hamburg</p> <p>E-Mail: jonna.schmoock@altona.hamburg.de Telefon: +49 (0)40/42811-3130 Telefax: +49 (0)40/42811-2579</p>	<p>Ludger Schmitz Quartiersentwickler</p> <p>Ulrike Lierow Quartiersentwicklerin</p> <p>STEG Hamburg mbH Schulterblatt 26-36, 20357 Hamburg</p> <p>E-Mail: steg-lurup@steg-hh.de E-Mail: ulrike.lierow@steg-hh.de Telefon: +49 (0)40/84050247 od. 431393-0 Telefax: +49 (0)40/84050249 www.steg-hh.de</p>

*Stand 2003

2.2 Quartiermanagement

Die effiziente Umsetzung des Programms Soziale Stadt ist auf kooperative politische und administrative Strukturen angewiesen, auf deren Basis die im Quartier als erforderlich angesehenen Maßnahmen, Aktivitäten, Mobilisierungs- und Revitalisierungsprozesse realisiert werden können. In diesem Zusammenhang wird Quartiermanagement zum Schlüsselinstrument für die Bewältigung der komplexen Aufgaben- und Zielstellungen integrierter Stadtteilentwicklung. Es soll „auf der Quartiersebene Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklungsprozesse schaffen“ und umfasst „mehr als eine Sanierungsträgerschaft und mehr als die sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit“¹⁶. Nach dem Anforderungsprofil¹⁷, das vom Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) gemeinsam mit dem Difu erarbeitet worden ist¹⁸, kann Quartiermanagement generell als strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau von selbsttragenden sowie nachhaltig wirksamen personellen und materiellen Strukturen zur Entwicklung des Quartiers bezeichnet werden. Good-Practice-Kriterien für Quartiermanagement sind:

- Einbindung aller für die Programmumsetzung relevanten kommunalen Steuerungs- und Handlungsebenen,
- geklärte Zuständigkeiten,
- funktionierendes Zusammenwirken der Steuerungs- und Handlungsebenen,
- personelle und zeitliche Kontinuität von Quartiermanagement,
- Verlagerung von Handlungs- und Entscheidungskompetenzen in den Stadtteil,
- politische Rückendeckung.

Einbindung aller für die Programmumsetzung relevanten kommunalen Steuerungs- und Handlungsebenen

Leistungsfähiges Quartiermanagement ist ein komplexer Prozess, der sowohl auf der Verwaltungs- und der Umsetzungsebene des Quartiers als auch im intermediären Bereich angesiedelt ist und damit alle drei Steuerungs- und Handlungsebenen gleichermaßen berücksichtigt.

Gute Beispiele für die Organisation auf der *Verwaltungsebene* umfassen nicht nur die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe mit entscheidungsbefugten Mitgliedern, sondern auch die Nominierung einer/s „Gebietsbeauftragten“, der oder die im Sinne einer/s Koordinatorin oder Koordinators unter anderem für die horizontale Vernetzung der involvierten Ämter (gebietsbezogene ressortübergreifende Zusammenarbeit),

16 *Monika Alish*, Stadtteilmanagement: Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dieselbe (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen 1998, S. 12 ff.

17 Zu Definitionsansatz und Organisationsmodell vgl. *Thomas Franke und Gaby Grimm*, Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung, in: Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.), Quartiermanagement – Ein strategischer Stadt(teil)entwicklungsansatz. Organisationsmodell und Praxisbeispiele, Transferprodukt der Netzwerkarbeit, o.O., November 2002, S. 5-12.

18 Dieser Ansatz ist im Netzknoten Quartiermanagement des „Netzwerk: Kommunen der Zukunft“ weiterentwickelt worden; vgl. *Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.)*, o.O., November 2002.

die Steuerung des Einsatzes kommunaler Ressourcen, die Gesamtprojektsteuerung und Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes, aber auch die Finanzplanung zuständig ist.

Good Practice auf der *Quartiersebene* ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Vor-Ort-Büros mit qualifizierter personeller Besetzung sowie einer anforderungsgerechten Sachausstattung, die als unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche integrierte Stadtteilentwicklung gilt. Zu den Aufgaben eines solchen Büros gehören unter anderem die horizontale Vernetzung und Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren sowie themenspezifische aufsuchende Arbeit/Aktivierung der Quartiersbevölkerung.

Für die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im *intermediären Bereich*, der zwischen Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor, Bewohnerinnen und Bewohnern sowie sonstigen lokalen Akteuren vermittelt, bedeutet „gut“, wenn eine Gebietsmoderatorin oder ein Gebietsmoderator eingesetzt wird, die oder der beispielsweise im Rahmen von Beteiligungsforen unter anderem folgende Aufgaben wahrnimmt oder zumindest koordiniert: vertikale Vernetzung zwischen „Verwaltungs-“ und „Lebenswelt“¹⁹, Sicherstellung des Informationsflusses zwischen allen beteiligten Ebenen, Herstellung von Verfahrenstransparenz, Moderation, Mediation, Dialogmanagement, Öffentlichkeitsarbeit.

Geklärte Zuständigkeiten

Good Practice bedeutet auch die eindeutige Klärung der Verantwortlichkeiten auf der jeweiligen Steuerungs- und/oder Handlungsebene. Hierbei sind sowohl die Verwaltung als auch die Quartiersebene und der intermediäre Bereich in der Pflicht, da Quartiermanagement immer gleichzeitig „top-down“- und „bottom-up“-Ansätze umfasst.

Funktionierendes Zusammenwirken der Steuerungs- und Handlungsebenen

Die Qualität des Zusammenwirkens von Verwaltungs- und Quartiersebene sowie dem intermediären Bereich ist entscheidend dafür, ob mühsam im Quartier ausgehandelte Kompromisse Bestand haben oder wieder verworfen werden. Letzteres kann die Glaubwürdigkeit des Erneuerungsprozesses beschädigen und die zukünftige Mitwirkungsbereitschaft der verschiedenen Akteure einschränken. Bei guten Beispielen funktioniert das Zusammenwirken der Steuerungs- und Handlungsebenen dadurch, dass es verbindlich organisiert – beispielsweise im Rahmen von Leistungsvereinbarungen – sowie über formelle und informelle Kooperations- und Kommunikationsstrukturen geregelt ist („Schnittstellenmanagement“)²⁰.

19 Vgl. *John Friedmann*, Die verwundete Stadt. Gedanken zur Sozialplanung der Stadt, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“. Dokumentation der Veranstaltung am 7. und 8. Mai in Berlin, Berlin, November 2002, S. 115-120 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 8).

20 Vgl. *Franke/Grimm*, Quartiermanagement, S. 8.

Personelle und zeitliche Kontinuität von Quartiermanagement

Gute Beispiele für Quartiermanagement umfassen die Klärung eines realistischen Zeitrahmens für die öffentliche Förderung von Quartiermanagement, damit im Programmgebiet kein „Koordinationsvakuum“²¹ entsteht, wenn etwa der anvisierte Zeitraum nicht ausgereicht hat. Quartiermanagement kann also nicht als Instrument zur kurzfristigen Lösung von Teilaufgaben der Stadtentwicklung betrachtet werden, sondern ist eine grundlegend neue, prozesshafte Herangehens- und Handlungsweise zur dauerhaften Entwicklung und Stabilisierung von benachteiligten Quartieren. Good Practice bezieht sich damit auch auf ausreichende Laufzeiten von Arbeitsverträgen insbesondere für Fachkräfte, die im Rahmen von Quartiermanagement vor Ort und im intermediären Bereich zuständig sind und deren personelle Kontinuität Voraussetzung für den notwendigen Aufbau von Vertrauen ist.

Verlagerung von Handlungs- und Entscheidungskompetenzen in den Stadtteil

Der Erfolg von Quartiermanagement – insbesondere im intermediären Bereich und vor Ort – hängt darüber hinaus von ausreichend großen Gestaltungsspielräumen ab. Good Practice bedeutet, dass entsprechende Arbeitsgremien Kompetenzen und Möglichkeiten erhalten, eigene Beschlüsse zu fassen und Ideen zeitnah in die Tat umzusetzen. Sie benötigen also entsprechende Entscheidungsbefugnisse und materielle Ressourcen (z.B. im Rahmen eines Verfügungsfonds). Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Akteure aus Politik und Verwaltung Kompetenzen in den Stadtteil abgeben, wobei eine solche Machtverlagerung wiederum mit der Legitimation der Stadtteilgremien zur Beschlussfassung – beispielsweise zur Verwendung von Mitteln aus einem Verfügungsfonds – einhergehen muss.

Politische Rückendeckung

Der Erfolg von Quartiermanagement ist unter anderem davon abhängig, dass es durch politische Beschlüsse abgesichert ist. Darüber hinaus ist auch die inhaltliche Einbindung der Politik auf allen Managementebenen im laufenden Prozess eine wichtige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit von Quartiermanagement. Gute Beispiele in diesem Zusammenhang zeichnen sich nicht nur durch eine entsprechende Beschlussfassung im Stadtrat aus, sondern auch dadurch, dass (Lokal-)Politikerinnen und Politiker das Quartiermanagement unterstützen und mit ihm partnerschaftlich kooperieren (Mitarbeit in Gremien, Anerkennung der vor Ort geleisteten Arbeit im Rahmen politischer Öffentlichkeitsarbeit).

21 Klaus Austermann, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Abschlussbericht der Programmbegleitung vor-Ort, Dortmund 2002, S. 94 (ILS Schriften, Bd. 186).

Beispiel

Quartiermanagement Flensburg-Neustadt

Flensburg – Neustadt, Schleswig-Holstein

Projektbeschreibung

Das Quartiermanagement für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt in Flensburg umfasst die Quartiersebene, den intermediären Bereich und die Verwaltungsebene.

Auf der *Quartiersebene* ist an zentral gelegener Stelle an einer Hauptverkehrsstrasse ein Stadtteilbüro eingerichtet worden, in dem das „Stadtteilmanagement Flensburg-Neustadt“ seinen Sitz hat. Dieses besteht aus zwei miteinander kooperierenden Privatbüros, die im Auftrag der beiden für die Programmumsetzung federführenden Fachbereiche der Verwaltung unterschiedliche Aufgabenbereiche abdecken. Eine Stadtteilmanagerin ist für die Sanierungsberatung von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie generell für städtebauliche Fragestellungen und Aspekte der Wohnumfeldverbesserung zuständig. Die andere Person kümmert sich um Aktivierung, Beteiligung und Kommunikation im Stadtteil; sie initiiert, unterstützt und akquiriert Projekte in den Bereichen Soziales, Kinder und Jugend, Gesundheit, Schule, Kultur sowie Wirtschaft. Das Stadtteilmanagement ist außerdem für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.



Fotos: Helene Luig-Arlt

Das Stadtteilbüro wird nicht nur vom Stadtteilmanagement genutzt. Die Wirtschaftsakademie/Fachhochschule Flensburg (Young-Management) bietet hier außerdem eine Existenzgründerberatung an, die Initiative MOIN hält ein Beratungsangebot für Jugendliche vor. Ferner werden vom Seniorenbeirat Beratungsgespräche für Behinderte angeboten.

Das Stadtteilmanagement ist die Schnittstelle zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, anderen Akteuren, Institutionen sowie der Verwaltung und organisiert die Kommunikation im *intermediären Bereich*. Dazu gehören die Unterstützung von Initiativen und Stadtteilprojekten, die Vernetzung von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und anderen lokalen Akteuren, das Angebot von Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Vermittlung bei Interessenkonflikten (Mediation). Die Gebietsbevölkerung kann sich außerdem in den vierteljährlich stattfindenden Sanierungstreff einbringen, an dem auch die Kommunalpolitik teilnimmt. Eine weitere Beteiligungsmöglichkeit ist der Sanierungsbeirat, aus dessen Kreis drei Vertreter benannt werden, die über die Verwendung von Mitteln aus dem Verfügungsfonds entscheiden. Daneben gibt es den bereits vor Beginn der Sanie-

rung gegründeten Arbeitskreis Flensburg Nord (AKFN), in dem sich freie Träger und Institutionen aus dem Stadtteil zusammengeschlossen haben. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter von Polizei, Schulen, Kindertagesstätten, der Moscheen, der Häuser der offenen Tür, des Stadtteilbüros sowie der Lokalpolitik an. Der AK ist offen für die gesamte Gebietsbevölkerung.

Auf der *Verwaltungsebene* ist eine verwaltungsinterne, fachübergreifende Arbeitsgruppe (AG Neustadt) eingerichtet worden, in der neben verschiedenen Fachbereichen auch die Wirtschaftsregionalförderung sowie das Stadtteilbüro vertreten sind. Die Federführung für das Stadtteilmanagement und den Gesamtprozess der Sozialen Stadterneuerung teilen sich die Fachbereiche Umwelt und Planen sowie Jugend, Soziales und Gesundheit, deren Zusammenarbeit in einem Kooperationsvertrag geregelt ist.

Die Kommunikation zwischen Quartier, intermediärem Bereich und der Verwaltungsebene wird durch die Beteiligung des Stadtteilmanagements an der AG Neustadt und am städtischen Sanierungsbeirat sichergestellt. In diesen Gremien vertritt es unter anderem die von ihm initiierten Themen-Arbeitskreise (Soziales, Sprachförderung, Wohnen und Wohnumfeld, Gewerbe, Integration, Migrantinnen).

Good-Practice-Begründung

An der Umsetzung des Programms Soziale Stadt in Flensburg-Neustadt sind *alle drei* relevanten *Steuerungs- und Handlungsebenen* beteiligt. Dabei sind die *Zuständigkeiten* insbesondere im intermediären Bereich und auf der Quartiersebene eindeutig *geklärt*. Die Bereiche Städtebau und Stadtentwicklung sowie Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung werden von je einer Person übernommen, die Zusammenarbeit ist über einen Kooperationsvertrag geregelt. Das *Zusammenwirken der drei Ebenen* ist über die Teilnahme des Stadtteilmanagements an allen wichtigen Gremien *organisiert*. Da hieran auch Kommunalpolitikerinnen und -politiker beteiligt sind, erhält der gesamte Prozess *politische Rückendeckung*. Außerdem werden Vorlagen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms Soziale Stadt den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Konzeption des Vor-Ort-Büros mit seinen beiden Stadtteilmanagerinnen sieht *zeitliche und personelle Kontinuität* vor.

Projektträger und Beteiligte

- Stadt Flensburg (Projektträger)
- Fachbereich Umwelt und Planen
- Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit
- Stadtteilmanagement

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Initiativen/Vereine
- Unternehmen/Gewerbetreibende

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Mittel der Wohnungsbauunternehmen

Die Instandsetzung/Sanierung eines ehemaligen Dartclubs für die Nutzung als Stadtteilbüro wurde aus Mitteln eines Wohnungsbauunternehmens finanziert, das dem Büro zudem ein Jahr Mietfreiheit gewährt hat. Die heutige Finanzierung des Stadtteilbüros (Miete, Sach- und Personalkosten sowie Bauberatung und Erstellung von Rahmenplänen) wird aus dem Programm Soziale Stadt bestritten; die hier angebotenen Beratungsleistungen werden teilweise von den jeweils zuständigen Trägern finanziert. Die Stadtteilmanagerinnen werden über nicht-investive Mittel aus dem Programm Soziale Stadt finanziert.

Laufzeit

- Seit Februar 2000 fortlaufend

Weitere Informationen

- *Frinken, Matthias, Helga Rake und Susanne Schreck*, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt, Modellgebiet Flensburg-Neustadt. Programmbegleitung vor Ort-Endbericht, Hamburg 2002
- *Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hrsg.)*, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/2080, Bericht der Landesregierung. Die Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ – Drucksache 15/1944
- Soziale Stadt info 2: Aktuelle Informationen zum Bund-Länder-Programm, September 2000, S. 6-8
- www.flensburg.de/Soziale_Stadt/index.htm

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

Projektenebene	Kommunalebene
<p>Dr. Peter Schroeders Fachbereichsleiter FB 4/Umwelt und Planen/ Städtebauförderung Am Pferdewasser 14 24931 Flensburg E-Mail: stadtplanung@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-2322 Telefax: +49 (0)461/85-1675</p> <p>Frank Rolfes Stadtverwaltung Flensburg Leiter des FB 4/Umwelt und Planen/Städtebauförderung Am Pferdewasser 14 24931 Flensburg E-Mail: stadsanierung@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-2842 Telefax: +49 (0)461/85-1675</p> <p>Helene Luig-Arlt Stadtteilbüro Flensburg-Neustadt Schulgasse 10, 24939 Flensburg E-Mail: fb4-neustadtbuero@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-1270/71 Telefax: +49 (0)461/85-1272 www.flensburg.de</p> <p>Sylvia Schröder Stadtteilmanagerin Bauen und Wohnen Schulgasse 10 24939 Flensburg E-Mail: neustadtbuero@flensburg.de Telefon:+49 (0)461/85-1271 Telefax: +49 (0)461/85-1272</p>	<p>Frank Rolfes Stadtverwaltung Flensburg Leiter des FB 4/Umwelt und Planen/Städtebauförderung 24931 Flensburg Am Pferdewasser 14 E-Mail: stadsanierung@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-2842 Telefax: +49 (0)461/85-1675</p> <p>Hermann Stell Oberbürgermeister Rathausplatz 13, 24931 Flensburg E-Mail: info@flensburg.de E-Mail: pressestelle@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-2229 Telefax: +49 (0)461/85-1670</p> <p>Dr. Peter Schroeders Stadtverwaltung Flensburg Fachbereichsleiter FB 4/Umwelt und Planen/ Städtebauförderung 24931 Flensburg Am Pferdewasser 14 E-Mail: stadtplanung@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-2322 Telefax: +49 (0)461/85-1675</p>

*Stand 2003

Beispiel

Stadtteil- und Projektmanagement in Kassel

Kassel – Nordstadt, Hessen

Projektbeschreibung

Mit einem Magistratsbeschluss wurde 1999 als Schwerpunkt des Integrierten Handlungskonzepts ein Steuerungsmodell für die Organisation der Umsetzung des Programms Soziale Stadt in Kassel politisch abgesichert („Nordstadt-Projekt“). Als übergreifende Organisationsstruktur umfasst es sowohl das Projektmanagement (Gesamtsteuerung für integrierte Stadtteilentwicklung), als auch – Teil davon – das Stadtteilmanagement (Organisation der Programmumsetzung auf Quartiersebene und im intermediären Bereich). Die Federführung für das Nordstadt-Projekt liegt beim Dezernat V: Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit der Stadt Kassel. Die Federführung für die Planung und Umsetzung der baulichen Maßnahmen liegt beim Dezernat VI: Stadtentwicklung, Umwelt, Planen und Bauen, sodass insgesamt sowohl eine eher sozialpolitisch ausgerichtete als auch eine baulich-städtebaulich orientierte Verwaltungseinheit gemeinsam die Verantwortung für die Programmumsetzung übernehmen.



Foto: Stadtteilmanagement Nordstadt-Projekt

Aufgaben und Organisation des Projektmanagements schließen drei Steuerungs- und Handlungsebenen ein:

- Auf der *Quartiersebene* ist ein Stadtteilbüro (Stadtteilladen) eingerichtet worden, in dem eine bei der Kommunalen Arbeitsförderung gGmbH (KAF gGmbH) – einer Ausgründung des Sozialamtes – angestellte Quartiermanagerin arbeitet. Laut Leistungsvereinbarung zwischen Stadt und KAF gGmbH gehören die Aktivierung der Bevölkerung, die Arbeit mit lokalen Vereinen und Verbänden, die Erarbeitung von Projektvorschlägen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Teilnahme an Gremiensitzungen zu ihren Aufgaben. Hauptsächlich ist sie Ansprechpartnerin für die Bevölkerung und andere Akteure vor Ort. Die Stelle des Quartiermanagements ist bis 2006 finanziell gesichert.
- Zuständig für den *intermediären Bereich* ist eine ebenfalls bei der Kommunalen Arbeitsförderung gGmbH angesiedelte Stadtteilmanagerin. Ihr obliegt die Organisation, Moderation und Dokumentation der Sitzungen des Runden Tisches, an dem verschiedene Fachämter/Abteilungen, unterschiedliche Träger und Institutionen, Stadtteilgremien wie der Ortsbeirat und der Ausländerbeirat, verschiedene Arbeitsgruppen auf Stadtteilebene sowie die Wohnungswirtschaft beteiligt sind. Zu den wichtigsten Funktionen dieses Gremiums gehören die Vernetzung der in der Nordstadt tätigen Akteure, die Identifizierung von Missständen sowie die Initiierung von Projekten und Maßnahmen im Stadtteil. Die Stadtteilmanagerin ist außerdem für Berichtswesen und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Mitteleinwerbung aus Förderpro-

grammen auf EU-, Bundes- und Landesebene zuständig. Sie koordiniert Projekte im Stadtteil und organisiert Bürgerbeteiligung. Eine wesentliche Aufgabe ist darüber hinaus die Vermittlung von Informationen und Projektvorschlägen aus dem Stadtteil in die Verwaltungsebene. Gleichzeitig kümmert sie sich um die Einbindung des Nordstadtprojekts in die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS).

- Auf der *Verwaltungsebene* sind im Rahmen des Projektmanagements eine mit fünf Dezernentinnen und Dezernenten besetzte übergreifende Steuerungsgruppe sowie eine kommunale Projektentwicklungsgruppe als Gremium auf Amtsleitungs- und Fachabteilungsebene – mit gemeinsamer Federführung von Sozial- und Planungsamt – eingerichtet worden. Beide Einheiten berücksichtigen die Empfehlungen des Runden Tisches, wobei die Projektentwicklungsgruppe inhaltliche Fragen diskutiert, während die Steuerungsgruppe auf dieser Grundlage über Projektprioritäten vor dem Hintergrund der jährlich fortgeschriebenen Mittel- und Zeitplanung entscheidet.

Good-Practice-Begründung

Das Kasseler Beispiel zeigt, wie *alle drei* in die Organisation der Umsetzung des Programms Soziale Stadt involvierten kommunalen *Steuerungs- und Handlungsebenen* organisiert und ausreichend personell besetzt werden können. Dabei sind die *Zuständigkeiten* für verschiedene Aufgaben auf unterschiedlichen Ebenen *geklärt*. Außerdem ist das *Zusammenwirken der drei Ebenen organisiert* (Leistungsvereinbarung zwischen Stadt und KAF gGmbH, Berücksichtigung von Empfehlungen aus dem Stadtteil und dem intermediären Bereich in den Gremien der Verwaltungsebene). Management und Organisation haben als Teile des Gesamtprozesses der Programmumsetzung aufgrund eines Magistratsbeschlusses *politische Rückendeckung*. Wichtig ist außerdem, dass ein Vor-Ort-Büro mit *zeitlicher und personeller Kontinuität* eingerichtet worden ist.

Projektträger und Beteiligte

- Kommunale Arbeitsförderung gGmbH (KAF) für Projekt- und Stadtteilmanagement sowie für das Quartiermanagement (Projektträger)
- Verwaltung

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Akteure im Gebiet
- Verwaltung
- Magistrat

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Mittel aus Soziale Stadt (HEGISS: Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt)
- Kommunale Mittel zur Finanzierung des Stadtteilmanagements

Laufzeit

- Quartiermanagement bis 2006
- Projekt- und Stadtteilmanagement seit 1999 bis 2005

Weitere Informationen

- *Arbeitsgruppe Dialogische Planung der Universität Kassel, FEH Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH, Modellgebiet Kassel-Nordstadt, Endbericht der Programmbegleitung vor Ort, Kassel 2002*
- *Arbeitsgruppe Dialogische Planung der Universität Kassel, FEH Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH, Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Nordstadt Kassel. Eine Vorstudie im Auftrag der Stadt Kassel, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit, Kassel 1997*
- *Caroli, Ilona, Sozial- und bewohnerorientiertes Stadtteilentwicklungskonzept Nordstadt, Magistrat der Stadt Kassel, Dezernat für Soziales, Schule, und Gesundheit (Hrsg.), Kassel 1997*
- *Stadt Kassel, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales, Jährliche Zwischenberichte zum Nordstadt-Projekt „Soziale Stadterneuerung – ein Projekt der Lokalen Agenda 21 in Kassel*
- *Zebe, Gabrielle, Quartiermanagement am Beispiel des Nordstadtprojekts Kassel. Studienarbeit an der Universität Gesamthochschule Kassel im WS 1999/2000, Kassel 2000*

*Ansprechpartnerinnen**

Projektenebene	Kommunalebene
<p>Gabriela Pohle</p> <p>Stadtteilmanagerin Kommunale Arbeitsförderung gGmbH Obere Königsstraße 8, 34112 Kassel E-Mail: gabriela.pohle@stadt-kassel.de Telefon: +49 (0)561/787-7138 Telefax: +49 (0)561/787-4093 www.kaf-kassel.de</p> <p>Sabine Schaub</p> <p>Kommunale Arbeitsförderung gGmbH Bereich Öffentlichkeitsarbeit Obere Königsstraße 8, 34112 Kassel E-Mail: sabine.schaub@stadt-kassel.de Telefon: +49 (0)561/787-7125 Telefax: +49 (0)561/787-4093 www.kaf-kassel.de</p> <p>Tanja Fey</p> <p>Quartiermanagerin Kommunale Arbeitsförderung gGmbH Telefon: +49 (0)561/8619218 Telefax: +49 (0)561/787-4093</p>	<p>Ilona Caroli</p> <p>Stadträtin Magistrat der Stadt Kassel Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales Obere Königsstraße 8, 34112 Kassel E-Mail: ilona.caroli@stadt-kassel.de Telefon: +49 (0)561/787-1276 Telefax: +49 (0)561/787-2215</p>

*Stand 2003

2.3 Aktivierung und Beteiligung

Mit den strategischen Handlungsinstrumenten Aktivierung und Beteiligung sollen quartiersbezogene Beteiligungsstrukturen aufgebaut, lokale Initiativen, Organisationen und Unternehmen vernetzt sowie individuelle Problemlösungskompetenzen auch bisher nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden (Empowerment). Der ARGEBAU-Leitfaden enthält dazu vergleichsweise genaue Aussagen; als wichtige Ziele sind unter anderem die „Aktivierung örtlicher Potenziale, Hilfe zur Selbsthilfe“ und die „Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze“ genannt²². In benachteiligten Quartieren „wird es zum zentralen Anliegen der Stadtteilentwicklung, das eigenständige Stadtteileben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbständige Gemeinwesen funktionieren.“ Zum „Handeln in den Städten und Gemeinden“ wird festgestellt: „Den Gemeinden obliegt es, eine umfassende Bürgermitwirkung sicherzustellen. Dabei ist während der Laufzeit der Sonderförderung auch darauf hinzuwirken, dass die in Gang gekommenen Beteiligungsprozesse im Quartier dauerhaft weiterwirken.“

Unter Aktivierung lassen sich alle Techniken verstehen, mit denen einzelne Personen oder Personengruppen im Quartier angesprochen und in Kommunikation (miteinander) gebracht werden können. Zu den Zielen von Aktivierung gehört es, Kontakt zu Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern aufzunehmen und zu pflegen, die von ihnen in ihrer Lebenswelt erfahrbaren Probleme zu identifizieren und die Mitwirkungsbereitschaft Einzelner bei der Stadtteilentwicklung zu wecken und zu erfragen. Es handelt sich also in erster Linie um projektunspezifische, vergleichsweise informelle und zu einem großen Teil aufsuchende Vorgehensweisen: aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, aufsuchende Arbeit, Streetwork, Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Schlichtung von Interessenkonflikten (Mediation), Organisation von Versammlungen, (Stadtteil-)Festen, Veranstaltungen und Aktionen, Gebiets- und Gebäudebegehungen, Informationsangebote und -veranstaltungen. Auch quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit mithilfe von (mehrsprachig) Stadtteilzeitungen, Plakaten, Flyern, Broschüren, Rundbriefen, Internetangeboten sowie dem Einsatz von Logos und Slogans ist Teil der Aktivierungsarbeit²³.

Beteiligung setzt dagegen auf einer eher formalen Ebene an und basiert auf mehr oder weniger geplanten Verfahren (konkretes Programm, bestimmter Ort, moderierter Ablauf) sowie vergleichsweise konkreten Zielvorstellungen (z.B. Diskussion zu bestimmten Themen, Entwicklung von Projekten, Vertretung von Gruppeninteressen). Zu solchen Beteiligungsformen gehören Stadtteilkonferenzen, Stadtteil- oder Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, thematische Arbeitskreise oder -gruppen, Workshops und beteiligungsorientierte Projekte. Welche Aktivierungstechniken und Beteiligungsformen eingesetzt werden, ist davon abhängig, welche Ziele mit welchen Akteursgruppen ver-

²² Hierzu und zum Folgenden: *ARGEBAU*, S. 4 f. und S. 8 ff.

²³ Zu Aktivierungstechniken vgl. *Marion Mohrlock, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder, Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich*, München 1993, S. 223 f. (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113).

folgt werden. Vor diesem Hintergrund sind Good-Practice-Kriterien für Aktivierung und Beteiligung:

- Orientierung an der spezifischen Situation der Quartiersbevölkerung,
- aktives Organisieren der Interessen vor Ort durch aufsuchende Arbeit,
- Niedrigschwelligkeit von Beteiligungsangeboten,
- Einsatz eines Verfügungsfonds,
- Klarheit über Prozessverläufe und Entscheidungsbefugnisse,
- Integration bereits bestehender Initiativen und Organisationen,
- Vor-Ort-Präsenz von Quartiermanagement,
- politische Rückendeckung.

Orientierung an der spezifischen Situation der Quartiersbevölkerung

Entscheidend für wirksame Aktivierung und Beteiligung ist, dass die Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und deren heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Good Practice bedeutet hier, offen auf die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner zuzugehen, ihre Ideen aufzunehmen und einen vielfältigen „Methodenkoffer“ unter Berücksichtigung der örtlichen Ausgangssituation effektiv zu nutzen. Dabei ist die Unterstützung von Ideen aus den Reihen der Bewohnerschaft und deren Mitwirkung bei der Maßnahmen- und Projektumsetzung ein zentraler Aktivierungsaspekt.

Aktives Organisieren der Interessen vor Ort durch aufsuchende Arbeit

Aktivierung ist zentraler Bestandteil der Arbeit vor Ort. Es geht darum, zunächst ohne konkreten Projektbezug die Interessen und Probleme der Quartiersbevölkerung kennen zu lernen und durch vielfältige Formen der Kontaktaufnahme die Basis für eine bedürfnisorientierte Entwicklung von Einzelprojekten aus der Situation vor Ort für die lokale Lebenswelt zu schaffen²⁴. Vor diesem Hintergrund umfasst Good Practice im Bereich Aktivierung alle Maßnahmen und Instrumente, mit denen Problemlagen und Wünsche der Quartiersbevölkerung identifiziert, die Interessen vor Ort organisiert, Kommunikation untereinander angestiftet und die Ideenproduktion unterstützt werden. Gute Beispiele zeichnen sich durch ein aktives Zugehen auf die Quartiersbevölkerung mit einem großen Anteil aufsuchender Arbeit aus.

Niedrigschwelligkeit von Beteiligungsangeboten

Gute Beispiele für niedrigschwellige Beteiligungsangebote richten sich weitgehend nach den Erfordernissen und Bedürfnissen derjenigen Bevölkerungsgruppen, die erreicht wer-

²⁴ Vgl. dazu: *Wolfgang Hinte*, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm (Stand 9/2001) und *Maria Lüttringhaus*, Förderung von Partizipation durch integrierte Kommunalpolitik: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm (Stand 9/2001).

den sollen. Good Practice bedeutet auch, eher formale Beteiligungsangebote mit vergleichsweise anspruchsvollen Kommunikations- und Verfahrensregeln durch lokal und zeitlich begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten – beispielsweise im Rahmen von Projektrealisierungen/„Mitmachprojekten“ – zu ergänzen. Dadurch können auch denjenigen Bevölkerungsgruppen Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden, die nicht über die für eine (regelmäßige) Teilnahme an Stadtteilgremien notwendigen Kommunikations- und Konfliktfähigkeiten verfügen²⁵; dies gilt insbesondere für (jugendliche) Migrantinnen und Migranten, Arbeitslose sowie Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Transferleistungen.

Einsatz eines Verfügungsfonds

Mangelnde Entscheidungsbefugnisse auf der lokalen Ebene und damit fehlende Möglichkeiten eines schnellen Handelns waren in der Vergangenheit ein wesentlicher Hinderungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung. Zur Aktivierung der Bevölkerung und zur Initiierung eines Selbstorganisationsprozesses ist daher die Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets notwendig, aus denen kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisiert werden können. Gute Beispiele dafür zeichnen sich weniger durch große Beträge aus, die zur Verfügung gestellt werden, als vielmehr durch die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert direkt vor Ort einsetzen zu können. Good Practice bedeutet auch, dass die Entscheidung über die Vergabe solcher Gelder demokratisch legitimiert ist und möglichst repräsentativ für die Zusammensetzung der jeweiligen Quartiersbevölkerung und des lokalen Akteursspektrums erfolgt.

Klarheit über Prozessverläufe und Entscheidungsbefugnisse

Hinsichtlich der Realisierung von Bewohnerwünschen dürfen keine Illusionen erzeugt werden, um einmal errungenes Vertrauen nicht zu enttäuschen. Gute Beispiele zeichnen sich dadurch aus, dass Verfahren zur Umsetzung von Maßnahmen und Projekten inklusive realistischer Zeitschienen für alle transparent sind. Good Practice umfasst auch die Klärung der Fragen, wie bedeutsam Beteiligung im Gesamtprozess ist, welche Verbindlichkeit die in Beteiligungsgremien getroffenen Entscheidungen haben, wer der Adressat von Empfehlungen oder Beschlüssen ist und wie das weitere Prozedere außerhalb der Beteiligungsgremien geregelt ist.

Integration bereits bestehender Initiativen und Organisationen

Über die eingesetzten Aktivierungstechniken und Beteiligungsangebote hinaus erweist es sich für die Arbeit vor Ort als unerlässlich, den Kontakt zur Quartiersbevölkerung auch über bereits bestehende Initiativen und Organisationen wie Interessengemeinschaften – beispielsweise von lokalen Einzelhändlern –, Mietergremien, Bürgervereine, Elternbeiräte, Pfarrgemeinden oder Stadtteilbeiräte aufzunehmen und sie in die Netzwerke einzubeziehen. Im Sinne von Good Practice geht es sowohl darum, die Vielfalt bereits

²⁵ Vgl. Heiko Geiling, Thomas Schwarzer, Claudia Heinzelmann und Esther Bartnick, Begleitende Dokumentation der PvO im Modellstadtteil Hannover-Vahrenheide. Endbericht, Hannover 2002, S. 131 f.

vorhandener Initiativen und Organisationen im Gebiet mit ihren jeweiligen Aktivitäten aufzuzeigen (Transparenz zu Angeboten und Mitwirkungsmöglichkeiten), als auch darum, die jeweiligen Akteure stärker in den Stadtteilentwicklungsprozess einzubinden.

Vor-Ort-Präsenz von Quartiermanagement

Unabdingbare Voraussetzungen für Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung ist eine kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort in für alle zugänglichen Anlaufstellen (Vor-Ort-Büros). Good Practice heißt in diesem Zusammenhang gute Erreichbarkeit (sowohl räumlich als auch in Bezug auf Öffnungs- und Sprechzeiten), flexible Raumnutzungsmöglichkeiten sowie die effektive Organisation von Kommunikation, Unterstützung und Vernetzung durch aufsuchende Arbeit, aber auch niedrigschwellige Ansprechbarkeit im Vor-Ort-Büro.

Politische Rückendeckung

Auch Aktivierung und Beteiligung sind auf die Rückendeckung durch Politik und Verwaltung angewiesen, wenn sie als Instrumente und Methoden einer demokratischen Mitbestimmung von unten tatsächlich ernst genommen werden sollen. Gute Beispiele sind daher solche, bei denen Aktivierung und Beteiligung im Rahmen von Integrierten Handlungskonzepten als wesentliche Elemente integrierter Stadtteilentwicklung vom Rat politisch beschlossen oder zumindest zur Kenntnis genommen worden sind.

Beispiel

Quartiersfonds Boxhagener Platz – „Kiez wird Millionär“ Berlin – Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Friedrichshain

Projektbeschreibung

In Berlin wurde in den Jahren 2001 und 2002 für jedes am Programm Soziale Stadt teilnehmende Gebiet ein Quartiersfonds in Höhe von rund 500 000 Euro (1 Mio. DM) eingerichtet, über dessen Verwendung jeweils ein Vergabeausschuss befand, der zu mindestens 51 Prozent mit nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern besetzt war; die verbleibenden 49 Prozent setzten sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Vereinen, Initiativen, lokalen Gruppen, Senioreneinrichtungen, Gewerbe/Einzelhandel, Wohnungswirtschaft, Mieterbeiräten, Schulen/Schülerschaft, Elternvertretungen sowie den bereits in das Quartiermanagementverfahren involvierten Einzelpersonen zusammen.



Foto: Erika Hausotter

Im Quartiersmanagementgebiet Boxhagener Platz wurden entsprechend 300 Einwohnerinnen und Einwohner per Zufallsprinzip ausgewählt und mit der Bitte um Mitarbeit in der Quartiersfondsjury angeschrieben. Von den rund 70 an einer Mitarbeit Interessierten wurden 23 für die 36-köpfige Quartiersfondsjury ausgelost. Die verbleibenden 13 Jurymitglieder waren unter anderem Elternvertreterinnen und -vertreter aus den Schulen im Gebiet, Vertreterinnen und Vertreter soziokultureller Vereine und Projekte, Gewerbetreibender, Hauseigentümer.

Die Quartiersfondsjury tagte nicht-öffentlich; zur Beschlussfassung über die Mittelvergabe war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, wobei mindestens 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sein mussten. Im Zeitraum von April 2001 bis November 2001 gingen insgesamt 136 Projektanträge unter anderem von Einzelpersonen, Bewohnergruppen, Initiativen und Vereinen sowie Gewerbetreibenden ein. Die Anträge, die in sehr unterschiedlicher Form und Qualität eingereicht worden waren, wurden von einem lokalen Medienbüro aufbereitet und visualisiert, sodass allein aufgrund ihrer Präsentation keine Unterschiede mehr sichtbar waren. Durch diese fachliche Unterstützung konnten Hemmschwellen, einen Projektvorschlag einzureichen, weitgehend abgebaut werden. Insgesamt wurden 59 Projektanträge bewilligt – weit mehr als die Hälfte davon aus dem Bereich Soziale und kulturelle Infrastruktur –, und fünf Projekte waren zur späteren Realisierung (Nachrückerprojekte) vorgesehen. Von Letzteren wurde eines realisiert, da andere Projekte die bewilligten Summen nicht benötigten.

Die Entscheidungen der Quartiersfondsjury sind jeweils unmittelbar nach den Sitzungen im Schaufenster des Quartiersbüros, der Stadtteilzeitung Infobox sowie auf der Internetseite www.boxhagenerplatz.de/qfonds veröffentlicht worden, um die Öffentlichkeit zu informieren sowie Transparenz über den Entscheidungsprozess herzustellen. Alle bewilligten Projekte konnten bis Ende 2002 verwirklicht werden.

Good-Practice-Begründung

Die Festlegung durch das Land Berlin, dass die Quartiersfondsjury mehrheitlich (zu mindestens 51 Prozent) mit Vertreterinnen und Vertretern der Quartiersbevölkerung besetzt sein musste, die wiederum gemeinsam mit anderen lokalen Akteuren (die verbleibenden 49 Prozent) demokratisch über eingereichte Projektvorschläge abzustimmen hatte, garantierte vergleichsweise große *Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* mit *weitreichenden Entscheidungsspielräumen*.



Foto: Erika Hausotter

Da viele durch den Quartiersfonds angestoßene Maßnahmen im Nachhinein weiterwirken, andere Aktivitäten unabhängig von einer solchen Förderung ausgelöst worden sind und sich die Quartiersfondsjury als ehrenamtliches Gremium auch außerhalb der eigentlichen Entscheidungsprozesse für den Stadtteil engagiert, lassen sich eine von dem Projekt ausgehende große *Impulswirkung für Stadtteilentwicklung* und – damit einhergehend – ein *hoher Identifikationsgrad* für alle beteiligten Akteure konstatieren.

Der Quartiersfonds Boxhagener Platz bot für alle lokalen Akteure die Möglichkeit, sich mit Ideen, Konzepten und Projekten in die Quartiersentwicklung einzubringen. Mit der Vergabebjury wurde zudem eine Organisationsform geschaffen, in der alle Gebietsakteure repräsentativ vertreten waren und durch die ihnen zugestandenene Entscheidungsbe-fugnisse von „Betroffenen“ zu „Entscheidern und Initiatoren“ der Gebietsentwicklung wurden. Damit war die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* wesentlich Grundlage der Quartiersentwicklung.

Die Entscheidungen der Quartiersfondsjury bauten auf dem im Herbst 1999 diskutierten und im März 2000 beschlossenen *Integrierten Handlungskonzept* Quartiersentwicklung Boxhagener Platz auf.

Projektträger und Beteiligte

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (Projektträger)
- Quartiersmanagement Boxhagener Platz (Projektträger)
- Medienbüros UV2 und VitaminS
- Quartiersbevölkerung
- Sonstige lokale Akteure

Zielgruppe

- Quartiersbevölkerung
- Sonstige lokale Akteure

Projektkosten und Finanzierung

- Landesmittel aus dem Programm „Sozialorientierte Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung): eine Million DM (rund 500 000 Euro) für Quartiersfonds Boxhagener Platz für die Jahre 2001 und 2002

Laufzeit

- 2001 und 2002

Weitere Informationen

- Der Kiez wird Millionär – Quartiersfonds Boxhagener Platz, in: Stadtbauwelt Nr. 12 (2003), S. 46-49
- www.boxhagenerplatz.de/qtfonds
- www.quartiersmanagement-berlin.de

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Erika Hausotter</p> <p>BIS Stadtteilmanagement GmbH Quartiersbüro/Quartiersmanagerin Krossener Straße 9/10, 10245 Berlin E-Mail: quartiersbox@t-online.de Telefon: +49 (0)30/2949-2501 Telefax: +49 (0)30/2949-2136 www.boxhagenerplatz.de www.quartiersmanagement-berlin.de</p>	<p>Ralf Hirsch</p> <p>Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Regionaler Sachgebietsleiter Württembergische Straße 6-10, 10707 Berlin E-Mail: ralf.hirsch@senstadt.verwalt-berlin.de Telefon: +49 (0)30/9012-4569 Telefax: +49 (0)30/9012-3189</p>

*Stand 2003

Beispiel

Jungsein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord – Julius B.

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Projektbeschreibung

Julius B. ist ein vom Jugendamt der Stadt Gelsenkirchen initiiertes und in freier Trägerschaft (Bauverein Falkenjugend e.V.) im Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord realisiertes Projekt, mit dem zum einen mittels aufsuchender Arbeit Bewohnerengagement und Selbsthilfepotenziale im Stadtteil aktiviert und zum anderen die Kooperation der Akteure der sozialen Arbeit gefördert werden sollen. Ausgangspunkt der Arbeit von Julius B ist die These, dass identitätsbildende Aktivitäten, die Qualifizierung nachbarschaftlicher Bezüge und die Vernetzung sozialer Arbeit dazu führen, dass die Bewohnerschaft ihre Interessen selbst in die Hand nimmt.



Zielgruppe der Aktivierungsarbeit sind in erster Linie Kinder und Jugendliche, über deren Kontakte werden aber auch generationenübergreifend andere Bewohnergruppen im Stadtteil einbezogen. Professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen Jugendliche darin, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Zusammen mit den Betroffenen werden Probleme ermittelt und Problemlösungen entwickelt. Dabei steht nicht die individuelle, sondern die gemeinsame Erarbeitung von Lösungsstrategien in sozialer Gruppenarbeit im Vordergrund. Darüber hinaus werden offene Ferienprogramme, Spielplatzfeste sowie Hilfen bei Berufsorientierung und Bewerbung von Julius B. initiiert und konzipiert.

Zur Förderung der Kooperationsbereitschaft initiiert Julius B. – quasi als Vermittler – Kontakte zwischen Einrichtungen und Trägern im Stadtteil. Gleichzeitig steht Julius B. auch selbst als Bündnispartner zur Durchführung von Projekten zur Verfügung. Kooperationen gibt es beispielsweise mit den Institutionen und freien Trägern im Bereich der sozialen und kulturellen Arbeit, den städtischen Diensten, Schulen, Interessengruppen und Vereinen sowie lokalen Betrieben. Außerdem unterstützt Julius B. das „Forum 2000 Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord“, einen Zusammenschluss von Vereinen und Verbänden aus dem Ortsteil.

Das Projekt Julius B. arbeitet im Verbund mit dem Stadtteilbüro und dem Büro für Wirtschaftsentwicklung; gemeinsam bilden sie das lokale Stadtteilmanagement. Während das Stadtteilbüro ortsnahe Anlauf- und Koordinierungsstelle im Stadtteil ist und das Büro für Wirtschaftsentwicklung für Unterstützung und Stärkung der lokalen Ökonomie verantwortlich zeichnet, übernimmt Julius B. Aufgaben in Bezug auf Befähigung, Artikulation und Partizipation.

Good-Practice-Begründung

Die aktivierende Arbeit der *Vor-Ort-Einrichtung* Julius B. ist auf den Stadtteil und seine Bewohnerschaft zugeschnitten und *orientiert sich damit an der spezifischen Situation der Stadtteilbevölkerung*. Mit *aufsuchender Arbeit* und aktivem Zugehen auf die Bewohnerschaft werden lokale Potenziale mobilisiert, Kontakte unter den Bewohnerinnen und Bewohnern geschaffen, Nachbarschaften gestärkt und damit die *Interessen vor Ort aktiv organisiert*. Durch die vielfältigen Kooperationen gelingt es, bereits *bestehende Initiativen und Organisationen* erfolgreich in die Aktivierungsarbeit *einzubeziehen*.

Projektträger und Beteiligte

- Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V. (Projektträger)
- Vertraglich geregelte Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Gelsenkirchen
- Besondere Soziale Dienste, Allgemeiner Städtischer Sozialdienst

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder/Jugendliche
- Initiativen/Vereine

Projektkosten und Finanzierung

- Sonstige Städtebauförderungsmittel
- Mittel aus Landesprogrammen
- Kommunale Mittel

Die Projektmittel sind jährlich neu zu beantragen, dem Projekt steht pro Jahr ein bestimmter Ansatz für „Innovationsmittel für Angebote im Ortsteil Schalke-Nord“ zur Verfügung.

Julius B. wird im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landesprogramms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf aus Mitteln des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Förderung von Aktivierung und Kontaktstellen vor Ort) finanziert. Die Mittelbeantragung und -bewilligung erfolgen jährlich. Auch der Träger des Projekts beteiligt sich mit Eigenmitteln am Projekt. Zusätzlich werden Mittel im Rahmen eines Teilprojekts der Landesregierung und der Sportjugend Nordrhein-Westfalen zur gezielten Förderung von Mädchen und Jungen über das Medium Bewegung, Spiel und Sport eingesetzt.

Der Anteil kommunaler Eigenmittel an den Projektkosten beträgt etwa zehn Prozent.

Laufzeit

- Seit September 1996 fortlaufend, voraussichtliches Ende 2004

Weitere Informationen

- *Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter*, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung – Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort (PvO) im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund (Hrsg.), Dortmund 2002 (ILS-Schriften Bd. 186)
- *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)*, Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000
- *Kürpick, Susanne, und Marion Murböck*, Analyse sozial-integrativer stadtteilbezogener Projekte. Eine exemplarische Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, Dortmund 2002
- www.ge-bismarck.de

Ansprechpartnerin und -partner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Nursel Balci</p> <p>Greitenstieg 4, 45889 Gelsenkirchen E-Mail: JuliusB@aol.com Telefon: +49 (0)209/899266 Telefax: +49 (0)209/899268</p> <p>Martin Schabler</p> <p>Greitenstieg 4, 45889 Gelsenkirchen E-Mail: JuliusB@aol.com Telefon: +49 (0)209/899266 Telefax: +49 (0)209/899268</p>	<p>Johannes Mehlmann</p> <p>Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord Paulstraße 4, 45889 Gelsenkirchen E-Mail: stadtteilbuero-bismarck@gelsen-net.de Telefon: +49 (0)209/821-23 Telefax: +49 (0)209/821-79</p>

*Stand 2003

3. Projekte und Maßnahmen in den inhaltlichen Handlungsfeldern: Good Practice

Das breite Spektrum der Probleme und Potenziale, auf deren Basis die Programmgebiete der Sozialen Stadt ausgewählt und abgegrenzt worden sind, spiegelt sich in den inhaltlichen Handlungsfeldern von Maßnahmen und Projekten:

- Beschäftigung
- Qualifizierung und Ausbildung
- Wertschöpfung
- Soziale Aktivitäten und Infrastruktur
- Schule und Bildung
- Gesundheitsförderung
- Umwelt und Verkehr
- Stadtteilkultur
- Sport und Freizeit
- Zusammenleben
- Wohnungsmarkt und -bewirtschaftung
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- Image und Öffentlichkeitsarbeit

Dieser Katalog war auch Grundlage für die Dokumentation von Projekten und Maßnahmen in der Internet-Projektdatenbank. Die einzelnen inhaltlichen Handlungsfelder und die kommunalen Strategien zur Zielerreichung werden jeweils vor der Darstellung der entsprechenden Good-Practice-Beispiele kurz erläutert.

Unabhängig von einer konkreten Zuordnung zu einem bestimmten Handlungsfeld können folgende allgemein gültige Good-Practice-Kriterien für gute Maßnahmen- und Projektbeispiele zur Erreichung der inhaltlichen Programmziele genannt werden:

- Einbindung in das Integrierte Handlungskonzept,
- innovativer Gehalt,
- integrativer Gehalt,
- Impulswirkung für die Stadtteilentwicklung,
- Beitrag zum Aufbau langfristig selbst tragender Strukturen,
- dauerhafte Sicherung,
- hoher Grad an Eigeninitiative,
- hoher Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten,
- Befähigung und Qualifizierung,
- hohes Identifikationspotenzial (mit dem Gebiet),
- offensive Öffentlichkeitsarbeit,
- Kooperation unterschiedlicher Akteure.

Einbindung in das Integrierte Handlungskonzept

Die Einbindung einer Maßnahme oder eines Projektes in das Integrierte Handlungskonzept gewährleistet, dass sie oder es Teil eines umfassenden Zielsystems ist und damit keine isolierte Einzelmaßnahme bleibt. Beispiele sind dann gut, wenn sie in ein politisch abgesichertes Integriertes Handlungskonzept eingebettet sind.

Innovativer Gehalt

Das Erreichen der inhaltlichen Programmziele erfordert oftmals die Überschreitung bisheriger Vorgehens- und Verfahrensstandards. Dazu gehören unter anderem die Verknüpfung bisher getrennt voneinander betrachteter sektoraler Ansätze (zum Beispiel aus dem baulichen und dem sozialen Bereich) oder die Integration neuer Aspekte in gewohnte Arbeitsansätze. Gute Beispiele zeichnen sich also durch ein besonderes Maß an Kreativität und Experimentierfreude aus, allerdings sollte ihr „innovativer Gehalt“ problemadäquat, zielführend und damit inhaltlich begründbar sein.

Integrativer Gehalt

Der gesamte Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ ist ein integrativer, unter dem alle für einen Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf als erforderlich geachteten Projekte und Maßnahmen aus den unterschiedlichsten Handlungsfeldern zusammenfasst werden. Gute Beispiele sind daher sowohl so genannte „Mehrzielprojekte“, die sich durch eine Überlagerung von mindestens zwei verschiedenen Handlungsfeldern und dadurch eine fachübergreifende Umsetzung auszeichnen, als auch solche, durch die unterschiedliche Zielgruppen erreicht und zusammengebracht werden (generationenübergreifend, interkulturell).

Impulswirkung für die Stadtteilentwicklung

Das Label „good“ kann aber auch vergeben werden, wenn ein einzelnes Projekt in einem bestimmten Handlungsfeld eine hohe Impulswirkung auf ein oder mehrere andere Handlungsfelder hat (Anstoßwirkungen im Sinne von „Leuchtturmprojekten“ für die gesamte Stadtteilentwicklung).

Beitrag zum Aufbau langfristig selbst tragender Strukturen

Das Oberziel des Programms lautet, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf wieder zu langfristig selbst tragenden und funktionierenden Gemeinwesen zu entwickeln. Gute Maßnahmen und Projekte sollten daher einen Beitrag zur Stärkung lokaler (Organisations-)Strukturen leisten – beispielsweise im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung – sowie das kontinuierliche Engagement lokaler Akteure wecken und im Hinblick auf Langfristigkeit unterstützen. Konkret bedeutet Good Practice hier unter anderem die Unterstützung und Stabilisierung bürgerschaftlichen Engagements und von Selbsthilfestrukturen sowie den Aufbau ehrenamtlicher Strukturen.

Dauerhafte Sicherung

Ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau langfristig selbst tragender Strukturen ist die dauerhafte Anlage von Projekten, die wesentlich von einer langfristigen finanziellen Absicherung und damit auch von personellen Ressourcen abhängt. In diesen Fällen zeichnen sich gute Beispiele durch eine adäquate Laufzeit aus. In diesem Zusammenhang heißt Good Practice auch die Erschließung vergleichsweise neuer Finanzierungsquellen – beispielsweise von Sponsorengeldern – oder die Erwirtschaftung von Eigenmitteln, um eine finanzielle Absicherung auch jenseits öffentlicher Förderungen zu gewährleisten.

Hoher Grad an Eigeninitiative

Es ist bereits die Grundidee Integrierter Handlungskonzepte, dass sie als offene Rahmenplanung im Laufe des Stadtteilentwicklungsprozesses insbesondere von lokalen Akteuren mit großer Eigeninitiative ausgefüllt, verändert und umgesetzt werden²⁶. Gute Beispiele für Maßnahmen und Projekte in den einzelnen inhaltlichen Handlungsfeldern zeichnen sich dadurch aus, dass sie von der Idee bis zur Umsetzung weitestgehend von lokalen Akteuren selbst gestaltet werden oder dass Anstöße von außen – beispielsweise durch das Quartiermanagement – Eigeninitiative wecken und stabilisieren (z.B. im Rahmen von „Mitmachprojekten“).

Hoher Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten

Je mehr lokale und lokal wirksame Akteure die Gelegenheit erhalten, sich in vielfältigen Formen und zu unterschiedlichen Anlässen zu beteiligen, desto größer sind die Chancen, dass tatsächlich selbst tragende (Gemeinwesen-)Strukturen in den betroffenen Stadtteilen aufgebaut werden können. Voraussetzungen hierfür sind umfangreiche Aktivierungsmaßnahmen und Beteiligungsangebote: Good Practice bedeutet, die umfassende Teilhabe lokaler Akteure zu ermöglichen und zu fördern – beispielsweise im Rahmen von Mitmachaktionen –, aber auch die frühzeitige Einbindung in die Planung von Projekten und Maßnahmen sowie die weitgehende Einbeziehung bei deren Umsetzung sicherzustellen. Good Practice heißt hier auch die Möglichkeit, lediglich bei Teilschritten mitwirken zu können, ohne dass eine Beteiligungsverpflichtung über einen langen Zeitraum innerhalb einer vergleichsweise komplexen Struktur entsteht. Schließlich sind Stadtteil- oder Quartiersgremien dann gute Beispiele, wenn den Teilnehmerinnen und Teilnehmern weit reichende Entscheidungs- und materielle Gestaltungsspielräume (Verfügungsfonds) zugestanden werden.

Befähigung und Qualifizierung

Ein Programmziel unter dem Aspekt „Bürgermitwirkung, Stadtteilleben“²⁷ lautet „Aktivierung örtlicher Potenziale, Hilfe zur Selbsthilfe“. Dazu gehören die Befähigung zur

²⁶ Vgl. Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2002) vom 19. Dezember 2001/9. April 2002, Art. 2, Abs. 6.

²⁷ Hierzu und im Folgenden: *ARGEBAU*, Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, zweite Fassung, Stand 1.2.2000, S. 4 f.

selbstverantwortlichen Lebensgestaltung und die soziale Einbettung in (örtliche) Gemeinschaften ebenso wie die (Wieder-)Eingliederung benachteiligter Personen in den Arbeitsmarkt.

Gute Beispiele zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit einem großen Maß inhaltlicher Zielorientierung direkt bei den Betroffenen ansetzen: Dies umfasst beispielsweise Angebote zur Gesundheitsförderung oder zur Vermittlung sozialer Kompetenzen wie Kommunikations- und Sprachfähigkeit. Good Practice bedeutet die Vermittlung von Unterstützungsangeboten oder zumindest die Information über Angebote sozialer Infrastruktur (unter anderem Beratungsstellen). Gute Beispiele im Bereich Qualifizierung finden sich vor allem dort, wo sie mit konkreten Perspektiven für eine Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt einhergehen.

Hohes Identifikationspotenzial (mit dem Gebiet)

Gute Beispiele in diesem Bereich sind Projekte und Maßnahmen, die zur Verbesserung und Stabilisierung der Lebens- und Wohnverhältnisse vor Ort effektiv beitragen oder das Zugehörigkeits- und Sicherheitsgefühl im Quartier fühlbar stärken. Dies trägt zur Identifikation der lokalen Wohnbevölkerung mit ihrem Quartier bei und steht in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung eines positiven Gebietsimages.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Die positive Veränderung eines Gebietsimages nach innen – also in der Wahrnehmung der Vor-Ort-Akteure, insbesondere der Quartiersbevölkerung – und nach außen braucht wiederum Unterstützung durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit. Diese ist dann ein gutes Beispiel, wenn sie – auch unter Herausstellung bestimmter Themen – dazu beiträgt, das Problembewusstsein und Engagement möglichst vieler Menschen zu befördern, und wenn sie dadurch aktivierend wirkt.

Kooperation unterschiedlicher Akteure

Der integrative Programmansatz und die Betonung von Beteiligung und Aktivierung lokal relevanter Akteure weisen auf die Bedeutung von Vernetzung und Kooperation in den betroffenen Quartieren hin. Entsprechend zeichnen sich gute Beispiele für Organisation, Management, Maßnahmen und Projekte durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher, teilweise auch konkurrierender (professioneller) Akteure, die Kooperation von professionellen mit nichtprofessionellen Akteuren, das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Trägern, Gewerbetreibenden und Privatpersonen aus. Good Practice meint hier den Aufbau handlungsfähiger Netzwerke und die Einbeziehung von Multiplikatoren in die Gremien- und Projektarbeit.

3.1 Beschäftigung

Das Fehlen von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten stellt sich als zentrales Problem in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf dar. Die Arbeitslosenquote – in vielen Fällen handelt es sich um Langzeitarbeitslose – liegt in diesen Quartieren oft doppelt so hoch wie im gesamten Stadtgebiet und betrifft Jugendliche (vor allem mit Migrationshintergrund) häufig überproportional.

Projekte und Maßnahmen im Handlungsfeld Beschäftigung gehören zum Bereich Lokale Ökonomie und lassen sich kaum vom Handlungsfeld Qualifizierung und Ausbildung trennen, sie umfassen in vielen Fällen beide Handlungsfelder, da, selbst wenn Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, ein Großteil der Arbeitslosen nicht ohne weiteres zu vermitteln ist. Als charakteristische Strategien im Handlungsfeld Beschäftigung zeichnen sich bei der Programmumsetzung Soziale Stadt ab:

- Maßnahmen zur *Bestandspflege* der Lokalen Ökonomie und damit zur Stabilisierung und Weiterentwicklung bestehender Unternehmen und Gewerbebetriebe vor Ort;
- *Förderung von Existenzgründungen* im Gebiet, um die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, da wohnortnahe Beschäftigung besonders den weniger mobilen Bevölkerungsgruppen zugute kommt. Hier spielt die der jeweiligen individuellen Situation angemessene Beratung und Förderung deutscher und ethnischer Existenzgründerinnen und -gründer eine besondere Rolle;
- *personen- und unternehmensorientierte Beschäftigungsförderung*, die sich an der Lebenssituation der Arbeitssuchenden, aber auch an den Arbeitskräftebedarfen der im Gebiet ansässigen Betriebe orientiert;
- *Initiierung und Unterstützung von lokalen Netzwerken und Kooperationen* tragen zur Stärkung und Weiterentwicklung lokaler Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen bei. Beispielsweise werden durch Kooperation von Wohnungswirtschaft, Arbeitsverwaltung und Beschäftigungsträgern zusätzliche Beschäftigungsangebote im Bereich der Renovierung und Instandhaltung wie auch der Hausbetreuung geschaffen.

Beispiel

Q-Rage – Hauswirtschaftliche Dienstleistungsagentur in Blockdiek

Bremen-Osterholz/Blockdiek

Projektbeschreibung

Die Dienstleistungsagentur Q-Rage ist ein Bestandteil der 1986 als Selbsthilfeprojekt für Sozialhilfeempfängerinnen gegründeten Fraueninitiative Quirl e.V. Q-Rage hat zum Ziel, arbeitslose Frauen über das Angebot neu geschaffener Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Nebeneffekte des Projekts sind die Erweiterung, Qualifizierung und Aufwertung frauenspezifischer Berufsbilder.

Es werden durch die Dienstleistungsagentur Q-Rage im Quartier Bedarfe für haushalts- und personenbezogene Dienstleistungen bei privaten Haushalten, sozialen Einrichtungen sowie kleineren und mittleren Unternehmen ermittelt. Dazu gehören beispielsweise

- Reinigungsarbeiten,
- Boten- und Behördengänge,
- Haus- und Wohnungspflege,
- Gartenarbeiten,
- Wäschepflege,
- Einkauf und Nahrungszubereitung,
- Haus- und Haustierbetreuung oder
- Unterstützung bei der Ausrichtung von Festen und Feiern.

Die Dienstleistungsbedarfe werden zu „Arbeitspaketen“ zusammengeschnürt und abgearbeitet. Die Beschäftigten sind ausschließlich (langzeit-)arbeitslose Frauen, die bei dem Träger befristet für ein Jahr sozialversicherungspflichtig und tariflich abgesichert arbeiten und die angeforderten Dienstleistungen erbringen. Die Arbeitnehmerinnen werden außerdem über den unmittelbaren Berufsbezug hinaus qualifiziert (z.B. im Rahmen von Kursen für Deutsch, Mathematik, neue Technologien) und können bei Eignung einen staatlich anerkannten berufsqualifizierenden Abschluss (Hauswirtschafterin) erwerben. Die so entstehenden wohnortnahen und niedrigschwiligen Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze werden mit öffentlichen Mitteln subventioniert.

Auftraggeberinnen und Auftraggeber werden von Formalitäten wie zeitaufwändiger Personalauswahl entlastet. Die Träger garantieren zudem eine korrekte Arbeitsabwicklung durch qualifiziertes Personal und stabile Qualitätsstandards. Außerdem werden Arbeitsausfälle, die durch Krankheit und Urlaub entstehen, nach Möglichkeit überbrückt.

Insbesondere auch gemeinnützige Organisationen oder benachteiligte Personen können entsprechende Dienstleistungen in Anspruch nehmen, die dann über die jeweils zuständigen Kostenträger – beispielsweise das Sozialamt – finanziert werden.

Good-Practice-Begründung

Der *innovative Gehalt* des Projekts liegt in der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Zusammenlegung kleinerer, im Quartier erforderlicher Dienstleistungen und die anschließende Organisation dieser Arbeitspakete als sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose. Dieser Prozess findet in *Kooperation unterschiedlicher Akteure* statt. Da diese Arbeitsplätze auf Bedarfe im Gebiet ausgerichtet sind, leistet das Projekt zudem einen *Beitrag zum Aufbau langfristig selbsttragender Strukturen*. Die beschäftigten Frauen werden für den Arbeitsmarkt *qualifiziert* und können darüber hinaus an Bildungsmaßnahmen teilnehmen (*Befähigung*).

Projektträger und Beteiligte

- Fraueninitiative Quirl e.V. (Projektträger)
- GEWOBA Bremen AG
- Deutscher Hausfrauenbund
- Forum Blockdiek
- Regionales Beschäftigungsbündnis Bremen/Bremerhaven



Zielgruppen

- (Langzeit-)arbeitslose Frauen/ Sozialhilfeempfängerinnen
- Private Haushalte/soziale Einrichtungen/ kleinere und mittlere Unternehmen



Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel (ESF)
- Sachmittel der Gemeinnützigen Wohnungsbau mbH
- Mittel der bremer arbeit gmbh
- Kommunale Mittel
- Selbsterwirtschaftete Einnahmen

Fotos: Fraueninitiative Quirl e.V., Bremen

Laufzeit

- Seit 1994; das Ende der Laufzeit ist vom Auslaufen der öffentlichen Förderung abhängig

Weitere Informationen

- *Fraueninitiative Quirl e.V. (Hrsg.)*, Dokumentation der Tagung „Hauswirtschaftliche Dienstleistungsagenturen – ein zukunftsfähiges Modell?“, Bremen 2001
- Regionales Beschäftigungsbündnis Bremen und Bremerhaven „bündnis online: job entwicklung“: www.bo-je.de

*Ansprechpartnerinnen**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Regine Geraedts Fraueninitiative Quirl e.V. Elsflether Straße 29, 28219 Bremen Telefon: +49 (0)421/389489 Telefax: +49 (0)421/3894888 E-Mail: fraueninitiative.quirl@t-online.de	Karin Jahn bremer arbeit gmbh Faulenstraße 69, 28195 Bremen Telefon: +49 (0)421/958489331 Telefax: +49 (0)421/958489333 E-Mail: karin.jahn@bremerarbeit.de

*Stand 2003

Beispiel

Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G.

Berlin – Bezirk Mitte, Ortsteil Wedding

Projektbeschreibung

Im Oktober 2000 wurde die Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G. auf Initiative des „Vereins Kommunales Forum Wedding e.V.“ gegründet; im März 2001 hat sie ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Die Genossenschaft ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich im Eigentum seiner Mitglieder befindet, die zugleich Anteilseigner, Entscheidungsträger und Leistungsabnehmer sowie Nutznießer gemeinsamer Tätigkeiten sind. Die Gründungsmitglieder – Bewohnerinnen und Bewohner, Arbeitslose sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen und des lokalen Gewerbes – wollen damit einen Beitrag zur Überwindung der hohen Dauerarbeitslosigkeit (rund 20 Prozent) im Ortsteil Wedding leisten und der wirtschaftlichen und sozialen Abwärtsspirale in ihrem Quartier Sparrplatz/Sprengelkiez entgegenwirken. Neue wirtschaftliche Perspektiven sollen entwickelt und zugleich der soziale Zusammenhalt im Stadtteil verbessert werden.



Fotos: Willy Achter, Berlin

Ziele der Stadtteilgenossenschaft Wedding sind:

- die wirtschaftliche Förderung und Betreuung ihrer Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb,
- die Entwicklung und Durchführung von beschäftigungswirksamen sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Dienstleistungen,
- die Förderung des lokalen Gewerbes,
- die Schaffung individuell angepasster Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose sowie
- die Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil.

Das Unternehmen ist aufgrund seines ausgeprägten Stadtteilbezugs eine Mischung aus verschiedenen Genossenschaftstypen. Es ermöglicht die Beteiligung der Bewohnerschaft, von lokalen Unternehmen, Existenzgründerinnen und -gründern, Institutionen

und gemeinnützigen Organisationen in drei Geschäftsbereichen: Der Bereich „Handwerkliche Dienstleistungen“ umfasst Maler- und Lackiererarbeiten, kleinere Reparaturen, Entrümpelungen und Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung. Der Geschäftsbereich „Soziale Dienstleistungen“ befindet sich noch im Aufbau; er soll personen- und objektbezogene Dienstleistungen umfassen (unter anderem Conciergedienste). Die ebenfalls geplante „Dienstleistungsagentur“ soll in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen unter anderem die gegenseitige Auftragsvermittlung sowie gemeinsame Angebote und die Auftragsdurchführung koordinieren. Dies soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen untereinander fördern und den Umsatz durch den Aufbau eines stabilen Kundenkreises steigern.

Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft erfordert einen Geschäftsanteil von 50 Euro. Mitgliedsbetriebe und die Beschäftigten müssen weitere Pflichtanteile zeichnen. Beitreten können alle Interessierten; die Stadtteilgenossenschaft umfasst heute 73 Mitglieder, zu denen zwölf Mitgliedsbetriebe und gemeinnützige Organisationen gehören. Die Rechtsform der Genossenschaft basiert auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Eigenverantwortung. Dabei kann die Verknüpfung von privatwirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Zielen mit Ausrichtung auf den Stadtteil als innovativer Ansatz betrachtet werden, in dem Erwerbs- und ehrenamtliche Arbeit zur Lösung der lokalen Probleme zusammengefasst werden. Bilanzüberschüsse aus dem gewerblichen Bereich werden dabei nicht an Genossenschaftsmitglieder ausgeschüttet, sondern dienen dem Aufbau neuer Geschäftsbereiche.

Der Stammbetrieb bietet als Meisterbetrieb ausgehend vom Quartier Sparrplatz handwerkliche Dienstleistungen in den Gewerken Maler und Lackierer sowie Elektrotechnik an. Zusätzlich zur Stammebelegschaft sollen weitere überwiegend Langzeitarbeitslose aus dem Bezirk eingestellt werden, um ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. Zudem trägt die Genossenschaft zur Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse in den Mitgliedbetrieben bei. Alle Genossenschaftsmitglieder können Dienstleistungen und Waren der Genossenschaft preisgünstiger in Anspruch nehmen und haben einen Einfluss auf die Qualität der Dienstleistungen. Kooperationspartner wie das lokale Gewerbe bringen eigene Dienstleistungen ein, vermitteln Aufträge oder helfen mit, neue Geschäftsbereiche zu entwickeln. Kunden, die nicht Genossenschaftsmitglieder sind, können Dienstleistungen zu marktüblichen Preisen in Anspruch nehmen. Die Vielfalt der Strategie- und Arbeitsansätze erfordert eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Genossenschaftsorganisation („Lernendes System“).

Die Stadtteilgenossenschaft nimmt im Quartier vielfältige Funktionen wahr: als Informationsagentur für das „genossenschaftliche Leben“, als Anbieterin eigener Leistungen, als Kooperationspartnerin für Organisationen und Institutionen, als Auftragsvermittlerin und Kooperationspartnerin für lokale Betriebe, als Arbeitgeberin im Stadtteil sowie als gesellschaftspolitische Akteurin im Quartier und Bezirk.

Good-Practice-Begründung

Die Zusammenführung gewerblicher und ehrenamtlicher Arbeit in ein Genossenschaftsprinzip mit Gebiets- und damit lebensweltlichem Bezug ist ein *innovativer Ansatz* in der Stadtteilentwicklung. Durch die gezielte Unterstützung und Ausweitung der lokalen Ökonomie inklusive Schaffung neuer Arbeitsplätze in verschiedenen Tätigkeitsfeldern sowie die damit einhergehende Wiedereingliederung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt wird ein *Beitrag zum Aufbau langfristig selbsttragender Strukturen im Stadtteil* geleistet. Genossenschaftsmitglieder können ihre eigenen Interessen in die Gestaltung und Weiterentwicklung der Genossenschaft einbringen; sie haben damit gleichberechtigte *Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten*. Der gebietsbezogene Arbeitsansatz der Stadtteilgenossenschaft funktioniert nur durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure, zu denen die Quartiersbevölkerung, lokale Gewerbetreibende sowie verschiedene (gemeinnützige) Organisationen und Institutionen gehören. Eine zentrale Rolle nimmt dabei das Quartiermanagement Sparrplatz ein.

Projektträger und Beteiligte

- Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G. (Projektträger)
- 73 Genossenschaftsmitglieder, davon 12 Mitgliedsbetriebe und gemeinnützige Organisationen
 - ▲ Architekturbüro Hertfelder
 - ▲ Formativa (Web-Design, Multimedia)
 - ▲ Kommunales Forum Wedding e.V. (Stadtteilverein, Arbeit und Nachbarschaft)
 - ▲ Kurt Friedrich / Meusinger (Sanitäreinrichtungen, Gas- Wasserinstallation)
 - ▲ Kurierdienst Weniger (Kurierdienste, Kleintarnspore, Entrümpelung)
 - ▲ Mpr Unternehmensberatung
 - ▲ ProMaxx gGmbH (Arbeitsangebote für Jugendliche im Baubereich)
 - ▲ Plan& Bau GmbH (Generalübernahme von allen Bauleistungen)
 - ▲ R.Menschick (Grafik-Design)
 - ▲ Th. Waldhubel (Organisationsberatung)
 - ▲ Unternehmen Leipzig (Holz- und Bautenschutz)
 - ▲ Wohltätigkeitsverein AL-BADDAWI (Arabischer Wohltätigkeitsverein)

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger
- (Langzeit-)Arbeitslose
- Initiativen und Vereine
- (gemeinnützige) Institutionen und Organisationen
- Unternehmen und Gewerbebetriebe
- Existenzgründer

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- EU-Mittel:
 - ▲ EFRE im Rahmen von Wohnumfeldmaßnahmen
 - ▲ Equal Credit: Existenzgründungsdarlehen
- Bundesanstalt für Arbeit (Mittel nach AFG/SGB III): personenbezogene Finanzierungszuschüsse für die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt
- Gewerbliche Einnahmen aus Genossenschaftsbetrieben
- Bankkredite
- Private Mittel (unter anderem Genossenschaftsbeiträge)

Laufzeit

- Seit 18.10.2000

Weitere Informationen

- Eigenverantwortung für Lebensqualität im Kiez, in: Nord Berliner, 26.10.2000, S. 10
- Handwerker gründen Genossenschaft, in: Berliner Zeitung, 4./5.11.2000, S. 27
- Miteinander&Füreinander, in: Berliner Briefe, Nachrichten der Lokalen Agenda 21, Mai 2001, S. 7
- Mehrere Ausgaben der Stadtteilzeitung „Der Kiezbote“; in jeder Ausgabe wird über die Stadtteilgenossenschaft berichtet
- Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen, in: Punkt. Das Magazin für den EU-Arbeitsmarkt und die Förderung durch den Europäischen Sozialfond, Rubrik: Projekte in Berlin, S. 13
- www.stagewedding.de

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Willy Achter, Thomas Müller Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G. Torfstraße 11, 13353 Berlin E-Mail: stagewedding@compuserve.de Telefon: +49 (0)30/45490444 Telefax: +49 (0)30/4949-0445	Petra Patz-Drüke, Gebietsbeauftragte Kerstin Rietz, Gebietsbeauftragte Bezirksamt Mitte von Berlin Pressestelle/Standort Tiergarten 13341 Berlin E-Mail: wedding@berlin.de Telefon: +49 (0)30/45753749 Telefax: +49 (0)130/45753355

*Stand 2003

3.2 Qualifizierung und Ausbildung

Das Fehlen von Schulabschlüssen, mangelnde Sprachkenntnisse und geringe Berufsausbildung – oft verbunden mit schwierigen Biographien – sind Gründe dafür, dass Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Dies trifft ganz besonders auf – jugendliche – Migrantinnen und Migranten zu. Jugendliche haben – selbst wenn sie über eine Berufsausbildung verfügen – angesichts der hohen Arbeitslosigkeit (vor allem in den neuen Bundesländern) oft Schwierigkeiten, die Hürde zum Einstieg in die Erwerbsarbeit zu überwinden.

Strategien im Handlungsfeld Qualifizierung und Ausbildung umfassen eine Vielzahl von Maßnahmen, die teilweise auch im Handlungsfeld Beschäftigung angesiedelt werden können:

- *Mit personen- und unternehmensorientierter Qualifizierung* werden die Fähigkeiten und Potenziale des Einzelnen oder auch bestimmter Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Frauen, Behinderte) besonders berücksichtigt und in die Ausbildung oder Qualifizierung einbezogen und dort unterstützt, gleichzeitig aber auch die Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen stärker am Bedarf der lokalen Unternehmer ausgerichtet. Die Verbindung von personen- und unternehmensorientierter Qualifizierung ist wichtig für eine effektive Vermittlung von Erwerbspersonen.
- Berufsorientierung und -vorbereitung für Jugendliche im Rahmen des „*Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres*“ (ein Bestandteil der auf die Programmgebiete der Sozialen Stadt angelegten Bundesprogrammplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“) ermöglicht Jugendlichen in besonderen Lebenslagen eine für sie maßgeschneiderte Unterstützung beim Übergang von Schule in den Beruf.
- *Mit an die Umsetzung von Projekten der Sozialen Stadt gekoppelten Qualifizierungsmaßnahmen* können die Ausgangsbedingungen für die Arbeitssuche verbessert und eine Identifizierung mit dem Stadtteil gestärkt werden.

Beispiel

Hafenschlepper – Qualifizierungsmaßnahme für benachteiligte Jugendliche

Herne – Horsthausen, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

Im Hafen des Stadtteils Herne-Horsthausen liegt seit dem Frühjahr 2000 das ehemalige Kanalschiff INTEGRA, das im Rahmen einer „schwimmenden Qualifizierungsmaßnahme“ innerhalb von 20 Monaten von Jugendlichen umgebaut und instand gesetzt worden ist. Das Projekt „Hafenschlepper“ richtete sich an junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, die nur geringe Zugangschancen zum ersten Arbeitsmarkt hatten, weil sie zum Großteil bereits in Schule oder Ausbildung gescheitert waren; ihnen fehlte die Ausdauer für einen „normalen“ Arbeitsalltag. Viele Jugendliche zeigten außerdem ein problematisches Sozialverhalten, hatten bereits Erfahrungen mit Kleinkriminalität gemacht, Jugendstrafen verbüßt oder waren durch Drogenkonsum gefährdet gewesen.

Vor diesem Hintergrund verfolgte das Projekt „Hafenschlepper“ mehrere Ziele:

- Durch die Vermittlung von berufspraktischen und fachtheoretischen Kenntnissen im Rahmen der Restaurationsarbeiten an der INTEGRA wurden die Zugangschancen der Jugendlichen zum ersten Arbeitsmarkt verbessert.
- Darüber hinaus konnten Teilqualifikationen wie Sportbootführerschein, Gabelstapler- oder Schweißerschein erworben werden.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts wurden bei ihrer Berufswahl und – damit verbunden – der Entwicklung einer individuellen Lebensperspektive unterstützt.
- Die in die Maßnahme integrierte schulische Ausbildung trug zur Verbesserung ihrer Allgemeinbildung bei.
- Die im Projekt vermittelten sozialen Kompetenzen umfassten unter anderem Konfliktaustragung und -bewältigung.

Das Projekt trug über seine unmittelbaren qualifizierungs- und arbeitsmarktpolitischen Effekte hinaus zu einer Bereicherung der sozialen Infrastruktur des Stadtteils Herne-Horsthausen bei, in dem informelle Treffpunkte für Jugendliche fehlten. Außerdem steht die INTEGRA heute Jugendeinrichtungen und Schulen im Stadtteil zur Verfügung und kann für Ausflüge auf dem Rhein-Herne-Kanal gemietet werden.

Das Projekt wurde mit Mitteln des EU-Förderprogramms INTEGRA finanziert und war Teil einer europäischen Projektkooperation. So wurden mit Partnern aus Frankreich, den Niederlanden und Dänemark Strategien für benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarkts entwickelt und für die Teilnehmer verschiedener Projekte ein Austausch mit Praktikum organisiert.

Good-Practice-Begründung

Die Restaurierung der INTEGRA ist ein typisches *Mehrzielprojekt*: Im Rahmen seiner Durchführung wurden benachteiligte Jugendliche nicht nur für den Arbeitsmarkt *qualifiziert*, sondern durch die Vermittlung von Allgemeinwissen und sozialen Kompetenzen auch dazu *befähigt*, ihre individuelle Lebensgestaltung besser zu bewältigen. In einem Stadtteil mit geringer sozialer Infrastruktur ist das instand gesetzte Schiff heute ein attraktiver Treffpunkt für Jugendliche und kann zudem für Freizeitaktivitäten gemietet werden. Darüber hinaus wurde der internationale Austausch im Bereich Arbeitsmarktpolitik gefördert. Das Projekt förderte außerdem die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* im Stadtteil, da unter anderem das Stadtteilbüro, das Sozial- und das Jugendamt, verschiedene Bildungsträger sowie mehrere Betriebe in die Maßnahme eingebunden waren.



Fotos: Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne mbH

Projektträger und Beteiligte

- Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne mbH (GBH) (Projektträger)
- Stadt Herne (Sozialamt, Jugendamt)
- Stadtteilbüro Herne-Horsthausen
- Emschertal Berufskolleg
- Verschiedene ortsansässige Betriebe
- Sozialpflegerische Einrichtungen
- Internationaler Bund für Sozialarbeit
- Bildungsträger aus Frankreich, Dänemark und den Niederlanden

Zielgruppen

- Benachteiligte Jugendliche

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Programm INTEGRA
- „Arbeit statt Sozialhilfe“ nach § 19 BSHG
- Nordrhein-westfälisches Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“

Laufzeit

- Oktober 1998 bis August 2000

Weitere Informationen

- *Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne mbH (Hrsg.), INTEGRA. Vom Schiffsrumpf zum Ausflugschiff, Herne. o.J.*
- *Gülck, Klaus-Dieter, und Ulrich Menges, Jugendschiff – Ein Schiff wird kommen, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Düsseldorf 2000, S. 37-39*

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Eva Neweling</p> <p>Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne mbH Südstraße 19/21, 44625 Herne</p> <p>E-Mail: gbh-herne@web.de Telefon: +49 (0)2323/16-9120 Telefax: +49 (0)2323/16-9109 www.herne.de/wirtschaft/gbh.html</p>	<p>Klaus-Dieter Gülck</p> <p>Stadt Herne Fachbereich Kinder – Jugend – Familie Postfach 101820, 44621 Herne</p> <p>E-Mail: sbhohausen@aol.com Telefon: +49 (0)2325/96 89 0-24 Telefax : +49 (0)2325/96 89 0-21 www.herne.de/horsthausen/horstindex.html</p>

*Stand 2003

Beispiel

maßarbeit – Lokales Qualifizierungsbüro Kassel – Nordstadt, Hessen

Projektbeschreibung

Ziel des Projekts „maßarbeit“ ist es, benachteiligten Jugendlichen ohne Schulabschluss und mit geringen Berufschancen soziale sowie berufliche Schlüsselqualifikationen zu vermitteln und sie an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Das Projekt steht beispielhaft für das in vielen Gebieten der Sozialen Stadt durchgeführte „Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ)“, das mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ initiiert wurde. Dem Projekt stehen zwei ganze Stellen für Sozialpädagogen, eine halbe Verwaltungsstelle sowie Personalressourcen für Qualifizierung und Anleitung zur Verfügung. Es ist Teil des Projekts „Stadtteiletage Nord“, eines Freizeit-, Beratungs- sowie Qualifizierungsangebots von unterschiedlichen Trägern (Jugendamt, Kulturzentrum Schlachthof, Internationaler Bund und BuntStift e.V.).



Fotos: BuntStift e.V.

In der Vorlaufphase wurden das Projekt allen wichtigen Einrichtungen und Projekten im Gebiet bekannt gemacht, Plakate und Flyer im Stadtteil verteilt sowie Anzeigen geschaltet, um auf diese Weise Jugendliche aus dem Gebiet anzusprechen und für eine Teilnahme an der Maßnahme zu motivieren.

Die Maßnahme beginnt mit einer dreiwöchigen Orientierungsphase, in der auf die aktuelle Lebenssituation der Jugendlichen Bezug genommen wird und eine Sondierung ihrer beruflichen Interessen erfolgt. Anschließend beginnen die Jugendlichen an der gemeinsam mit dem Träger ausgesuchten und vereinbarten Einsatzstelle im Stadtteil mit der beruflichen Qualifizierung (Handwerksbetriebe, Einzelhandel, Industrieunternehmen sowie verschiedene Arbeitsbereiche – Holz, Metall, Recycling, Büro und Hauswirtschaft – des Maßnahmeträgers). Darüber hinaus werden ergänzend Alphabetisierungskurse sowie bei Bedarf arbeitsbegleitender Unterricht zum Erwerb des Hauptschulabschlusses angeboten. Für sozialpädagogische Aktivitäten (Anti-Aggressions-Training, Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurs und anderes) ist ein wöchentlicher Gruppentag eingeplant. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des FSTJ beteiligen sich auch an Aktivitäten im Stadtteil, beispielsweise richten sie einen eigenen Stand am Weltkindertag und bei Stadtteilfesten aus und verteilen die Stadtteilzeitung „Nordwind“ und den Nordstadtprojektspiegel.

Schon in der Orientierungsphase, zunehmend aber im letzten Drittel des FSTJ geht es um die berufliche Orientierung hin zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt: unter anderem werden Handlungskompetenzen für den Umgang mit Ämtern und in Bezug auf Bewerbungen vermittelt; dabei arbeitet der Träger eng mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes Kassel zusammen. Alle Ausbildungsstätten und Träger von beruflichen Vorbereitungskursen sowie die Jugendlichen selbst können sich auch nach der Beendigung des FSTJ bei Problemen an den Projektträger wenden. Auch ist eine Nachbetreuung von bis zu sechs Monaten möglich, wenn die Jugendlichen nach Abschluss des Trainingsjahres keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben.

Im ersten Jahr nahmen 33 Jugendliche an der Maßnahme teil – 23 junge Männer und zehn Frauen. Fünfzehn der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Jugendliche mit Migrationshintergrund. Zwanzig der Jugendlichen hatten vorher eine Ausbildung abgebrochen oder waren schon in einer oder mehreren anderen berufsvorbereitenden Maßnahmen gewesen. 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beendeten das FSTJ regulär. Von diesen fanden zehn einen betrieblichen bzw. überbetrieblichen Ausbildungsplatz, drei besuchen einen weiteren berufsvorbereitenden Lehrgang, weitere drei wollen ihren Realschulabschluss nachholen, bei zweien wurde infolge ihrer Probleme ein Übergang in eine andere Institution erreicht und zwei sind noch dabei, sich zu bewerben.

Good-Practice-Begründung

Der *innovative Gehalt* des Projekts liegt darin, dass die benachteiligten Jugendlichen nicht nur beruflich *qualifiziert*, sondern durch die Vermittlung sozialer Kompetenzen auch dazu *befähigt* werden, ihre Lebensgestaltung besser bewältigen zu können. Innovativ ist auch die Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in stadtteilbezogene Aktivitäten, die zu einer *Identifikation* der Jugendlichen mit dem Stadtteil führt. Die gemeinsam von Jugendlichen und Träger durchgeführte Suche nach einem Einsatzplatz, die intensive soziale Begleitung während des FSTJ und die Möglichkeit der Nachbetreuung führen zu einer hohen Erfolgsquote bei der *Integration* in den Arbeitsmarkt. Die *Kooperation* des Trägers mit Gewerbetreibenden und Betrieben im Stadtteil schafft Qualifizierungsplätze im Gebiet. Darüber hinaus ermöglicht die Zusammenarbeit mit anderen Trägern im Projekt „Stadtteiletage-Nord“ die gemeinsame Planung und Organisation von Angeboten für die Jugendlichen. Durch eine *offensive Öffentlichkeitsarbeit* für die Maßnahme gelingt es, auch ansonsten nur schwer erreichbare Jugendliche für das Projekt zu interessieren.

Projektträger und Beteiligte

- BuntStift e.V., Kassel (Projektträger)
- Arbeitsamt Kassel
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Jugend- und Sozialamt der Stadt Kassel
- Sozialpädagogisches Institut Berlin
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
- Deutsches Jugendinstitut

Zielgruppen

- Benachteiligte Jugendliche
- Arbeitslose Jugendliche
- Jugendliche mit Migrationshintergrund

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel (ESF)
- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III)
- Kommunale Mittel
- Eigenmittel des Trägers

Laufzeit

- Seit Juni 2000 fortlaufend

Weitere Informationen

- *BuntStift e.V.*, Abschlussbericht 1. Jahr Kassel-Nordstadt. Lokales Qualifizierungsbüro „maßarbeit“, Stand: 31.08.2001
- *BuntStift e.V.*, Infoblatt: Interessieren Sie sich für maßarbeit
- *BuntStift e.V.*, Zwischenbericht für das 2. Jahr Kassel-Nordstadt. Lokales Qualifizierungsbüro „maßarbeit“, Stand: 28.02.2002
- www.buntstift-kassel.de, www.maßarbeit-kassel.de

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Martin Mertens</p> <p>BuntStift e.V. Holländische Straße 208, 34127 Kassel</p> <p>E-Mail: info@buntstift-kassel.de Telefon: + 49 (0)983530 Telefax: +49 (0)561/890352 www.buntstift-kassel.de</p> <p>Iris Kaminski Andrea Gerwig</p> <p>Lokales Qualifizierungsbüro maßarbeit Hegelsbergstraße 21, 34127 Kassel</p> <p>E-Mail: info@massarbeit-kassel.de Telefon: +49 (0)561/8916465 Telefax: +49 (0)561/8916467 www.buntstift-kassel.de</p>	<p>Gabriela Pohle</p> <p>Stadt Kassel Sozialamt – Kommunale Arbeitsförderung Stadtteilmanagement Nordstadt</p> <p>34112 Kassel E-Mail: gabriela.pohle@stadt-kassel.de Telefon: +49 (0)561/7877138 Telefax: +49 (0)561/7874093</p>

*Stand 2003

3.3 Wertschöpfung im Gebiet

Neben Beschäftigung sowie Ausbildung und Qualifizierung ist Wertschöpfung im Gebiet ein weiteres zentrales Handlungsfeld zur Förderung der Lokalen Ökonomie. In diesem Handlungsfeld werden ökonomische mit sozialen und gemeinwesenorientierten Zielen verbunden. Dabei stehen „soziale Unternehmen“ des „Dritten Sektors“ (beispielsweise gemeinwesenbezogene Stadtteilbetriebe, Stadtteilservices, hauswirtschaftliche Dienstleistungsagenturen, Schulküchen, Stadtteil- und Kulturcafés) mit ihrer starken Ausrichtung an lokalen Bedarfen als Akteure im Vordergrund. Mit ihren Aktivitäten ergänzen sie die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie das lokale Angebot an Waren, personen-, haushalts-, und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen. So wird nicht nur die Versorgung im Gebiet verbessert, sondern auch das Zusammenleben im Stadtteil intensiviert und ein Beitrag zur sozialen Integration geleistet.

Strategien in diesem Handlungsfeld sind:

- *Förderung der Sozialen Ökonomie*, das heißt von Organisationsstrukturen und/oder von Betrieben, die unter anderem lokal nachgefragte, aber nicht über den Markt oder die öffentliche Hand anbietbare Dienstleistungen erbringen oder die Nahversorgung im Gebiet mit preiswerten Waren sicherstellen. Diese Gemeinwesenprojekte sind zum Teil mit Beschäftigungsmaßnahmen gekoppelt;
- *Einrichtung von Vor-Ort-Büros für Wirtschaftsentwicklung* zur Übernahme von Aufgaben der Beschäftigungsförderung (beispielsweise aufsuchende und begleitende Beratung sowie Qualifizierung von Einzelbetrieben, Existenzgründungsförderung, Initiierung von Netzwerken und Kooperationen, Imagearbeit, Einbindung von wirtschaftsrelevanten Einrichtungen);
- *Förderung von ehrenamtlichem Engagement* zur Verbesserung der personellen Ausstattung und Sicherung der Kontinuität von Projekten der Sozialen Ökonomie.

Beispiel

Büro für Wirtschaftsentwicklung Duisburg – Marxloh, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

Anfang 1996 wurde das Büro für Wirtschaftsentwicklung (BfW) der EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH im Stadtteil Marxloh eingerichtet, um die Beschäftigungs- und Versorgungssituation im Gebiet zu verbessern, Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse zu stoppen sowie die Identifikation von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Gewerbetreibenden mit ihrem Stadtteil zu stärken und damit Eigenaktivitäten in Marxloh zu fördern.

Schwerpunkt der Arbeit ist zum einen die Schaffung von Beratungsangeboten für Existenzgründer und lokale Betriebe. Die Angebotspalette umfasst: Klärung von Standortfragen, Beratungsgespräche, Überprüfung von Unternehmenskonzepten, Hinweise auf Finanzierungsmöglichkeiten sowie Mobilisierung von Gewerbeflächen und -räumen. Zum anderen initiiert das BfW Kooperationsstrukturen zwischen deutschen und nicht-deutschen Unternehmen, aber auch zwischen den ausländischen Unternehmen selbst. Zur Förderung der stärkeren Vernetzung zwischen in- und ausländischen Gewerbetreibenden richtete die EG DU beispielsweise in Kooperation mit dem Werbering e.V. und dem türkischen Unternehmerverband (TIAD) eine Kooperationsstelle ein. Das BfW veranstaltet in Kooperation mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH mehrmals jährlich in den jeweiligen Stadtteilen Unternehmerstammtische, um Handlungsstrategien und Perspektiven zur Stärkung des Einzelhandels und der Unternehmensstruktur zu entwickeln. Die im Jahr 2000 aus dem Unternehmerstammtisch hervorgegangene „Arbeitsgruppe Stadtteilmarketing“ hat in Kooperation mit weiteren lokalen Akteuren eine Stärken-Schwächen-Analyse erarbeitet und sich mit der Entwicklung eines Leitbilds für Marxloh befasst. Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe ein Konzept zum Stadtteilmarketing entwickelt und verschiedene konkrete Maßnahmen umgesetzt, um das Image von Marxloh zu verbessern und die lokale Wirtschaft zu fördern.

Seit 1999 hat das BfW seine Aktivitäten auch auf den Stadtteil Hochfeld und seit 2001 auf den Stadtteil Beeck ausgeweitet.

Good-Practice-Begründung

Das BfW *befähigt und qualifiziert* durch seine Beratungsangebote Existenzgründer und lokale Unternehmer. Mit der Initiierung von *Kooperationen unterschiedlicher Akteure* trägt es zum *Aufbau langfristig selbsttragender Strukturen im Stadtteil* bei. Darüber hinaus zeichnet sich diese Fachabteilung der EG DU durch einen *hohen Grad an Förde-*



Foto: Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH

rung der *Eigeninitiative* aus, da die lokalen Akteure in der „Arbeitsgruppe Stadtteilmarketing“ eigenständig Stadtteilaktivitäten entwickeln und umsetzen. Die gezielte Förderung der lokalen Ökonomie durch das BfW stabilisiert das Gebiet und hat damit *Impulswirkung für die Stadtteilentwicklung*.

Projektträger und Beteiligte

- EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH, Büro für Wirtschaftsentwicklung

Zielgruppen

- Initiativen/Vereine
- Unternehmen/Gewerbetreibende
- Existenzgründer/Ausländische Unternehmen

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel
(z.B. URBAN und Ziel-2-Förderung)
- Mittel der Städtebauförderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung
- Mittel aus Landesprogrammen
(z.B. Förderung von Stadt- und Regionalmarketing)



Foto:
Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH

1996 mit URBAN (EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II zur wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung krisenbetroffener Städte und Stadtviertel)-Mitteln gegründet, erste Laufzeit bis 1998, über Nachtrag an URBAN und damit an Förderlimit 1999 angeglichen. Seitdem Mittel der Städtebauförderung zur Förderung von Maßnahmen sowie Landesmittel für einzelne Projekte (Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf).

Laufzeit

- Seit Januar 1996 fortlaufend

Weitere Informationen

- *Austermann, Klaus (Verf.); Zimmer-Hegmann, Ralf (Verf.); Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000*
- *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Lokale sozio-ökonomische Strategie in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000*
- www.eg-du.de

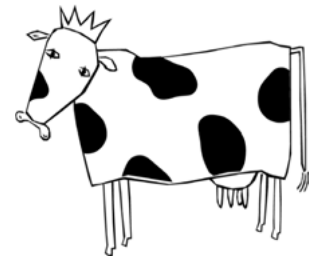
*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Anke Gorres</p> <p>Büro für Wirtschaftsentwicklung Willy-Brandt-Ring 44 (Schwelgern-Stadion) 47169 Duisburg-Marxloh</p> <p>E-Mail: agorres@eg-du.de Telefon: +49 (0)203/99429-31 Telefax: +49 (0)203/99429-33 www.eg-du.de</p> <p>Ercan Idik</p> <p>Büro für Wirtschaftsentwicklung Willy-Brandt-Ring 44 (Schwelgern-Stadion) 47169 Duisburg-Marxloh</p> <p>E-Mail: eidik@eg-du.de Telefon: +49 (0)203/99429-32 Telefax: + 49 (0)203/99429-33 www.eg-du.de</p>	<p>Keine</p>

*Stand 2003

Beispiel

Q.pong

Gutscheinheft zur Förderung sozialer
und kultureller Projekte**Saarbrücken – Nauwieserviertel, Saarland***Projektbeschreibung*

Zur Unterstützung der Lokalen Ökonomie und zur Förderung von sozialen und kulturellen Projekten im Quartier wird im Saarbrücker Nauwieserviertel seit Oktober 2001 ein Rabattheft herausgegeben. Das Q.pong-Heft ist eine Gutscheinsammlung mit rund 40 Bons von Einzelhandels-, Gastronomie- und Handwerksbetrieben aus dem Quartier. Einzelne Unternehmen bieten durch die Gutscheine vergünstigte Waren und Dienstleistungen an. Im ersten Durchlauf wurde das Gutscheinheft, das einen Gegenwert von rund 500 DM hatte, wenn alle Bons eingesetzt wurden, zum symbolischen Preis von 15 DM angeboten. (Das zweite Heft kostete 7,50 Euro mit einem Gesamtwert von rund 300 Euro.) Nach dem Kauf des Heftes können sechs Monate lang Gutscheine eingelöst, dabei Geld gespart und die Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten sowie Dienstleistungen im Nauwieserviertel ausprobiert werden. Die lokale Wirtschaft im Quartier kann sich durch die Werbung im Gutscheinheft und durch die Gutscheine selbst der Käuferschaft auf eine neue Weise präsentieren. Damit werden Kaufkraft in das Gebiet gelenkt und die Bevölkerung an die Geschäfte und Einrichtungen gebunden.

Mit dem Erlös der Hefte werden soziale und kulturelle Maßnahmen im Gebiet unterstützt. Über die Vergabe der Verkaufserlöse entscheidet eine Jury aus Käuferinnen und Käufern des Gutscheinheftes. Durch die erste Auflage (1 000 Hefte) konnten acht Einrichtungen im Nauwieserviertel mit insgesamt rund 7 000 Euro unterstützt werden; unter anderem gehörten dazu der Verein Therapie Interkulturell e.V. in seiner Arbeit mit Flüchtlingsfrauen, der Kulturverein in Gründung „Rockstar e.V.“ für die Organisation von Veranstaltungen, der Förderverein Grundschule und Halboffener Hort Rotenberg e.V. für Hausaufgabenbetreuung und Sprachförderung sowie das Kino 8½ für seine Filmangebote. Die Idee und das Konzept für das Q.pong-Heft wurden vom Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. entwickelt.

Good-Practice-Begründung

Das „Q.pong“-Heft ist ein *Mehrzielprojekt*, denn neben der Erhöhung der Wertschöpfung im Gebiet können die Käuferinnen und Käufer vergünstigt konsumieren und unterstützen gleichzeitig kulturelle und soziale Initiativen, deren Arbeit der gesamten Stadtteilentwicklung förderlich ist. Die zweite Auflage des Heftes hat bereits gezeigt, dass die Anschubfinanzierung einen *Beitrag zum Aufbau langfristig selbsttragender Strukturen* leisten konnte, und dass eine *dauerhafte finanzielle Sicherung* nunmehr auch ohne Fördermittel möglich ist.

Projektträger und Beteiligte

- Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. (Projektträger)
- Landeshauptstadt Saarbrücken, Stadtplanungsamt (Projektträger)
- Einzelhandel, Unternehmen und Einrichtungen im Nauwieserviertel
- Käuferschaft im Nauwieserviertel
- Soziale und kulturelle Projekte, die sich im Nauwieserviertel engagieren

Zielgruppen

- Lokales Gewerbe
- Käuferschaft im Nauwieserviertel
- Soziale und kulturelle Projekte, die sich im Nauwieserviertel engagieren

Projektkosten und Finanzierung

Erstes Q.pong-Heft

- 8 255 DM Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (Anschubfinanzierung)
- 7 500 DM Mittel aus Landesprogrammen: Totomittel des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit, Soziales
- 750 DM Stiftungsgelder: Stiftung Mitarbeit
- 1 850 DM Sonstige private Mittel: Bearbeitungsgebühr von den beteiligten Unternehmen

Zweites Q.pong-Heft

Für das zweite Q.pong-Heft standen keine öffentlichen Fördergelder mehr zur Verfügung. Es wurde aus Werbeeinnahmen und der inzwischen erhöhten Bearbeitungsgebühr von den beteiligten Unternehmen finanziert. Auch leistete der Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. einen finanziellen Beitrag. Die Gesamtkosten waren deutlich geringer, da das Layout des Heftes mit seinem Logo von der ersten Ausgabe übernommen wurde.



Laufzeit

- Seit Oktober 2001 fortlaufend

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Antje Blacha Rolf Laueremann Illi Reusch</p> <p>Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken</p> <p>E-Mail: Netzwerk@t-online.de Telefon: +49 (0)681/371502 Telefax: +49 (0)681/376012 www.nauwieser19.de/Netzwerk/netzwerk.htm</p>	<p>Uli Heimann</p> <p>Landeshauptstadt Saarbrücken Stadtplanungsamt Bahnhofstraße 31, 66111 Saarbrücken</p> <p>Telefon: +49 (0)681/905-4078 Telefax: +49 (0)681/905-4155</p>

*Stand 2003

3.4 Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur

Den Lebensmittelpunkt des weitaus größten Teils der Quartiersbevölkerung bildet ihr Stadtteil. Daher kommt den sozialen Aktivitäten und der lokalen sozialen Infrastruktur eine wichtige Bedeutung zu. Bindungen zu den Einrichtungen „vor Ort“ entwickeln vor allem Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Mütter und zum Teil auch Väter in der Familienphase, insbesondere wenn die Kinder noch klein sind. Darüber hinaus ist die Infrastruktur des Stadtteils auch für eine vergleichsweise große Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger im erwerbsfähigen Alter sehr wichtig, denn diese verbringen ebenso wie die vorher genannten Gruppen ihren Alltag überwiegend im Quartier. Zusammengenommen machen diese Gruppen oft einen erheblichen Teil der Bewohnerschaft des Stadtteils aus. Im Verlauf ihres Lebens kommt die Gebietsbevölkerung mit den verschiedenen lokalen Einrichtungen und Angeboten der sozialen Infrastruktur in Kontakt. Das Handlungsfeld „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“ umfasst daher ganz unterschiedliche Bereiche und reicht von der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienhilfe bis hin zur Altenhilfe einschließlich des Bereichs „Sport und Freizeit“, der zum Teil in die vorgenannten Bereichen integriert ist. Zur sozialen Infrastruktur gehören auch die Verbände, Vereine und Selbsthilfeinitiativen, sie spielen für das Zusammenleben eine große Rolle.

Projekte im Handlungsfeld „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“ betreffen oft auch andere Handlungsfelder und lassen sich nicht immer eindeutig zuordnen. Trotz dieser Überschneidungen können einzelne Strategien diesem Handlungsfeld zugeordnet werden:

- *Angebotserweiterung und -verbesserung* zielen darauf ab, quantitative und qualitative Defizite abzubauen.
- Projekte und Maßnahmen *generationsübergreifend und interkulturell* anzulegen und zu gestalten, zielt strategisch darauf ab, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt zu bringen.
- Die *Vernetzung der Infrastrukturangebote* und der Akteure im Stadtteil sichert eine Gesamtübersicht und gleichzeitig eine Kooperation und Abstimmung der Angebote im Stadtteil. Voraussetzung für eine Vernetzung der Infrastruktureinrichtungen ist meist eine Bestandsaufnahme der im Gebiet vorhandenen sozialen Dienste und Angebote sowie die Schaffung von Kooperationsstrukturen zwischen den vor Ort engagierten Verbänden, Vereinen und Selbsthilfeinitiativen sowie den städtischen Einrichtungen.
- Eine weitere Strategie bezieht sich auf die *Förderung des freiwilligen sozialen Engagements* der Bevölkerungsgruppen. Nur wenn es gelingt, diese in die soziale Infrastruktur mit einzubeziehen, wird es möglich, längerfristige Strukturen im Stadtteil aufzubauen.

Beispiel

AMOK – Aufsuchende, Mobile und Offene Kinder- und Jugendarbeit Straßensozialarbeit mit 10- bis 14-Jährigen

München – Haidhausen/Au, Bayern

Projektbeschreibung

Das Projekt AMOK („Aufsuchende, Mobile und Offene Kinder- und Jugendarbeit“) im Münchner Stadtteil Haidhausen richtet sich an 10- bis 14-jährige Kinder und Jugendliche, von denen viele benachteiligt sind. Im Rahmen mobiler Angebote werden Streetwork und Freizeitpädagogik eingesetzt, um deren Selbsthilfepotenziale zu fördern und sie an Einrichtungen im Stadtteil heranzuführen. Ein Sozialpädagoge steht den Kindern und Jugendlichen kontinuierlich als Kontaktperson und Anlaufstelle für alle Anliegen und Probleme zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts (neben dem Sozialpädagogen weitere Honorarkräfte) suchen die Kinder und Jugendlichen zu regelmäßigen Zeiten an öffentlichen Plätzen und Treffpunkten im Stadtteil auf. Durch die Möglichkeit einer freiwilligen und anonymen Kontaktaufnahme sollen Schwellenängste abgebaut werden.



Foto: Johannes Pflaum, München

Darüber hinaus wird versucht, soziale Benachteiligung zu kompensieren, die durch unzureichende Bildungschancen, das Fehlen familiären Rückhalts und mangelndes Selbstvertrauen entstanden sind.

Darüber hinaus wird versucht, soziale Benachteiligung zu kompensieren, die durch unzureichende Bildungschancen, das Fehlen familiären Rückhalts und mangelndes Selbstvertrauen entstanden sind.

Die Arbeit von AMOK setzt sich aus drei Handlungsansätzen zusammen:

- aufsuchende Arbeit und Aktionen,
- individuelle Beratung,
- Aufbau einer kontinuierlichen Mädchenarbeit.

Ziele des Projekts sind die Förderung sozialer Kompetenz, die Erweiterung des Handlungsradius der Zielgruppe sowohl inhaltlich als auch räumlich, die Heranführung der Kinder und Jugendlichen an Einrichtungen im Stadtteil, Informationsvermittlung sowohl an die Zielgruppe als auch an Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Aufbau eines Kooperationsnetzes für die Betroffenen. Die Arbeit von AMOK versteht sich in erster Linie als präventiver Ansatz. Zur Umsetzung des Projekts gehören unter anderem folgende Aktivitäten:

- Einzelberatungen zu verschiedenen Themen (Pubertät, Gesundheit, Kriminalität, Berufswahl),
- Elterngespräche über die jeweilige persönliche Situation der Kinder und Jugendlichen; gegebenenfalls Vermittlung an Unterstützungsstrukturen der Jugendhilfe,

- Durchführung von Sport- und Kulturveranstaltungen in Kooperation mit anderen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit im Stadtteil, Veranstaltung von Festen,
- Aktionen zur Verbesserung des Wohnumfelds der Kinder und Jugendlichen (z.B. Umbau einer Skateboardanlage),
- Kooperationen mit Schulen im Stadtteil.

Die Projektumsetzung wird konzeptionell durch eine kontinuierliche Evaluation begleitet.

Good-Practice-Begründung

Die aufsuchende und an der jeweils individuellen Situation von Einzelpersonen ansetzende Beratungsarbeit von AMOK leistet einen Beitrag zur *Integration* von benachteiligten Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 14 Jahren. Da nicht nur sozialpsychologische Problemlagen erörtert, sondern auch alltagspraktische Hilfen gegeben werden, können die Zielpersonen dazu *befähigt* werden, sich besser und vor allem eigenständig in ihrer Umwelt zurechtzufinden; dies schließt auch die Eltern der Kinder und Jugendlichen mit ein. Die Heranführung an Organisationen und Institutionen im Stadtteil im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe – und damit eine zielgruppenspezifische Vernetzung – ist ein gutes Beispiel für die *Kooperation unterschiedlicher Akteure*.



Fotos: Johannes Pflaum, München

Projekträger und Beteiligte

- AKA – Aktiv für interkulturellen Austausch e.V. (Projekträger)
- Sozialpädagoge
- Honorarkräfte
- Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AKA

Zielgruppen

- Kinder/Jugendliche im Alter von 10- bis 14 Jahren
- Eltern

Projektkosten und Finanzierung

- Kinder- und Jugendhilfemittel nach KJHG (SGB VIII)

Laufzeit

- Seit November 1997, Finanzierung jeweils auf ein Jahr befristet; die kontinuierliche Finanzierung ist gesichert.
- Das Projekt AMOK wurde in den Jahren 1997-2000 von der Stadt München jeweils auf ein Jahr befristet mit einer halben Sozialpädagogenstelle (19,25 Std./Woche) finanziert. Seit 2001 finanziert die Stadt mit jährlicher Verlängerung eine $\frac{3}{4}$ -Stelle (30 Std./Woche) sowie Honorar- und Sachmittel.

Weitere Informationen

- *Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg (Hrsg.), „Wege zur Integration“*. Dokumentation der Bayerischen Projektbörse, Nürnberg 2000, S. 27
- www.aka-muenchen.de
- www.ak-jungenarbeit.de

*Ansprechpartner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Johannes Pflaum AKA – Aktiv für interkulturellen Austausch e.V. Pariser Straße 11, 81667 München E-Mail: johannespflaum@hotmail.com Telefon: +49 (0)89/48004879 Telefax: +49 (0)89/4483045	keiner

*Stand 2003

Beispiel

Glückaufheim – das neue Stadtteilzentrum Beratung, Qualifizierung, Versorgung und Begegnung Ahlen – Süd-Ost, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

Im Zuge des kontinuierlichen Niedergangs der Zeche Westfalen seit den 80er-Jahren erlebte auch die Zechenkolonie Ahlen-Süd-Ost – und hier insbesondere der Glückaufplatz als lokales Versorgungszentrum und sozialer Mittelpunkt des Gemeinwesens – einen zunehmenden Bedeutungsverlust. Läden, Gastronomie und soziale Infrastruktur wichen allmählich Monostrukturen im Wohnbereich, und der Glückaufplatz galt seit Anfang der 90er-Jahre als erneuerungsbedürftig.

Im Zuge der Sanierung wurde der Wohnungsbestand am Platz von dem Bauverein Glückauf GmbH modernisiert. Im Zentrum aller Aktivitäten steht seitdem das Glückaufheim, das zu einem Gemeinwesen- und Begegnungszentrum mit Versorgungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangeboten umgebaut worden ist. Es soll als Leitprojekt einer bewohnerorientierten Stadteilerneuerung an alte Traditionen anknüpfen und durch seine vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und -angebote die durch den Niedergang des Stadtteils entstandene Infrastrukturlücke schließen. Damit leistet das Glückaufheim einen Beitrag zur Revitalisierung des Stadtteils; die vielfältigen Angebote und Begegnungsmöglichkeiten tragen zur Verbesserung des Gebietsimages bei.



Foto: Stadtteilbüro Ahlen – Süd-Ost, Ahlen

Die Angebote des Glückaufheims sind auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zugeschnitten; ein Schwerpunkt ist die Stärkung von Medienkompetenz durch Aus- und Fortbildung im EDV- und Multimedia-Bereich. Im Haus werden verschiedene Beratungsleistungen gebündelt, um so den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner möglichst weit entgegenkommen zu können. Auch die Stärkung der wohnortnahen Versorgung durch einen Kiosk entspricht den unmittelbaren Bedarfen der Nachbarschaft.

Diese Aktivitäten und Angebote werden zurzeit vergleichsweise unkoordiniert von verschiedenen Trägern angeboten. Zukünftig soll das Stadtteilforum Süd/Ost e.V. seine Funktion als Dachorganisation im Stadtteil auch für die Belange des Glückaufheims ausüben. Unter seiner Moderation soll eine Trägerpartnerschaft mit dem Ziel entstehen, eine ganzheitliche Angebotsstruktur in eigener Regie aufzubauen und durch die räumliche Konzentration im Glückaufheim Synergieeffekte für den Stadtteil zu erzielen.

Ein Ziel des Projekts ist es, einer sozialen und kulturellen Monostruktur im Gebiet entgegenzuwirken. Mit verschiedenen Vorhaben sollen Angehörige unterschiedlicher Kulturen an der Entwicklung beteiligt und Gemeinsamkeiten zwischen deutscher Bevölkerung und solcher mit Migrationshintergrund durch vielfältige Begegnungsmöglichkeiten gestärkt werden.

Zu den im Haus ansässigen Vereinen, Trägern und Anbietern gehören:

- Geschäftsstelle des Stadtteilforums Süd/Ost e.V., das Stadtteilbüro
- Online-Redaktion Vorortnahen
- Qualifizierungsprojekt „Hauswirtschaft“ der AWO – UB Hamm-Warendorf
- Geschäftsstelle des Koordinationskreises Türkischer Vereine e.V.
- ZWAR-Gruppe Ost (Initiative Zwischen Arbeit und Ruhestand)
- Ortsgruppe der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie
- Betreuungs- und Kontaktbüro der DSK – Deutsche Steinkohle (Tochterunternehmen der Ruhrkohle AG)
- Medienzentrum der Revierarbeitsgemeinschaft kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG) e.V.
- Kiosk
- Projekt „Zentrum Zukunft der Arbeit“

Good-Practice-Begründung

Das Glückaufheim ist das Leitprojekt des *Integrierten Handlungskonzepts* für die Entwicklung des Programmgebiets Ahlen – Süd-Ost. Das *Mehrzielprojekt* zeichnet sich durch vielfältige Angebote in den Bereichen *Qualifizierung*, Weiterbildung und Beratung – ergänzt durch kulturelle Aktivitäten – aus; die Einrichtung eines Kiosks rundet das Bild ab. Wegen der Vielzahl unterschiedlicher Projektträger unter einem Dach sind die Gesamtmaßnahmen nur durch *Kooperation unterschiedlicher Akteure* möglich geworden. Das Glückaufheim liegt an zentraler Stelle im Stadtteil und hat eine langjährige Tradition in der Geschichte der Zechenkolonie; durch seine Umnutzung bietet es nun abermals ein *hohes Identifikationspotenzial* im und mit dem Stadtteil.

Projektträger und Beteiligte

- Stadtteilforum Süd/Ost e.V. (Projektträger)
- Arbeiterwohlfahrt UB Hamm-Warendorf
- Revierarbeitsgemeinschaft kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG) e.V.
- ZWAR-Gruppe Ost (Initiative Zwischen Arbeit und Ruhestand)
- DSK-Büro – Deutsche Steinkohle (Tochterunternehmen der Ruhrkohle AG)
- Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie
- Zukunftsfähig im Kreis Warendorf e.V.

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Familien
- Initiativen/Vereine
- Unternehmen/Gewerbetreibende

Projektkosten und Finanzierung

- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III)
- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Stiftungsgelder

Die Grundfinanzierung von rund zwei Millionen DM wurde aus dem Landesprogramm Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf zu 90 Prozent finanziert. Der kommunale Eigenanteil betrug zehn Prozent. Die Ausstattung erfolgt mit Mitteln der Glückaufstiftung.

Laufzeit

- Dezember 1999 bis April 2001

Weitere Informationen

- <http://www.stadtteilforum.de>
- <http://www.vorortnahmen.de>

*Ansprechpartner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Hermann Huerkamp</p> <p>Stadtteilbüro Glückaufplatz 1, 59229 Ahlen</p> <p>E-Mail: info@stadtteilbuero-ahlen.de Telefon: +49 (0)2382/702149 Telefax: +49 (0)2382/702010 www.stadtteilforum.de</p>	<p>Benedikt Ruhmüller</p> <p>Bürgermeister Stadt Ahlen Westenmauer 10, 59227 Ahlen</p> <p>E-Mail: Ruhmoellerb@stadt.ahlen.de Telefon: +49 (0)2382/59222 Telefax: +49 (0)2382/59465 www.ahlen.de</p>

*Stand 2003

3.5 Schule und Bildung

Die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien sind erheblich eingeschränkt – dies haben nicht zuletzt die PISA-Ergebnisse offenbart. Dabei ist Bildung ein „umfassender Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten“²⁸. Junge Menschen in diesem Sinn zu bilden, ist nicht allein Aufgabe der Schule; erfolgreiche Lebensführung und soziale Integration bauen gleichermaßen auf Bildungsprozessen in der Familie, in Kindertageseinrichtungen, in Institutionen der Jugendarbeit und der beruflichen Bildung auf. Der Institution Schule kommt hierbei insbesondere in den Quartieren der Sozialen Stadt eine zentrale Bedeutung zu.

Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen in benachteiligten Stadtteilen – keine angemessene Vorbereitung der Kinder auf die Anforderungen der Schule durch das Elternhaus, multiethnisch zusammengesetzte und mehrsprachige Klassen, hohe Fluktuation der Schülerschaft – begreifen sich viele Schulen in den Gebieten nicht nur als Wissensvermittler, sondern als Orte, an denen auch soziale und kommunikative Kompetenzen erlernt und umgesetzt werden. Durch verschiedene Strategien versuchen die Schulen, diesen neuen Ansprüchen gerecht zu werden:

- Als eine Schlüsselstrategie hat sich die *Öffnung von Schulen* herausgestellt. Schule öffnet sich dabei sowohl nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte des Unterrichts als auch nach außen zum Stadtteil, zur Lebenswelt im Umfeld der Schule und damit auch für die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, mit Betrieben, Verbänden und weiteren lokalen Akteuren im Gebiet.
- An vielen Schulen findet verstärkt *Sprachförderung* für Migrantenkinder statt, um den Zusammenhang zwischen nichtdeutscher Herkunft, Lernschwierigkeiten, niedrigen Schulabschlüssen und erschwertem Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu durchbrechen. Dabei zeigt sich allerdings, dass die Vermittlung von Sprachkompetenz allein in der Schule nicht ausreicht, sondern der Abbau von Sprachdefiziten bereits im Kindergarten und der Vorschule beginnen und durch Sprachförderung der Eltern unterstützt werden muss.
- Zunehmend engagieren sich Schulen in den Quartieren darüber hinaus für eine *Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt*. Gezielt werden die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen in den Vordergrund eines handlungs- und praxisorientierten Unterrichts gerückt und Vorgänge der Arbeitswelt intensiver in die Abläufe schulischen Lernens integriert. Neue und bereits bewährte Projekte im Bereich Berufsinformation, -orientierung und -ausbildung werden für Schülerinnen und Schüler nutzbar gemacht. Dabei kooperieren die Schulen zum Aufbau von lokalen Fördernetzwerken mit Betrieben im Stadtteil, Trägern der Jugendhilfe, dem Arbeitsamt, den Kammern, Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie den zuständigen Fachämtern.

²⁸ *Bildung ist mehr als Schule*. Leipziger Thesen zu den Voraussetzungen für eine bildungspolitische Wende, in: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, H. 4 (2002), S. 317-320.

Beispiel

Evangelische Gesamtschule, Schul- und Stadtteilzentrum Gelsenkirchen, – Bismarck/Schalke-Nord

Projektbeschreibung

Mit dem Neubau einer multikulturellen und multikonfessionellen Gesamtschule – etwa 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler sind nichtdeutscher Herkunft – wurde auf die defizitäre schulische Infrastruktur im Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord reagiert. Der 1998 eröffnete Neubau basiert auf einem ambitionierten städtebaulichen Konzept, das aktuelle ökologische Erkenntnisse der Architektur (Niedrigenergiehaus-Standard, Holzkonstruktion usw.) ebenso einbezieht wie die Öffnung der Schule.

Dabei öffnet sich die Schule sowohl nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte des Unterrichts als auch nach außen zum Stadtteil, zur Lebenswelt im Umfeld der Schule. Durch das Konzept „Familien-, Erziehungs-, Lebens-, und Stadtteilschule (FELS)“ werden pädagogische Ansätze verwirklicht, die direkt an der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil anknüpfen, indem

- in der Schule eine häusliche Atmosphäre durch den Bau von „Klassenhäusern“ geschaffen wird,
- den Kindern durch eine Vielzahl von Projekten die Möglichkeit eröffnet wird, aufbauend auf ihren alltäglichen Erfahrungen zu lernen,
- die Kinder gemeinsam andere Kulturen kennen akzeptieren lernen sowie die multikulturelle Vielfalt als Bereicherung erleben.

Die Gemeinschaftsräume der Schule (Aula, Werkstätten, Turnhalle, Büros) wurden bewusst so geplant, dass sie unabhängig vom Schulbetrieb von örtlichen Vereinen und Initiativen genutzt werden können. Auf diese Weise sind ein kulturelles Zentrum und eine öffentliche Begegnungsstätte für den Stadtteil entstanden. Für Aktionen und Ausstellungen auf dem Schulgelände steht darüber hinaus ein im Rahmen der Schlusspräsentation der IBA Emscher Park 1999 in Pyramidenform errichtetes und an die Schule übergebenes Gebäude zur Verfügung.

Bei der Planung der Schule waren Schülerinnen und Schüler, Lehrer- und Elternschaft aufgefordert, ihre Ideen und Vorstellungen einzubringen. Auch beim Bau selbst waren sie beteiligt.



Fotos: Stadtteilbüro Gelsenkirchen-Bismarck/
Schalke Nord

Good-Practice-Begründung

Sowohl städtebaulich-architektonisch als auch pädagogisch geht das Konzept der Evangelischen Gesamtschule weit über traditionelle Herangehensweisen hinaus und enthält viele *innovative* Elemente. Durch das Projekt werden mehrere Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung miteinander verknüpft: Schule und Bildung, Soziale Aktivitäten, Umwelt, Stadtteilkultur, Sport und Freizeit, Zusammenleben im Stadtteil (*Mehr-zielprojekt*). Die Gesamtschule wirkt in zweierlei Hinsicht *integrierend*: Mit der Öffnung nach außen integriert sich die Schule selbst in den Stadtteil, mit den neuen Formen der multikulturellen Erziehung leistet sie einen Beitrag zur Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Die *intensive Beteiligung und Mitwirkung* von Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft haben zu einer *hohen Identifikation* mit der Schule und dem Stadtteil geführt. Als Schlüsselprojekt der integrierten Stadtteilentwicklung hat die Schule eine *große Impulswirkung* für die Weiterentwicklung des Gebiets.

Projektträger und Beteiligte

- Evangelische Schule in Westfalen e.V. Gelsenkirchen (Projektträger)
- Evangelische Kirche von Westfalen, Baureferat/Schuldezernat (Projektleitung und Schulträger)
- Prof. Peter Hübner – plus+bauplanung GmbH, Neckartenzlingen (Architekt und Generalplaner)
- IBA Emscher Park GmbH, Gelsenkirchen
- Eichhorn & Co. GmbH, Köln (Generalunternehmer)
- Baufirmen

Zielgruppen

- Kinder/Jugendliche (mit Migrationshintergrund)
- Initiativen/Vereine
- Quartiersbevölkerung

Projektkosten und Finanzierung

- Mittel aus Landesprogrammen:
 - ▲ Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Zuschuss von 3 000 000 DM für die Gebäude und Außenanlagen, die für die Stadtteilarbeit genutzt werden) aus Stadterneuerungsmitteln (90 Prozent)
- Kommunale Mittel:
 - ▲ Stadt Gelsenkirchen (Grundstück stammt aus städtischen Liegenschaften und wurde der Evangelischen Kirche kostenfrei verpachtet)
- Kirchliche Mittel:
 - ▲ Kirchenkreis Gelsenkirchen (stellte ein zinsloses Darlehen in Höhe von 2 000 000 DM zur Verfügung)

- ▲ Evangelische Landeskirche (Kosten für den Neubau in Höhe von 21 Mio. Euro bis zur endgültigen Fertigstellung 2004; Anmietung aller Räume vom Verein „Ev. Schule in Westfalen“, Refinanzierung der Miete entsprechend dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen, Übernahme des zehnten städtischen Eigenanteils).
- Diverse Banken

Laufzeit

- Seit Januar 1996 fortlaufend

Weitere Informationen

- *Austermann, Klaus, und Ralf Zimmer-Hegmann*, Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Dortmund 2000
- *Austermann, Klaus (ILS), Marcelo Ruiz (AGB) und Matthias Sauter (AGB)*, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort (PvO) im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Dortmund 2002 (ILS-Schriften, Bd. 186)
- *Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck (Hrsg.)*, Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck, Januar 2000
- *PÄD Forum*, Sonderheft über die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen, Ausgabe 2/2000

*Ansprechpartner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Fritz Sundermeier</p> <p>Evangelische Schule in Westfalen e.V. Pastoratstraße 10, 45879 Gelsenkirchen</p> <p>Telefon: +49 (0)5223/522492 Telefax: +49 (0)5223/522217</p> <p>Harald Lehmann</p> <p>Schulleiter, Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen Bismarck Laarstraße 41, 45889 Gelsenkirchen</p> <p>Telefon: +49 (0)209/983030</p>	<p>Wolfram Schneider</p> <p>Stadt Gelsenkirchen Referat 61/3 Stadtplanung 45875 Gelsenkirchen</p> <p>E-Mail: wolfram.schneider@gelsenkirchen.de Telefon: +49 (0)209/1694531 Telefax: +49 (0)209/1694803</p>

*Stand 2003

Beispiel

Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf

Trier-Nord

Projektbeschreibung

Das Projekt hat zum Ziel, durch kreative und individuell gestaltete Hilfeangebote im Kinder-, Jugendhilfe- und Bildungsbereich zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen beizutragen. Das Projekt setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen:

- Zunächst wurden im Rahmen einer quantitativen und qualitativen Bestandsaufnahme zum beruflichen Werdegang der Jugendlichen Interviews mit Vorortexperten und Schulabgängern durchgeführt.
- Ein zum Thema Berufsorientierung/Übergang Schule – Beruf gegründeter Kooperationsverbund mit relevanten Akteuren vereinbarte auf der Basis dieser Bestandsaufnahme und einer anschließenden Problemanalyse gemeinsame Ziele und konkrete Projektmaßnahmen.
- Die Projekte selbst beziehen sich auf Berufsorientierung, Berufsausbildung sowie die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen. Ferner werden Workshops zu ausgewählten Themen wie z.B. Gender Mainstreaming und Arbeitsmarktpolitik angeboten. Die Projekte richten sich nicht nur direkt an Schulabgänger, sondern auch bereits an Schülerinnen und Schüler aus niedrigen Klassenstufen. Darüber hinaus werden auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher angeleitet, selbst Lernangebote anzubieten.



Fotos: Verein Jugend und Arbeit e.V.

Die Projektsteuerung liegt beim Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben des Jugendamts der Stadt, das hierfür einen qualifizierten Mitarbeiter zur Verfügung stellt. Bestandsaufnahme, Aufbau und Begleitung des Kooperationsverbunds sowie fachliche Begleitung der Projektentwicklung wurden von einem der Projektbeteiligten, dem Verein Jugend

und Arbeit e.V., übernommen. Die einzelnen Projekte werden jeweils in Kooperation von mindestens zwei Institutionen durchgeführt.

Das Projekt ist eine Maßnahme des Programms „KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten“, das im Rahmen der E & C-Programmplattform zum Einsatz kommt. Den Anstoß für das Projekt gaben der „Arbeitskreis Trier-Nord“ – ein Zusammenschluss der sozialen Einrichtungen im Stadtteil – sowie das lokale Quartiermanagement, das auch die Rückkoppelung zu den Stadtteilakteuren sicherstellt.

Good-Practice-Begründung

Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass es, angeregt durch Stadtteilarbeitskreis und lokales Quartiermanagement, aus dem Gebiet selbst heraus entwickelt wurde und damit einen *hohen Grad an Eigeninitiative* aufweist. Durch die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* – auch in den einzelnen Teilprojekten – konnte ein vielfältiges Projektangebot umgesetzt werden. Mit diesem Angebot werden ganz unterschiedliche Altersgruppen der Schülerschaft, aber auch das Lehrer- und Erzieherpersonal für einen verbesserten Übergang Schule – Beruf *qualifiziert*.

Projektträger und Beteiligte

- Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben (Projektträger)
- Arbeitsamt
- Jugendamt
- Sozialamt
- Verein Jugend und Arbeit e.V.
- Quartiersmanagement Trier-Nord
- Schulen im Stadtteil
- Bürgerhaus Trier-Nord als Gemeinweseneinrichtung im Stadtteil
- Weitere Akteure mit Stadtteilbezug, die mit Jugendlichen arbeiten, sowie sämtliche relevanten Akteure, die sich mit der Thematik Berufsorientierung/Übergang Schule – Beruf befassen

Zielgruppen

- Lehrerinnen und Lehrer/Sozialpädagogische Fachkräfte
- Mädchen/Jungen

Projektkosten und Finanzierung

- „Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten – KuQ“ als Teilprogramm der Bundesprogrammplattform E & C (zeitlich begrenzt, 100 Prozent Finanzierung)

Laufzeit

- Juli 2002 bis Dezember 2002

Weitere Informationen

- www.kundq-trier.de

*Ansprechpartnerinnen und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Beate Stoff Maria Dahlmann-Jutz Verein Jugend und Arbeit e.V. Oerenstraße 15, 54290 Trier E-Mail: jua-trier@t-online.de Telefon: +49 (0)651/148 009 Telefax: +49 (0)651/9940 782	Achim Hettinger Stadt Trier, Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben Bollwerkstraße 6, 54290 Trier E-Mail: achim.hettinger@trier.de Telefon: +49 (0)651/718-1540 Telefax: +49 (0)651/718-1548

*Stand 2003

3.6 Gesundheitsförderung

Mit Armut ist in Deutschland immer noch ein beträchtliches Gesundheitsrisiko verbunden. Der Grund hierfür liegt in der Zunahme gesundheitlicher Belastungen infolge sozialer Benachteiligung bei gleichzeitiger Abnahme der persönlichen, ökonomischen und sozialen Ressourcen zur Bewältigung dieser Belastungen. Häufig kommen ungesunde Verhaltensweisen hinzu, die durch Rauchen, übermäßigen Alkohol- und sonstigen Drogenkonsum, Fehlernährung, Bewegungsmangel und nicht selten durch Gewalt geprägt sind.

Seit der Ottawa-Charta der World Health Organization (WHO) von 1986 und der damit verbundenen Gründung des bundesdeutschen Gesunde-Städte-Netzwerks im Jahr 1989 erfährt der Zusammenhang von Armut und Gesundheit allmählich größere Aufmerksamkeit in Deutschland. Trotzdem rangiert die Gesundheitsförderung bei den inhaltlichen Handlungsfeldern in der bisherigen Programmumsetzung an letzter Stelle. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Querschnittscharakter des Handlungsfelds Gesundheitsförderung dazu führt, dass Maßnahmen in anderen Bereichen vielfach Gesundheitsbezug aufweisen. So dient eine Reihe von Maßnahmen in den Handlungsfeldern Umwelt, Verkehr sowie Wohnumfeld und öffentlicher Raum gleichzeitig dazu, umweltbedingte Gesundheitsrisiken zu bewältigen. Einen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten auch viele Maßnahmen im Sportbereich. Ebenso haben Beschäftigungsmaßnahmen gesundheitsfördernde Wirkungen, da sie zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation sowie des Selbstwertgefühls der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen.

Ansätze der stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung in den Programmgebieten zielen zum einen darauf ab, niedrigschwellige Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen zu entwickeln, und zum anderen darauf, durch Netzwerkbildung die Kooperation im Gesundheitswesen zu verbessern:

- Die *Entwicklung niedrigschwelliger Angebote für einzelne Zielgruppen* (insbesondere Kinder und Jugendliche, Frauen, Migrantinnen) erfolgt vor allem deshalb, weil traditionelle Angebote der Gesundheitsförderung überwiegend mittelschichtorientiert sind und besonders gefährdete Gruppen in gesundheitlich benachteiligten sozialen Lagen in der Regel nicht erreichen.
- Ziel der *Bildung von Netzwerken zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung* ist es, eine kooperative Gesundheitsförderung im Sinne eines Aktionsbündnisses Gesundheit im Stadtteil zu etablieren, das von allen im Gesundheitswesen und für die Gesundheitsförderung tätigen Akteuren im Stadtteil gemeinsam getragen wird. Mögliche Bündnispartner sind dabei unter anderem das Gesundheitsamt, freie Träger der Gesundheits- und Gemeinwesenarbeit, Selbsthilfegruppen, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Krankenkassen, Sportvereine sowie Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Erfahrungen zeigen, dass auf diese Weise häufig überhaupt das erste Mal die Gelegenheit zum Kennenlernen, zum Austausch unterschiedlicher Sichtweisen und Ideen zur Gesundheitsförderung sowie zum gemeinsamen Handeln im Stadtteil entsteht.

Beispiel

Schutzengel e.V.

Flensburg – Neustadt, Schleswig-Holstein

Projektbeschreibung

Ziel des Projektverbunds Schutzengel e.V. ist es, koordinierte Hilfsangebote für junge Familien in der Flensburger Neustadt zu stärken, zu verbessern und neu zu entwickeln. Aufbauend auf dem umfassenden Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation setzt sich das Gesamtprojekt aus verschiedenen Bausteinen zusammen: eine Familienhebamme unterstützt junge Familien während der Schwangerschaft und begleitet die Familien nach der Geburt zu weiterführenden Hilfsangeboten. Durch diese Beratung und Begleitung ergeben sich Leistungen, die weit über die üblichen, durch die Krankenkassen finanzierten Hilfen hinausgehen. Pädagogische Frühförderung von Kindern im Alter bis zu drei Jahren bietet die Kindergarten Adelby GmbH an. Zur Unterstützung junger Familien bei Problemen der Alltagsbewältigung steht eine diakonische Hausbetreuerin aus der Evangelischen St. Petri-Gemeinde zur Verfügung. Außerdem wurde ein Elterncafé eingerichtet – untergebracht in zwei mit Städtebaufördermitteln umgebauten Wohnungen des Flensburger Arbeiter-Bauvereins; hier können die Eltern ihre Erfahrungen austauschen, und die Hebamme bietet eine Sprechstunde an; darüber hinaus finden Gemeinschaftsaktionen (z.B. Frauenfrühstück) und Gesundheitsberatung statt. Das Modellprojekt des Landes Schleswig-Holstein wird vom Stadtteilmanagement unterstützt und von der Kindergarten Adelby GmbH wissenschaftlich begleitet (Dokumentation, Evaluation und Qualitätssicherung).



Fotos: Volker Syring, Flensburg

Good-Practice-Begründung

Diese niedrigschwelligen Angebote richten sich an Personen, die oftmals nur schwer zu erreichen sind, und *befähigen* diese zu einer gesundheitsverantwortlichen Lebensgestaltung. Das Beratungs- und Betreuungsangebot erstreckt sich dabei von der Schwangerschaft über die Säuglingspflege bis hin zur Kindererziehung. Dieses ganzheitliche Gesundheitsverständnis begründet auch die zeitliche Kontinuität des Angebots, die für Per-

sonen in schwierigen Lebenslagen besonders wichtig ist. Durch die Bausteine des Modellprojekts – Elterntreffpunkt, Familienhebamme, diakonische Familienbegleiterin, pädagogische Frühförderung – werden *Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen* verbessert und verschiedene Zielgruppen erreicht. Gerade das Elterncafé, das als erste informelle Kontaktstelle fungieren kann, besitzt in diesem Kontext eine wichtige Schlüssel-funktion und könnte sich langfristig zu einem Ort der Selbsthilfe entwickeln und damit *Impulswirkung für die Stadtteilentwicklung* erzielen.

Projektträger und Beteiligte

- Förderverein Schutzengel e.V. (Projektträger), bestehend aus:
 - ▲ Kindergarten Adelby GmbH
 - ▲ Kirchengemeinde St. Petri
 - ▲ Evangelisch-Lutherische Diakonissenanstalt Flensburg
- ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fördervereins Schutzengel e.V.
- Flensburger Arbeiter-Bauverein
- Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
- Stadt Flensburg
- zahlreiche Spender und Sponsoren

Zielgruppen

- Familien/Kinder/Alleinerziehende/Schwangere

Projektkosten und Finanzierung

- Modellprojektmittel des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
- Fördermittel aus der Aktion Glücksspirale
- Jahresbeiträge der Mitglieder von Schutzengel e.V.
- Sponsoren- und Spendenmittel – hier insbesondere durch den Flensburger Arbeiter-Bauverein und den Rotary-Club-Nordertor

Laufzeit

- Beginn des Modellprojekts: 1. August 2001
- Vorläufiges Ende: 31. Dezember 2003

Weitere Informationen

- *Rake, Helga*, Der Engel der Neustadt – Das „Schutzengel-Projekt“ in Flensburg, in: Raimund Geene, Carola Gold, Christian Hans (Hrsg.), Armut und Gesundheit. Gesundheitsziele gegen Armut. Netzwerke für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Teil II, Berlin 2002, S. 215 f.
- *Rake, Helga*, Der Engel der Neustadt. Das Schutzengel-Projekt in Flensburg, in: Soziale Stadt info 7, Berlin 2002, S. 15
- Internet-Auftritt: www.schutzengel-flensburg.de

Ansprechpartner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Volker Syring</p> <p>Förderverein Schutzengel e.V. Lerchenstraße 4-6, 24939 Flensburg</p> <p>E-Mail: webmaster@schutzengel-flensburg.de E-Mail: vsyring@adelby.de Telefon: +49 (0)461/4902023 Telefax: +49 (0)461/4935744</p>	<p>Burckhard Kohnert</p> <p>Stadt Flensburg Fachbereich 2.3/Sozialpädagogische Dienste Rathausplatz 1, 24931 Flensburg</p> <p>E-Mail: soziales@flensburg.de Telefon: +49 (0)461/85-23270 Telefax: +49 (0)461/85-1292</p>

*Stand 2003

Beispiel

Gesundheitshaus in Bismarck Gelsenkirchen, Bismarck/Schalke-Nord

Projektbeschreibung

Das Gesundheitshaus als zentrale Anlaufstelle stadtteilbezogener Gesundheitsvorsorge und -prävention existiert seit 1997. Angesiedelt ist es im Lahrshof, einem Gebäudeensemble der ehemaligen Zeche im Quartier, in dem darüber hinaus eine Tageseinrichtung für Kinder sowie eine Jugendberufshilfeeinrichtung untergebracht sind.

Mit dem umfangreichen Angebot des Gesundheitshauses soll besonders der Teil der Quartiersbevölkerung erreicht werden, der sich von herkömmlichen Gesundheitsförderungsangeboten nicht angesprochen fühlt. Es umfasst neben Projekten für unterschiedliche Zielgruppen und regelmäßigen Kursangeboten sowie Vorträgen auch Sonderveranstaltungen, wie z.B. Gesundheitstage.

Besonders intensiv engagiert sich das Gesundheitshaus in Projekten mit Kindern und Jugendlichen: In dem Projekt „Gesundheitsförderung im Vorschulalter“ beispielsweise werden modellhaft Wege der Bewegungsförderung in Kindergärten erprobt. Ein weiteres Projekt – „Afrika macht Schule“ – dient der Entwicklungszusammenarbeit. Dazu finden in zwei Grundschulen im Gebiet Projektwochen statt, um das Verständnis für andere Kulturen zu fördern. Im Rahmen dieses Projekts unterstützt das Gesundheitshaus auch ein Krankenhaus in Kenia. Für Jugendliche finden Veranstaltungen von der AIDS-Aufklärung bis hin zum Anti-Gewalt-Training statt.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Migrantinnen und Migranten sind eine weitere wichtige Zielgruppe. Mehrsprachige Broschüren informieren sie zu gesundheitsbezogenen Themen und Angeboten. Wöchentlich wird ein Gesprächskreis mit und für ausländische Frauen veranstaltet. Hier wird auch regelmäßig zu vorher mit den Frauen abgestimmten Themen referiert. An dem Gesprächskreis nehmen durchschnittlich 20 – vorwiegend türkische Frauen – teil; während des Treffens findet eine Kinderbetreuung statt, die von den Frauen finanziert wird. Darüber hinaus werden unter Anleitung einer verschleierte Kursleiterin Schwimmkurse – ebenfalls mit Kinderbetreuung – und ein Gymnastikkurs für türkische und deutsche Frauen angeboten. Als Unterstützung unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ suchen Mitarbeiterinnen des Gesundheitshauses Migrantinnen zu Hause auf und helfen ihnen z.B. bei Behördengängen oder bei gesundheitlichen Problemen in der Familie.

Bei dem weiteren Arbeitsschwerpunkt „Förderung der Seniorengesundheit“ geht es nicht nur um die eigenen Angebote des Gesundheitshauses, sondern auch darum, auf andere gesundheitsbezogene Angebote im Gebiet aufmerksam zu machen. In einem Internetcafé können Seniorinnen und Senioren beispielsweise unter fachkundiger Anleitung den Umgang mit dem neuen Medium lernen und haben damit gleichzeitig Zugriff auf aktuelle Gesundheitsinformationen.



Da die Existenz des Gesundheitshauses und seiner Angebote über das Ende des Stadtteilprogramms nicht gesichert ist, wird zunehmend versucht, Ehrenamtliche für die Mitarbeit zu gewinnen. Geplant ist deswegen auch die Gründung eines Fördervereins. Insgesamt ist bisher aber noch unklar, wie die Kosten für die Aktivitäten nach dem Auslaufen der staatlichen Förderung gedeckt werden können.



Fotos: Gesundheitshaus in Bismarck e.V.

Good-Practice-Begründung

Das stadtteilbezogene Gesundheitshaus und seine niedrighschwelligen Angebote für verschiedene Zielgruppen „unter einem Dach“ stellen ein *innovatives* Projekt dar. Ansonsten schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen werden durch Angebote der Gesundheitsförderung, die auf ihre Lebenssituation zugeschnitten sind, *befähigt*, Gesundheitsaspekte in ihre eigene und die Lebensgestaltung ihrer Familien mit einzubeziehen. Durch die offene Ausgestaltung der Angebote bestehen vielfältige *Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten* für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Umnutzung des ortsgeschichtlich bedeutsamen Gebäudeensembles des Lahrshofes, bei der das Gesundheitshaus ein wesentliches Element ist, hat eine Infrastruktureinrichtung geschaffen, die eine wichtige stabilisierende Funktion für die Quartiersbevölkerung hat und damit *Impulse für die Stadtteilentwicklung* setzt.

Projektträger und Beteiligte

- Gesundheitshaus in Bismarck e.V.
- Apothekerverband Westfalen-Lippe e.V., Bezirksgruppe Gelsenkirchen
- Arbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser in Gelsenkirchen
- Emscher Lippe Energie GmbH
- Gelsenwasser AG
- Stadt Gelsenkirchen
- Volksbank eG Gelsenkirchen-Buer

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder/Jugendliche
- Migrantinnen/Migranten
- Seniorinnen/Senioren

Projektkosten und Finanzierung

- Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“
- Sonstige Städtebauförderungsmittel
- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III)
- Sozialhilfemittel nach BSHG
- Kommunale Mittel
- Sponsoring/Spenden
- Sonstige private Mittel

Laufzeit

- Seit Juni 1997 fortlaufend

Weitere Informationen

- *Austermann, Klaus, und Ralf Zimmer-Hegmann*, Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderen Erneuerungsbedarf, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 1. Aufl. Dortmund 2000
- *Austermann, Klaus (ILS), Marcelo Ruiz (AGB) und Matthias Sauter (AGB)*, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort (PvO) im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung am

Institut für Raumplanung (IRPUD) der Universität Dortmund (Hrsg.), Dortmund
2000

- www.gesundheitshaus-bismarck.de

*Ansprechpartnerin**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Ingeborg Langefeld</p> <p>Gesundheitshaus in Bismarck Geschäftsführerin Franziskusstraße 18-24, 45889 Gelsenkirchen</p> <p>E-Mail: info@gesundheitshaus-bismarck.de langefeld@gesundheitshaus-bismarck.de Telefon: +49 (0)209/9882987 Telefax: +49 (0)209/9882988 www.gesundheitshaus-bismarck.de</p>	<p>Ingeborg Langefeld</p> <p>Gesundheitsamt Gelsenkirchen Abteilung: Gesundheitshilfen und präventive Maßnahmen Kurt-Schumacher-Straße 4, 45875 Gelsenkirchen</p> <p>E-Mail: ingeborg.langefeld@gelsenkirchen.de Telefon: +49 (0)209/1692520 Telefax: +49 (0)209/1692024</p>

*Stand 2003

3.7 Umwelt und Verkehr

Viele Programmgebiete der Sozialen Stadt sind durch Mängel der verkehrlichen Infrastruktur sowie unzeitgemäße Ausbaustandards (beispielsweise zu breite Ausbauquerschnitte, Fehlen von Straßenbegleitgrün und gesicherter Querungsmöglichkeiten) geprägt. Viele Gebiete werden durch Verkehrsstrassen (Bahn oder Straße) mit hoher Verkehrsbelastung zerschnitten oder von ihnen tangiert, sodass erhebliche Beeinträchtigungen durch Luftverschmutzung und Lärm entstehen. In den meisten Altbauquartieren ist der ruhende Verkehr, das oftmals „wilde Parken“ ein Problem, das zur Entwertung von öffentlichen Räumen führt.

Daneben bestehen oft Defizite an öffentlichen Grün- und Freiräumen, die neben der Erholungsfunktion für die Bevölkerung auch kleinklimatische Bedeutung besitzen. Vielfach sind die wenigen Freiflächen ungenügend miteinander vernetzt oder sie haben aufgrund mangelhafter Gestaltung, unzureichender Instandhaltung, Verschmutzung oder konkurrierender Nutzungen einen nur geringen Aufenthaltswert. Auch entsprechen die Ausstattung mit Fuß- und Radwegen sowie ihr Ausbaustandard vielfach nicht den aktuellen Anforderungen seitens der Bewohnerschaft. Die Kompensation dieser Defizite durch die Nutzung entsprechender Flächen außerhalb des Quartiers ist für mobilitäts-eingeschränkte Gruppen (Frauen mit kleinen Kindern, ältere Menschen) kaum möglich.

Folgende Strategien im Handlungsfeld Umwelt und Verkehr haben sich als sinnvoll erwiesen:

- Die *Entwicklung und Umsetzung integrierter Freiraum- und Verkehrsentwicklungskonzepte* ist Grundlage für die Verbesserung der Umweltsituation im Bereich der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Flächen. Dabei werden häufig umfassende Partizipationsstrategien eingesetzt – sowohl auf die Planungs- als auch die Umsetzungsphase bezogen. Außerdem wird die Umsetzung integrierter Freiraum- und Verkehrsentwicklungskonzepte teilweise mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt.
- Projekte und Maßnahmen zur *Begrünung und Entsiegelung von Freiflächen und Innenhöfen* (Wohngebäude, Schulen usw.) verbessern das Kleinklima im Gebiet und erhöhen die Gestaltqualität.
- *Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der Neuordnung des ruhenden Verkehrs* dienen der Vermeidung von Lärm- und Immissionsbelastungen und tragen zur Verbesserung der Nutzungsqualität bei.

Beispiel

Leipziger Kinderbüro e.V. – „Kinder planen ihre Stadt“ – Fachstelle für Partizipation & Demokratielernen

**Leipzig – Ortsteile Lindenau, Plagwitz,
Leutzsch und Kleinzschocher, Sachsen**



Projektbeschreibung

Das Leipziger Kinderbüro kümmert sich um die Aktivierung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit allen Belangen der städtebaulichen Erneuerung und Gestaltung in den Leipziger Stadtteilen Lindenau, Plagwitz, Leutzsch und Kleinzschocher.

Projektziele sind die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in stadträumliche Veränderungsprozesse, die Verbesserung der sozialen Situation dieser Gruppe durch gezielte Projektarbeit, die Beratung und umsetzungsorientierte Hilfe für Verwaltung und Stadtteilinitiativen bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie die Organisation eines generationsübergreifenden Dialogs.

Strategien sind die Kontaktaufnahme mit Kinder- einrichtungen und Schulen, Informationsarbeit für Eltern/Alleinerziehende, die Vermittlung zwischen verschiedenen Ämtern, kommunalen Einrichtungen, Organisationen und Initiativen, die für Kinder und Jugendbelange tätig sind, die Vernetzung des Kinderbüros mit anderen Initiativgruppen und mit Bürgerbüros, die Organisation von Kinderratssitzungen und Kinderanhörungen sowie breite Öffentlichkeitsarbeit. Bearbeiterteams, die aus interessierten Kindern und Jugendlichen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kinderbüros bestehen, ermitteln gemeinsam relevante Themen, die in die Projektarbeit einfließen. Dabei handelt es sich vor allem um umsetzungsorientierte und kurzfristig realisierbare Projekte, an denen nicht nur Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 18 Jahren und deren Eltern, sondern auch Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils teilnehmen können. Zu solchen Projekten gehören:



Fotos: Gerhard Lehwald, Leipzig

- Stadterkundungen,
- Spielplatzplanung und Schulhofumgestaltung,
- Identifikation von Problemen im Zusammenhang mit Straßenverkehr aus Sicht von Kindern und Jugendlichen; Beteiligung an Problemlösungen,

- Ermittlung von Gefahrenstellen für behinderte Menschen im Stadtteil,
- Erarbeitung eines Fahrrad- und Skateboardwegenetzes im Wohngebiet,
- Begutachtung von Hinterhöfen und Hausfassaden im Hinblick auf deren Kinderfreundlichkeit,
- Begutachtung des Grün- und Freiflächenanteils im Quartier,
- Durchführung von Umfragen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durch „Stadtdetektive“ des Kinderbüros,
- Erarbeitung eines „Kinderwegweisers“ für Lindenau und Plagwitz mit wichtigen Orten und Einrichtungen für Kinder,
- Entwicklung eines Kinderstadtteilplans,
- Herausgabe einer Kinderstadtteilzeitung („West-Seite-Stories“),
- Filmdokumentation des Alltagslebens von Mädchen und Jungen in den Stadtvierteln,
- Einrichtung eines Multimeditreffs mit kostenlosen Zugangsmöglichkeiten in das Internet („Jugend-Info-Point“),
- Anfertigung von Modellen zu für Kinder und Jugendliche relevanten Stadtviertelobjekten, Basteln und Töpfern zum Thema „Stadt“.

Zu den bisherigen Umsetzungsergebnissen gehört die Gestaltung mehrerer Plätze und Straßen in verschiedenen Stadtbezirken auf Grundlage von Abstimmungen zwischen verschiedenen Ämtern und dem Kinderbüro, das dezidierte Vorschläge in den Prozess einbringen konnte. Zusätzlich zu den Stadtviertelprojekten selbst bietet das Leipziger Kinderbüro in seinen Außenstellen betreute Projektwochen für Schulen an, die sich mit dem Thema „Stadt- und Lebensraumgestaltung“ befassen.



Fotos: Gerhard Lehwald, Leipzig

Good-Practice-Begründung

Der *innovative Gehalt* dieses Projekts besteht aus vergleichsweise kreativen und experimentellen Ansätzen für Aktivierung und Beteiligung von und für Kinder(n) und Jugendliche(n), die ein großes Maß an *Mitgestaltungsmöglichkeiten* eröffnen. Die frühzeitige Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in lokale Entscheidungsprozesse und einen kontinuierlichen Interessenausgleich ist ein Beitrag zur *Befähigung* der Zielgruppen, sich zu aktuellen Problemen in ihrem Lebensraum zu äußern und an Problemlösungen mitzuwirken („Demokratie einüben“). Dies geschieht in *Kooperation unterschiedlicher Akteure*. Der durch die Mitgestaltungsmöglichkeiten vergleichsweise intensiv angeeignete Wohnort birgt ein *großes Identifikationspotenzial*. Schließlich zeichnet sich das Projekt durch eine vielfältige und *offensive Öffentlichkeitsarbeit* aus.

Projektträger und Beteiligte

- Leipziger Kinderbüro e.V. (Projektträger)
- Quartiersmanagement der Leipziger Stadtteile Lindenau, Plagwitz, Leutzsch und Kleinzschocher
- Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
- Grünflächenamt
- Amt für Verkehrsplanung
- Jugendamt/Jugendhilfe
- Stadtteilverein Lindenau e.V.
- Bürgerverein Plagwitz e.V.

Zielgruppen

- Kinder/Jugendliche von 10 bis 18 Jahren.
- Eltern/Alleinerziehende
- Sonstige Quartiersbevölkerung

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel aus URBAN (Sachmittel)
- Kommunale Mittel (Personalmittel)
- Fachkraftförderung des Landesjugendamtes Sachsen (LJA)
- Stiftung Demokratische Jugend
- Sponsoren

Laufzeit

- 2001 bis voraussichtlich 2006

Weitere Informationen

- *Leipziger Kinderbüro e.V. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und Stadt Leipzig*, Fitmachen fürs Mitmachen, Leipzig 2002)
- *Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister*, Kinder planen ihre Stadt, Reihe Sanierungsgebiete, Leipzig 1999
- *Stadt Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Leipziger Kinderbüro (Hrsg.)*, Stadterneuerung in Leipzig. Eine Stadt als Spielraum – Leitfragen der Kinderbeteiligung, Leipzig 2002
- *Lehwald, Gerhard*, Partizipation und Demokratie lernen in einem Stadtteilbüro für Kinder: Das Leipziger Kinderbüro, in: Pädagogisches Handeln – Wissenschaft und Praxis im Dialog, Heft 5, Rostock, S. 71-80
- www.leipziger-kinderbuero.de

Ansprechpartnerin und -partner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Prof. Dr. Gerhard Lehwald</p> <p>Leipziger Kinderbüro e.V. Rietschelstraße 2, 04177 Leipzig</p> <p>E-Mail: lehwald@leipziger-kinderbuero.de Telefon: +49 (0)341/8705945 Telefax: +49 (0)341/8705944 www.leipziger-kinderbuero.de</p>	<p>Gabriele Wünschmann</p> <p>Stadt Leipzig – Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung Abt. Quartiersmanagement Prager Straße 26, 04103 Leipzig</p> <p>E-Mail: GWuenschmann@leipzig.de Telefon: 0341/123-5464 Telefax: 0341/123-5516 www.leipzig.de</p>

*Stand 2003

Beispiel

Bürgergutachten „Attraktive Wege, Parkraummanagement und Straßenraumgestaltung in der Oststadt“

Karlsruhe – Oststadt/Baden-Württemberg

Projektbeschreibung

Angesichts verschiedener, sich überlagernder Nutzungs- und Ausstattungsprobleme des öffentlichen Straßenraums in der Karlsruher Oststadt (hohe Verkehrs- und damit Immissionsbelastung insbesondere aufgrund starken Durchgangsverkehrs, Fehlen von Straßengrün, Unterausstattung mit Grünflächen und Ruhezonen, Fehlen von Parkplätzen) wurde zur Erarbeitung von Empfehlungen zur besseren Organisation, Nutzung und Gestaltung von Straßen und Wegen ein Bürgergutachten durchgeführt.

Dieses entstand in einem zweistufigen Verfahren, wurde im Rahmen des Quartiermanagements „Soziale Stadt“ organisiert und von externen Moderatoren begleitet. Unter den Themenstellungen „Wegebeziehungen und Wegequalität in der Oststadt“ sowie „Parkraummanagement in der Oststadt“ analysierten zunächst zwei Projektgruppen – bestehend unter anderem aus Anwohnerinnen und Anwohnern, Kindergärten, der Polizei, dem Verkehrsclub Deutschland sowie verschiedenen Ämtern der Karlsruher Verwaltung – die aktuelle Problemsituation im Rahmen von Gebietsbegehungen und mehreren Arbeitssitzungen; anschließend wurden erste Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Diese Vorarbeiten wurden im Rahmen einer eintägigen Planungswerkstatt von rund 30 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitgliedern der beiden Projektgruppen vertieft und konkrete Empfehlungen erarbeitet. Die relevanten städtischen Fachdienststellen waren in beratender Funktion beteiligt. Das Ergebnis waren Planungsgrundsätze sowie die Entwicklung konkreter Maßnahmen- und Handlungsempfehlung, die von der Verwaltung geprüft und – soweit möglich – umgesetzt worden sind, sich zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch in der Umsetzungsphase befinden oder bei weiteren Planungen berücksichtigt werden sollen.

Thematisch sind die erarbeiteten Empfehlungen in den Bereichen Optimierung der Wegebeziehungen, Verbesserung der Fußgängersicherheit, Verkehrsberuhigung, Veränderung der Verkehrsführung, Straßenraumgestaltung sowie Parkraummanagement angesiedelt. Flankierende Maßnahmen umfassen unter anderem die Förderung der ÖPNV-Nutzung und des Car-Sharings oder die Abstimmung der Parkraumbewirtschaftung mit Gewerbetreibenden.



Das Bürgergutachten liegt in schriftlicher Form vor; eine Kurzfassung steht im Internet als download zur Verfügung.

Good-Practice-Begründung

Das Besondere am Bürgergutachten „Attraktive Wege, Parkraummanagement und Straßenraumgestaltung in der Oststadt“ ist die zeitnahe und umfassende Umsetzung der darin entwickelten Maßnahmen und Projekte. Die frühzeitige und niedrighschwellige Einbindung der Bevölkerung in die Verkehrsplanung des Stadtteils – verbunden mit einem *hohen Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* zu diesem alle Bevölkerungsteile betreffenden Thema – bildet die Grundlage für die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* – Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, kommunaler Beschäftigungsträger – und die Verbesserung der *Identifikationsmöglichkeiten* mit dem Stadtteil. Außerdem gehen von der Lösung der gravierenden Verkehrsprobleme *Impulswirkungen auf andere Bereiche der Stadtteilentwicklung* aus, die wiederum zu einer Verbesserung des Gebietsimages beitragen können.

Projektträger und Beteiligte

- Stadtteilbüro Oststadt (Projektträger)
- Koordinierungsstelle Stadtsanierung (Projektträger)
- Stadtplanungsamt (Projektträger)
- Tiefbauamt (Projektträger)
- Gartenbauamt (Projektträger)
- Bürgerinnen und Bürger
- Bürgerverein
- Gewerbetreibende
- Polizei
- Verkehrsclub Deutschland
- Carsharing-Organisation
- Mobilitätstrainerin für Blinde und stark Sehgeschädigte
- Kindergärten



Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Gewerbetreibende/Einzelhändler

Fotos: Michael Fritz, Karlsruhe

Projektkosten und Finanzierung

- Kommunale Mittel

Erläuterungen Finanzierung: Die Umgestaltungsmaßnahmen sollen durch Städtebauförderungsmittel finanziert werden.

Laufzeit

- Oktober 2001 bis März 2002 (Erstellung des Bürgergutachtens). Die fortlaufende Umsetzung der Maßnahmen erfolgt weiterhin in enger Abstimmungen mit der Einwohnerschaft.

Weitere Informationen

- *Stadt Karlsruhe (Hrsg.), Empfehlungen zur Bürgerbeteiligung und zur Quartiersentwicklung in der Karlsruher Oststadt, Attraktive Wege, Parkraummanagement und Gestaltung des Straßenraums in der Oststadt, Bürgergutachten, Karlsruhe 2002*
- www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/afsta/Stadtentwicklung/Stadtteilentwicklung/Oststadt/download/buergergutachten_kurzfassung.pdf

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Kerstin Langer</p> <p>KOMMA.PLAN Wilhelmstraße 9, 70182 Stuttgart</p> <p>E-Mail: kontakt@koma-plan.de Telefon: +49 (0)711/7804472 Telefax: +49 (0)711/7804483</p>	<p>Michael Fritz</p> <p>Stadt Karlsruhe Koordinierungsstelle Stadtsanierung Zähringerstraße 72, 76133 Karlsruhe</p> <p>E-Mail: fritz@kos.karlsruhe.de Telefon: +49 (0)721/133-1840 Telefax: +49 (0)721/133-1839</p>

*Stand 2003

3.8 Stadtteilkultur

Lebendigkeit und Identität der Stadtteile beruhen vor allem auf der Vielfalt ihres kulturellen Lebens. Mehr als die Hälfte der Programmgebiete spiegeln eine in hohem Maße multikulturelle Gesellschaft wider; dort leben Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellem, sozialem und religiösem Hintergrund. Stadtteilkultur bildet dabei zum einen das Bindeglied zwischen den verschiedenen Kulturen, entwickelt sich zum anderen aber gerade erst durch die Mannigfaltigkeit kultureller Milieus. Kreativität steht im Spannungsfeld von Begrenzung und Freiheit, Defiziten und Potenzialen, insbesondere dann, wenn sich verschiedene Akteure zusammenfinden und neue Allianzen bilden: Durch kulturelle Aktivitäten können die Eigenarten, die jeden Stadtteil durch seine Entstehungsgeschichte, die dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner, die Bauten und öffentlichen Räume charakterisieren, betont und sichtbar gemacht, seine „kulturelle Topografie“ entdeckt oder zurückgewonnen werden²⁹.

Die stadtteilkulturellen Strategien in den Gebieten der Sozialen Stadt sind darauf ausgerichtet, Kultur und Kunst im Stadtteil zu verankern, Anlässe für Identifikation mit den Gebieten zu schaffen, das Image zu verbessern, mit kulturellen Aktionen neue Sichtweisen auf den Stadtteil zu eröffnen, veränderte Wahrnehmungen, Aneignungs- und Ausdrucksformen anzuregen sowie kulturelle Netzwerke auf- und auszubauen. Häufig sind die Projekte und Maßnahmen durch produktive Funktionen, das heißt Mitmachen und Selbermachen, geprägt. Folgende Strategien stehen im Vordergrund:

- Durch *Umnutzung und Umgestaltung von Gebäuden und Gebäudeteilen* geht es vielfach zuerst einmal darum, kulturellen Aktivitäten einen Ort zu verschaffen. Insbesondere in den Großsiedlungen der neuen Länder bieten Rückbau und Schrumpfung vielfältige Möglichkeiten, frei werdende Räume für kulturelle Angebote umzugestalten und umzunutzen.
- *Identitätsbildung oder -stärkung* erfolgt beispielsweise über „Spurensicherungen im Stadtteil“, mit denen Stadtteil- und Ortsgeschichte(n) erkundet und sichtbar gemacht werden. Auch gemeinsame Stadtteilstädte und kulturelle Veranstaltungen tragen zur Identitätsbildung bei.
- *Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit* nimmt Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ernst, stärkt deren Selbstwertgefühl, ermöglicht Partizipation und Integration und trägt zur Sinnstiftung und Lebensbewältigung bei. Mit öffentlichen Bastel-, Mal-, Musik- oder Spielaktionen kann eine breitere Öffentlichkeit hergestellt werden.
- Stadtteilkulturelle Maßnahmen und Projekte dienen auch der *Bildung von kulturellen Netzwerken*. Mögliche Bündnispartner sind dabei unter anderem Verwaltung, Vereine, Träger der soziokulturellen Vor-Ort-Einrichtungen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchen, Volkshochschulen, Quartiermanagement, Gewerbetreibende.

²⁹ Ulrike Meyer und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Kultur im Stadtteil, in: Soziale Stadt info 10 (2002), S. 2-7.

Beispiel

Bilderflut – Ein Stadtteilkulturkonzept

Dortmund – Nördliche Innenstadt, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

„Bilderflut“ ist ein vom Planerladen – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit e.V. initiiertes Mitmachkunstprojekt für Kinder und Jugendliche in der Dortmunder Nordstadt. Es wurde 1999 gestartet und kann in dieser Form bis 2006, dem Ende der URBAN II-Förderung, laufen. Das Projekt wird in Kooperation mit Schulen, Jugendhilfeträgern, Wohnungsgesellschaften sowie sonstigen Haus- und Grundstückseigentümern in der Nordstadt realisiert und dabei von der Stadt Dortmund unterstützt.

Auf ausgesuchten Gebäuden oder Flächen im Stadtteil sollen insgesamt zwölf Kunstwerke mit je spezifischem thematischem Bezug entstehen, die gemeinsam ein „überdimensionales Lexikon“ darstellen und über einen „kulturellen Wanderpfad“ miteinander verbunden werden sollen. „Bilderflut“ verfolgt als Stadtteilkulturkonzept unter anderem folgende Ziele:

- Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen,
- Wissensvermittlung,
- Verbesserung des Innen- und Außenimages des Stadtteils,
- Stärkung von Stadtteilidentität,
- Förderung von Kooperation im Stadtteil.



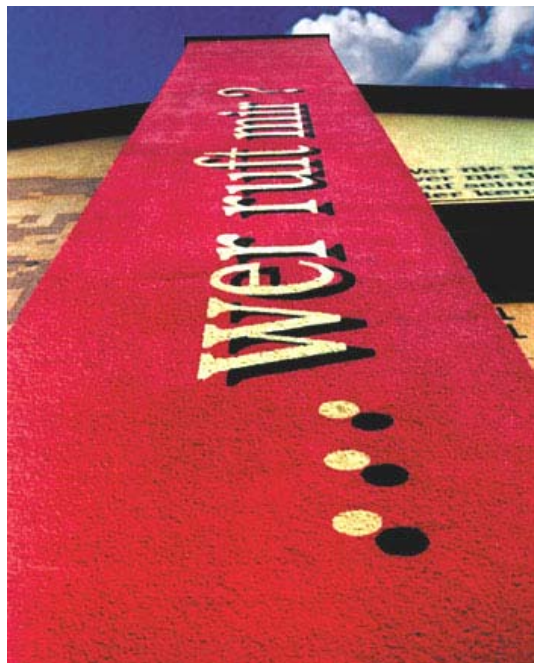
Fotos: Planerladen e.V., Dortmund

Zu den Kunstobjekten gehören großflächige Fassadenmalereien und -gestaltungen, Skulpturen sowie Landart-Projekte. Alle Kunstwerke entstehen vom Entwurf bis zur künstlerisch-handwerklichen Ausführung unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil, die sich auf diese Weise sowohl inhaltlich mit für sie interessanten Themen auseinandersetzen als auch aktiv in die Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfelds einbringen können. Mit dem Projekt sollen Wissen vermittelt und Neugier-

de geweckt werden. Im Zuge der Erstellung der verschiedenen Werke werden Kindern und Jugendlichen handwerkliche Fertigkeiten beispielsweise aus den Bereichen Malerei und Landschaftsgärtnerei vermittelt. Im Vordergrund steht jedoch der Erlebniswert des Mitmachens.

Seit 1999 sind bereits verschiedene Projektelemente realisiert worden:

- Bilderflut I – „...der Kopf des Jahrtausends“: Portrait Einsteins, das als großformatiges Wandbild im August 1999 beim Internationalen Jugendcamp des Bundes Deutscher PfadfinderInnen in Tydal (Schleswig-Holstein) von zwölf Kindern und Jugendlichen erstellt worden ist.
- Bilderflut II – „...der Kopf des Jahrtausends“: Portraits von Mutter Theresa, Albert Einstein und dem Rapper 2Pac, die im Winter 1999/2000 von Schülerinnen und Schülern der Dortmunder Nordstadt als großformatige Rasterbilder erstellt worden sind.
- Bilderflut III – „...wer ruft mir?“: Goethe-Zitat „Wer ruft mir“ als großflächige Fassadenmalerei an einem Haus im Programmgebiet.
- Bilderflut IV – „...Frösche, Forscher, Formeln“: An einem Transformatorenhaus am Dortmunder Schmiedingshafen entstand im Mai 2000 unter dem Motto „Strom um die Ecke gedacht“ das großformatige Bild eines Frosches, das nur als Spiegelbild im Wasser des Hafenbeckens betrachtet werden kann. Die mitwirkenden Schülerinnen und Schüler verwiesen damit auf die elektrischen Experimente des italienischen Naturforschers Luigi Galvani aus dem 18. Jahrhundert.
- Bilderflut V – „...Lügen haben kurze Beine“ beschäftigte sich mit dem Thema „Lügen“: Fassadenmalerei mit Assoziationen von Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil zu diesem Thema.



Fotos: Planerladen e.V., Dortmund

- Bilderflut VI – „...blühender Widerstand“: Portrait von Sophie Scholl, das im Sommer und Herbst 2001 unter Beteiligung von Jugendlichen aus dem Qualifizierungsbüro des Planerladen e.V. mittels verschiedener Pflanzen als überdimensionales Bodenbild (Landart) geschaffen worden ist.
- Bilderflut VII – „...der, die, das Fremde“: Austauschprojekt zwischen Jugendlichen aus Dortmund und dem russischen Wolgograd zum Thema Fremdenhass. Im Sommer 2001 schufen die Jugendlichen zunächst eine Buchstabenskulptur und ein großformatiges Gemälde in der Dortmunder Nordstadt. Bei ihrem Gegenbesuch in Russland malten Dortmunder Jugendliche unter künstlerischer Anleitung zwei großformatige Gemälde an die Fassaden eines Kinder- und Jugendlagers bei Wolgograd.
- Bilderflut VIII – „... heraus mit der Sprache“: Ausstellung bisheriger „Bilderflut“-Projekte im Dortmunder Kulturzentrum „Depot“ und im öffentlichen Raum (Frühjahr/Sommer 2002).
- Bilderflut IX – „rasen, rasen, rasen“: Erstellung eines temporären Fassadenbildes mit unterschiedlichen Motiven zum Thema „rasen“ durch Jugendliche (Sommer 2002).

Planung und Realisierung der Kunstwerke werden gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern und Sponsoren (Schulen, Träger der Jugendhilfe, Grundstücks- und Hauseigentümer) aus der Dortmunder Nordstadt durchgeführt.

Good-Practice-Begründung

Das Projekt „Bilderflut“ ist als Mitmachprojekt vor allem für Kinder und Jugendliche angelegt und bietet diesen intensive *Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten*. Die Erstellung der Kunstobjekte unter *Kooperation unterschiedlicher Akteure* umfasst nicht nur die Auseinandersetzung mit bestimmten Themen, sondern auch mit verschiedenen Arbeitstechniken; das Projekt leistet damit einen Beitrag zur *Befähigung und Qualifizierung* der beteiligten Kinder und Jugendlichen. Die Kunstwerke bilden in der Dortmunder Nordstadt eine zusammenhängende, an verschiedenen Orten lokalisierte Landschaft („Lexikon“, „kultureller Wanderpfad“) mit einem *hohen Identifikationspotenzial* für die Gebietsbevölkerung.

Projekträger und Beteiligte

- Planerladen – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit e.V. (Projekträger)
- Stadt Dortmund, Stadtplanungsamt

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder/Jugendliche

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel (URBAN II)
- Sonstige Bundesmittel (im Rahmen URBAN II)
- Mittel aus Landesprogrammen (im Rahmen URBAN II)
- Kommunale Mittel (z.B. Zuschüsse zur Fassadensanierung), Mittel der Wohnungsbauunternehmen (z.B. bei Gestaltung einer Fassade im Eigentum eines Wohnungsbauunternehmens)
- Sponsoring/Spenden
- Sonstige private Mittel

Seit 2002 Projektfinanzierung aus URBAN II mit Beteiligung von Bund, Land und Kommune. Private Haus- und Grundstückseigentümer, Wohnungsbaugesellschaften und weitere Sponsoren beteiligen sich an der Finanzierung der Kunstwerke.

Laufzeit

- 1999 bis voraussichtlich Ende 2006

Weitere Informationen

- <http://www.bilderflut.org>
- <http://www.planerladen.de>

*Ansprechpartnerinnen**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Tülin Kabis-Staubach</p> <p>Planerladen e.V. Borsigstraße 1, 44145 Dortmund</p> <p>E-Mail: info@bilderflut.org info@planerladen.de Telefon: +49 (0)231/833225 Telefax: +49 (0)231/7281359 www.planerladen.de www.bilderflut.org</p>	<p>Gisela Bartholomä</p> <p>Stadt Dortmund Stadtplanungsamt Postfach, 44122 Dortmund</p> <p>E-Mail: gbarthol@stadtdo.de Telefon: +49 (0)231/50-25604 Telefax: +49 (0)231/50-25788 www.dortmund.de</p>

*Stand 2003

Beispiel

Südstadtladen – Integration im Stadtteil Interkulturelle Stadtteilarbeit in Kulturläden

Nürnberg – Südstadt, Bayern

Projektbeschreibung

Im Jahr 1982 wurde der Südstadtladen gegründet. Er ist Teil eines Kulturladen-Netzwerks, das im Rahmen der engagierten kommunalen Ausländerpolitik und einer bundesweit wegweisenden interkulturell orientierten Kulturpolitik („Kultur als Gesellschaftspolitik“, „Kultur für alle“, „Kultur von allen“) in Nürnberger Sanierungsgebieten eingerichtet worden ist. Gemeinsam mit dem Kulturtreff Bleiweiß ist der Südstadtladen für einen Stadtteil mit rund 68 000 Einwohnern zuständig, von denen rund 30 Prozent einen Migrationshintergrund haben.

Die Einrichtung organisiert kulturelle Veranstaltungen, stellt Räumlichkeiten für verschiedene Stadtteilgruppen zur Verfügung (Eltern-Kind-Gruppen, Single-Treff, Fahrrad-Treff, verschiedene Kreativitätsgruppen, Tanzgruppen, Singkreise, Nähzirkel, Spiel-Treff) und bietet diverse Kurse an (Sprach- und Alphabetisierungskurse, alltagsbezogene Hilfe zur Selbsthilfe, Gymnastik- und Gesundheitsangebote). Die gemeinsam mit dem Kulturtreff Bleiweiß organisierten muttersprachlichen Seminare kommen dem vielfach geäußerten Wunsch entgegen, sich gemeinsam mit anderen Landsleuten aus dem Stadtteil in einem geschützten Rahmen mit einem bestimmten Thema auseinander setzen zu können. Waren es in den ersten Jahren vor allem Frauen, die an solchen Seminaren teilnahmen, kommen inzwischen zunehmend auch Männer oder ganze Familien dazu. Das Angebot einer Kleinkindbetreuung während der Seminare ermöglicht vielen Familien die Teilnahme. Die Themenpalette umfasste bisher unter anderem „Leben zwischen zwei Kulturen“, „Mit deutschem Pass trotzdem türkisch bleiben?“, „Gewalt in der Familie“ oder „Gesundheit – Krankheit“. Die Möglichkeit, sich in der eigenen Muttersprache austauschen zu können, ist für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer von großer Bedeutung, zumal sie hier ohne das Problem der Sprachbarriere häufig erstmals von individuellen Problemlösungsmöglichkeiten oder unterstützenden Institutionen in Nürnberg erfahren.



Foto: Stephan Schäff, Nürnberg

Andere Angebote richten sich an die gesamte Quartiersbevölkerung. Dazu gehören das jeden Sommer vom Südstadtladen organisierte „Südstadtfest“ mit rund 50 000 Besucherinnen und Besuchern (internationale Spezialitäten, multikulturelles Bühnenprogramm, Informationsstände, Kreativangebote für Kinder und Jugendliche), das in den Osterferien von Schulkindern aus der Südstadt ausgerichtete „Zirkuswochenende“, das ebenfalls jährlich stattfindende Festival „Auf in den Süden“ mit verschiedensten kulturellen Veranstaltungen (Stadtteilführungen, Ausstellungen, Kneipe- und Tanzfestival) sowie der monatliche „Steinbühler Trödelmarkt“.

Darüber hinaus engagiert sich der Südstadtladen in der Bürgerbeteiligung mit regelmäßigen Diskussionsveranstaltungen zu Fragen der Stadterneuerung im Quartier und bietet auch eigene aktivierende Teilhabemöglichkeiten an; so wurde beispielsweise der Blockinnenhof gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern neu gestaltet.

Durch ihre Lage vor Ort und ihre langjährige Verwurzelung in den Stadtteilen sind die Nürnberger Kulturläden eng mit dem Lebensumfeld, den Bedürfnissen und den Wünschen der Quartiersbevölkerung vertraut. Um möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen, sind die Angebote dieser Einrichtungen niedrigschwellig und für die Nutzenden leicht erreichbar. Die zum Teil muttersprachlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind jederzeit ansprechbar (tägliche Öffnungszeiten ab 9 Uhr).

Good-Practice-Begründung

Der Südstadtladen leistet mit seinen vielfältigen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur *Integration* von Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund. Insbesondere Kurse und Seminare zur Sprachförderung und Hilfe zur Selbsthilfe *befähigen* Migrantinnen und Migranten für ihr Alltagsleben in Deutschland. Darüber hinaus wird durch die Funktion des Südstadtladens als zentrale, „niedrigschwellige“ Anlaufstelle für die gesamte Quartiersbevölkerung ein *hoher Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* erreicht, was wiederum einen *Beitrag zum Aufbau langfristig selbsttragender Strukturen* leistet.



Foto: Südstadtladen Nürnberg, Gottfried Rimmel, Nürnberg

Projekträger und Beteiligte

- Stadt Nürnberg – Amt für Kultur und Freizeit (Projekträger)
- Südstadtladen (Projekträger)
- Kulturtreff Bleiweiß

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Migrantinnen/Migranten
- Aussiedlerinnen/Aussiedler

Projektkosten und Finanzierung

- Kommunale Mittel
- Zuschüsse des Mainzer Sprachverbandes (Bundesstiftung) für Sprachkurse
- Kurs- und Seminarbeiträge

Laufzeit

- Seit 1982, Finanzierung kontinuierlich gesichert

Weitere Informationen

- www.kubiss.de/kultur/info/kuf/Kulturlaeden/
- www.suedstadtfest.de

*Ansprechpartner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Gottfried Rimmele</p> <p>Südstadtladen Steinheilstraße 7, 90459 Nürnberg</p> <p>E-Mail: Suedstadtladen@stadt.nuernberg.de Telefon: +49 (0)911/458725 Telefax: +49 (0)911/431759 www.kubiss.de/kultur/info/kuf/Kulturlaeden/Suedstadtladen/ingang.html</p>	<p>Jürgen Markwirth</p> <p>Stadt Nürnberg Amt für Kultur und Freizeit – Abteilung Kulturläden Gewerbemuseumsplatz 1, 90317 Nürnberg</p> <p>E-Mail: juergen_markwirth@kuf.stadt.nuernberg.de Telefon: +49 (0)911/2315886 Telefax: +49 (0)911/2318166 www.nuernberg.de</p>

*Stand 2003

3.9 Sport und Freizeit

Das Handlungsfeld Sport und Freizeit korrespondiert in hohem Maße mit den Handlungsfeldern Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Stadtteilkultur, Gesundheit sowie Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen im Stadtteil. In den Gebieten der Sozialen Stadt leben überwiegend weniger mobile Bevölkerungsgruppen, die auf Angebote im Quartier besonders angewiesen sind. Das soziale Miteinander wie auch die Integration im Stadtteil werden unter anderem durch (gemeinsame) Freizeitaktivitäten geprägt, wobei vor allem sportliche Aktivitäten im Vordergrund stehen.

In vielen Gebieten werden Defizite bei Freizeit- und Sportangeboten sowie in der kulturellen und sozialen Infrastruktur bemängelt; gleichzeitig existiert insbesondere in Altbaugebieten oft eine gewachsene und bunte Vereins- und Initiativenkultur von Geschichtswerkstätten bis zu Sportvereinen.

Für alle Bevölkerungsgruppen wird auf verschiedenen Ebenen versucht, nicht-kommerzielle Freizeit- und Sportangebote zu schaffen und zu verbessern sowie die Bewohnerschaft zur Nutzung dieser Angebote zu aktivieren. Folgende Strategien im Handlungsfeld Sport und Freizeit haben sich besonders bewährt:

- *Die Durchführung von sportlichen und Freizeitevents* zur Herstellung von Stadtteilöffentlichkeit, beispielsweise Stadtteilfeste, Tanz-, Theater- und Musikaufführungen, Sportveranstaltungen, trägt zur Gestaltung des Stadtteillebens bei und wirkt oftmals als Katalysator für andere Lebensbereiche.
- Durch die *Verbindung von Sport- und Freizeitangeboten mit sozialer Arbeit* können Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung (Entwicklung von Toleranz, Förderung sozialer Integration, Kompetenzen zur individuellen Problemlösung, Konfliktfähigkeit) ebenso geleistet werden wie zur Gesundheitsförderung.
- Mit *zielgruppenorientierten Sport- und Freizeitangeboten* können schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen (z.B. Jugendliche mit Migrationshintergrund, alte Menschen) in Stadtteilaktivitäten eingebunden werden.

Beispiel

Dynamo Merzig, Sport verbindet

Kreisstadt Merzig, Saarland

*Projektbeschreibung*

Um jugendliche Migrantinnen und Migranten – in der Kreisstadt Merzig leben rund 1 700 osteuropäische Aussiedler und rund 1 300 Ausländer – besser in das Gemeinwesen zu integrieren, wurde von Merziger Sportvereinen und Vereinen aus dem sozialen Bereich mit Unterstützung des Kreisjugendamtes, der Stadtverwaltung sowie der Lokalredaktion der Saarbrücker Zeitung im Jahr 2000 die Initiative „Dynamo Merzig“ entwickelt. Ziel dieser Initiative ist es, über gemeinsame sportliche Aktivitäten junge Menschen aus unterschiedlichen Sprachkreisen und Kulturen zusammenzuführen.

Mit Werbeplakaten und Handzetteln in deutscher und russischer Sprache wird auf die Angebote aufmerksam gemacht. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen Spiel- und Sportfeste, auf denen beitragsfreie Turniere veranstaltet und sportliche Angebote – inzwischen auch gezielt für Mädchen – gemacht werden. Musikalische und – zu moderaten Preisen – kulinarische Rahmenangebote erhöhen die Attraktivität der zweimal im Jahr stattfindenden Sport- und Spielfeste, an denen inzwischen durchschnittlich 150 bis 200 Jugendliche aus bis zu zwölf Nationen teilnehmen. Durch das Rahmenangebot wird der Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer weit über den der Sportinteressierten hinaus erweitert. Als Veranstaltungsorte werden eine Schulsporthalle und ein Stadion genutzt. Ab Mai 2003 finden wöchentliche abendliche Sportparties mit wechselndem Sportangebot und Musik statt.

Um auch Personen, die sich nicht in einem Verein organisieren wollen, für die ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen, wurde bewusst auf eine Vereinsgründung verzichtet und der Status einer Initiative beibehalten. Gleichwohl hat sich die Initiative eine verbindliche Organisationsstruktur mit Sprecher und Lenkungsgruppe (Geschäftsführung, Schriftführung, Finanzen, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit) gegeben.

Good-Practice-Begründung

Das Projekt leistet einen wesentlichen Beitrag zur *Integration*, in dem es gezielt über Sport- und Freizeitangebote jugendliche Aussiedler und ihre Familien in Aktivitäten des Gemeinwesens einbezieht und damit das Zusammenleben von Deutschen, Aussiedlern und ausländischen Bevölkerungsgruppen fördert. Das Projekt zeichnet sich darüber hinaus durch die *Kooperation* vieler Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen aus; *innovativ* ist die Zusammenarbeit von Sportvereinen und sozialen Vereinen. Indem die Initiative bewusst auf die Organisationsform des Vereins verzichtet, erweitert sie das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und leistet damit einen *Beitrag zum Aufbau selbsttragender Strukturen*. Die Mitwirkung der Merziger Lokalredaktion der Saarbrücker Zeitung garantiert der Initiative eine *intensive Öffentlichkeitsarbeit*.

Projekträger und Beteiligte

- Sportvereine:
 - ▲ Spielvereinigung Merzig
 - ▲ Borussia Merzig
 - ▲ Tischtennisfreunde Merzig Besseringen
 - ▲ Tennisclub Merzig
- Sozialvereine:
 - ▲ Sozialwerk Saar Mosel
 - ▲ CEB Merzig e.V.
(Christliche Erwachsenenbildung Merzig)
 - ▲ Caritas Merzig
 - ▲ Deutsches Rotes Kreuz Merzig
 - ▲ SHG-Kliniken Merzig
(Saarland-Heilstätten GmbH)
 - ▲ Miteinander Leben e.V.
- Andere:
 - ▲ Stadtverwaltung Merzig
 - ▲ Kreisjugendamt Merzig-Wadern
 - ▲ Lokalredaktion Saarbrücker Zeitung



Zielgruppen

- Kinder und Jugendliche
- Aussiedlerinnen/Aussiedler
- Ausländerinnen/Ausländer

Projektkosten und Finanzierung

- „Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerke und Ehrenamt“ als Teilprogramm der Bundesprogrammplattform E & C (bis einschließlich 2003)
- Sponsoring/Spenden

Laufzeit

- Seit Juni 2000 fortlaufend

Fotos: Werner Goebel, Merzig

Weitere Informationen

- *Christian, Paul*, Sport ist wie eine Schutzimpfung gegen Gewalt, in: Saarbrücker Zeitung vom 11.4.2002 („SZ“-Serie „Integration“, Teil 4)
- *Deutscher Sportbund, Konferenz der Sportminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bundesministerium des Inneren (Hrsg.)*, Broschüre „Ehrenamt im Sport“. Ausgewählte Vereinsprojekte zur Nachahmung, 2002 (www.ehrenamt-im-sport.de/pdf/bmi_broschuere_praxis.pdf, Stand: 26.3.2003)
- „Dynamo Merzig drehte voll auf“, in: Saarbrücker Zeitung vom 12.11.2001
- „Dynamo Merzig. Sport verbindet diesmal in der Thielsparkhalle“, in: Neues aus Merzig (Amtliches Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Merzig) vom 15.11.2000 sowie weitere Zeitungsartikel
- Flyer Dynamo Merzig
- www.dynamomerzig.de

Ansprechpartner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Manfred Klein</p> <p>Vorsitzender Dynamo Merzig Zum Wiesenhof 3, 66663 Merzig</p> <p>E-Mail: m.klein.mzg@shg-kliniken.de Telefon: +49 (0)6861/75985</p>	<p>Bodo Strauch</p> <p>Neues Rathaus Brauereistraße 5, 66663 Merzig</p> <p>E-Mail: b.strauch@merzig.de Telefon: +49 (0)6861/85-401 Telefax: +49 (0)6861/85-150 www.merzig.de</p>

*Stand 2003

Beispiel

Kinderbauernhof im Mauerpark

Berlin, Prenzlauer Berg

Projektbeschreibung

Defizite an Grün- und Freiflächen sowie an Kinder- und Jugendprojekten waren Anlass für das Projekt Kinderbauernhof im Mauerpark. Nach längerem Planungsvorlauf wurden zunächst ein großes Spielhaus (Einweihung Mai 1999) und später eine Stallanlage (Fertigstellung 2000) errichtet.

Mit dem Kinderbauernhof ist im innerstädtischen Ortsteil Prenzlauer Berg eine besondere Form von Freizeitstätte geschaffen worden, die es Kindern und Jugendlichen unabhängig von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ihrer Familien ermöglicht, Pflanzen und Tiere kennenzulernen, sie zu pflegen und in ihre Spiele mit einzubeziehen. Beim Bau des Spielhauses wurden ökologische Bauelemente (Dachbegrünung, Solaranlage, Komposttoiletten und Regenwasserzisterne) verwendet. Mittlerweile nutzen nicht nur



Foto: Kinderbauernhof e.V.

Kinder den Bauernhof, er ist auch für andere Anwohnerinnen und Anwohner Treffpunkt. Der Kinderbauernhof ist Teil des noch nicht in allen Bauabschnitten abgeschlossenen Mauerparks, der Freizeitmöglichkeiten für Bewohnerinnen und Bewohner aller Altersgruppen enthalten wird und gleichzeitig den Tieren Weideplatz und Auslaufmöglichkeiten bietet.

Die Projektidee entwickelten der Verein Kinderbauernhof, das Netzwerk Spielkultur, die Betroffenenvertretungen Falkplatz und Teutoburger Platz sowie Initiativgruppen aus dem Bezirk. Planung und Bau ermöglichten die Ausbildung und Beschäftigung von Arbeitslosen. Durch die Herausgabe und den Verkauf von Stifterbriefen wurden der Erwerb des Baugrundstücks und ein Teil der Baukosten finanziert.

Good-Practice-Begründung

Der Kinderbauernhof ist ein typisches *Mehrzielprojekt*, da es freizeitbezogene, ökologische und beschäftigungspolitische Belange miteinander verknüpft und darüber hinaus als neuer Treffpunkt das Zusammenleben im Stadtteil fördert. Durch die Möglichkeit für die Kinder, sich an der Pflege und Versorgung von Tieren und Pflanzen zu *beteiligen*, *befähigt* es Stadtkinder zum Umgang mit diesen Lebewesen. Das Projekt zeichnet sich ferner dadurch aus, dass es in *Kooperation unterschiedlicher Akteure* aus dem Gebiet heraus entwickelt wurde und damit einen *hohen Grad an Eigeninitiative* aufweist.

Projektträger und Beteiligte

- Verein Kinderbauernhof in Prenzlauer Berg e.V. (Projektträger)
- Betroffenenvertretung Falkplatz
- Betroffenenvertretung Teutoburger Platz
- Netzwerk SpielKultur
- Baufachfrau Berlin e.V.
- Naturschutz- und Grünflächenamt Prenzlauer Berg
- Grün Berlin GmbH
- S.T.E.R.N. GmbH
- Quartiersbevölkerung



Foto: Kinderbauernhof e.V.

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder/Jugendliche/Familien
- Initiativen/Vereine

Projektkosten und Finanzierung

- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III):
 - ▲ ABM-Projekt Tischlerinnen des Vereins Baufachfrau Berlin e.V. für den Ausbau des Stalls, Malerarbeiten des Projekts SteRaBeBYG mbH (Stern-Radio)
- Mittel aus Landesprogrammen:
 - ▲ Ökologisches Sanierungsprogramm zur Finanzierung von Dachbegrünung, Solaranlage, Schafwolldämmung, Komposttoiletten und Regenwasserzisterne (370 000 DM)
 - ▲ Reduzierte Mittel aus der Investitionsplanung (900 000 DM)
- Kommunale Mittel:
 - ▲ Etwa 55 000 DM
- Sponsoring/Spenden, sonstige private Mittel:
 - ▲ Zuwendungen aus Prämiensparen: etwa 50 000 DM für Küchenausbau und Geräte
 - ▲ Spenden von Firmen und Einzelpersonen in Höhe von etwa 100 000 DM
 - ▲ Selbsthilfe des Vereins Kinderbauernhof und Freunde

Laufzeit

- Seit 2000 fortlaufend

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Birgit Blank</p> <p>Kinderbauernhof in Prenzlauer Berg e.V. Schwedter Straße 90, 10437 Berlin</p> <p>E-Mail: kinderbauernhof@gmx.de Telefon: +49 (0)30/44024220 Telefax: +49 (0)30/44024222</p> <p>Michael Bartrow</p> <p>Kinderbauernhof in Prenzlauer Berg e.V. Schwedter Straße 90, 10437 Berlin</p> <p>E-Mail: kinderbauernhof@gmx.de Telefon: +49 (0)30/44024220 Telefax: +49 (0)30/44024222</p>	<p>Herr Sablotny</p> <p>Bezirksamt Pankow von Berlin/ Ortsteil Prenzlauer Berg Amt für Jugendförderung Danziger Straße 81, 10405 Berlin</p> <p>Telefon: +49 (0)30/4240-2880 Telefax: +49 (0)30/4240-2881</p>

*Stand 2003

3.10 Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen im Stadtteil

In den Quartieren das eigenständige Stadtleben weiter auszubauen, den Zusammenhalt und das Miteinander der Quartiersbevölkerung zu stärken sowie ein Klima gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung zu schaffen, sind zentrale Anliegen des Programms Soziale Stadt. Insbesondere mit dem Angebot von Begegnungsmöglichkeiten, durch Sprachförderung, durch Konfliktmanagement und Präventionsarbeit sowie die Stabilisierung und den Aufbau nachbarschaftlicher und sozialer Netzwerke wird in den Programmgebieten versucht, das Zusammenleben in den Gebieten zu stärken:

- Begegnung und Austausch, gefördert durch *Angebote von Begegnungsmöglichkeiten*, können – über unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertvorstellungen hinweg – dazu beitragen, Verständnis füreinander zu wecken, Konflikte abzubauen und im gegenseitigen Interesse zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Neben punktuellen Möglichkeiten der Begegnung wie Stadtteilfesten, Theater- und Musikveranstaltungen werden in vielen Gebieten auf Dauer angelegte Treffpunkt- und Kommunikationsmöglichkeiten eingerichtet. Viele Angebote sind interkulturell ausgerichtet; mit ihnen sollen die Kommunikation und die Begegnung zwischen den ethnischen Gruppen im Stadtteil gefördert werden.
- Ein wesentliches Hindernis für die interkulturelle Verständigung und damit für ein kooperatives Zusammenleben im Stadtteil stellen Sprachprobleme von Migrantinnen und Migranten dar. Hier spielen niedrigschwellige Angebote zur *Sprachförderung* eine wichtige Rolle, vor allem solche, die sich anders als die herkömmlichen Angebote der Volkshoch- und Sprachschulen stärker an der Lebenswelt der Zugewanderten orientieren.
- Auseinandersetzungen unter der Bewohnerschaft können in den benachteiligten Stadtteilen häufig nicht ohne fremde Hilfe gelöst werden. Hier übernehmen Schlichtungsstellen und „Konfliktlöser“ die Aufgabe des *Konfliktmanagements*. Häufig werden zu diesem Zweck Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zu Konfliktmoderatorinnen und -moderatoren qualifiziert. Auch an vielen Schulen werden Schülerinnen und Schüler zu „Schlichtern“ oder „Konfliktlotsen“ ausgebildet. Dabei ist Konfliktmanagement ein wichtiger Baustein stadtteilbezogener *Präventionsarbeit*. Konzepte zur Präventionsarbeit bilden die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegen die vielfältigen und komplexen Ursachen von Gewalt und Kriminalität. Für einige benachteiligte Stadtteile gibt es bereits umfassende Präventionskonzepte.
- *Stabilisierung und Aufbau sozialer Netzwerke* stellen eine weitere wesentliche Strategie zur Intensivierung des Zusammenlebens im Stadtteil dar. Trotz eines zunehmenden Individualismus und sinkenden Interesses am Gemeinwohl besteht bereits in vielen Quartieren eine große Zahl sozialer Netzwerke sowohl informeller als auch formeller Art (Selbsthilfeinitiativen, Vereine). Für die Intensivierung und Weiterentwicklung dieser Netzwerke haben sich unter anderem Stadtteilkonferenzen, stadtteilbezogene Foren und Arbeitskreise sowie Stadtteilbüros bewährt.

Beispiel

Interkulturelle Frauengruppen

**Berlin – Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg,
Schöneberger Norden**

Projektbeschreibung

In der vorrangig von benachteiligten Personengruppen bewohnten Großwohnanlage „Pallaseum“ in Berlin-Schöneberg gründeten Bewohnerinnen auf Initiative des Trägers AG SPAS e.V. im Jahr 1999 zwei nach Kulturkreisen getrennte Interkulturelle Frauengruppen: Die Frauengruppe „Wildgänse“ richtet sich an Frauen des christlichen Kulturkreises (Deutsche, Jugoslawinnen, Aussiedlerinnen), die „AktivFrauenGruppe“ an Frauen aus dem islamischen Kulturkreis (Türkinnen und Kurdinnen).

In beiden Gruppen treffen sich regelmäßig Bewohnerinnen des „Pallaseums“, um sich auszutauschen, sich kennen zu lernen, zu entspannen und Kraft für den Alltag zu schöpfen. Sie kochen und essen gemeinsam, machen Handarbeiten, unterstützen sich gegenseitig in Notsituationen und unternehmen Ausflüge, um „ihre“ Stadt zu entdecken. Anfängliche Bestrebungen, eine gemeinsame Frauengruppe zu bilden, erwiesen sich als wenig tragfähig, da erste Schritte zu einem gemeinsamen Austausch innerhalb des gleichen Kulturkreises offenbar leichter fallen als in gemischten Gruppen.

Gemeinsam mit dem Mieterbeirat beteiligen sich die beiden Frauengruppen an Aktionen des Quartiermanagements zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in der Wohnanlage, was zur Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte und zur Verständigung zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern beiträgt. So werden zur Verschönerung des Wohnumfelds Maßnahmen wie Pflanzaktionen und Balkonwettbewerbe durchgeführt; zahlreiche Feste und ein regelmäßig stattfindender Trödelmarkt tragen zu einem besseren Zusammenleben bei.

Anfangs wurden die Frauengruppen noch durch das Beschäftigungsprojekt ZAG – „Zukunft aktiv gestalten“ des Trägers AG SPAS e.V. und eine beim „VorOrtBüro“ angestellte türkische Muttersprachlerin unterstützt. Beide Gruppen nutzten eine vom Vermieter



Fotos: AG SPAS e.V., Berlin

kostenlos zur Verfügung gestellte, leer stehende Wohnung. Mittlerweile organisieren die Frauen ihre Zusammenkünfte und Aktivitäten weitgehend selbständig im Bewohnertreff „Kaffeeklatsch“, an dessen Betreiberverein beide Gruppen in unterschiedlichem Maße beteiligt sind.

Good-Practice-Begründung

Die kontinuierlichen und selbst organisierten Aktivitäten der Gruppen „Wildgänse“ und „AktivFrauenGruppe“ zeugen von einem *hohen Grad an Eigeninitiative*. Neben Freizeitaktivitäten gehört zum Spektrum der Gruppenangebote auch die gegenseitige Unterstützung in Alltags- und Notsituationen, was im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ zur *Befähigung* der Teilnehmerinnen beiträgt. Die bewusste Aneignung der Stadt, insbesondere aber des eigenen Quartiers, birgt ein *hohes Identifikationspotenzial mit dem Gebiet*. Das sich intensivierende und zunehmend von Unterstützungsstrukturen unabhängige Zusammenleben der Frauen ist ein *Beitrag zum Aufbau langfristig selbsttragender Gemeinwesenstrukturen*.

Projektträger und Beteiligte

- AG SPAS (Projektträger)
- ABM-Projekt ZAG – „Zukunft Aktiv Gestalten“ des Trägers AG SPAS
- Bezirksamt Berlin-Schöneberg
- Quartiersmanagement Schöneberger Norden

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Frauen
- Ausländerinnen
- Aussiedlerinnen

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Stiftungsgelder der Wilhelm-Ehrlicke-Stiftung (über die Bezirksbürgermeisterin)
- Räumlichkeiten werden durch die Eigentümergesellschaft kostenfrei zur Verfügung gestellt
- Sach- und Geldspenden (Einzelpersonen, Eigentümer, Gewerbetreibende)

Laufzeit

- Seit Juli 1999, Finanzierung für Räumlichkeiten ist kontinuierlich gesichert, für Aktionen wie Kurse oder Ausflüge dagegen nicht

Weitere Informationen

- AG SPAS e.V., Projektbeschreibung im Rahmen des 4. Bundeswettbewerbs „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen – Information und Beratung für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe für alle Generationen“:
www.isab-institut.de/home/katalog2/kt-pt130-Berlin-AGSPAS.pdf
- Der Mieterbeirat und die beiden Frauengruppen haben gemeinsam mit der Eigentümergesellschaft des Pallasseums den Integrationspreis „Miteinander Leben – miteinander Wohnen“ der Ausländerbeauftragten des Landes Berlin gewonnen (2. Platz im Jahr 2001)

*Ansprechpartnerinnen**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Beate Miculcy Sibel Orlay-Ünal Team Quartiermanagement VorOrtBüro (AG SPAS) Potsdamer Straße 170 , 10783 Berlin E-Mail: AG.SPAS@t-online.de Telefon: +49 (0)30/23638585 Telefax: +49 (0)30/23638587	Gisela Gut Koordinatorin Quartiermanagement Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg John-F.-Kennedey-Platz 1, 10820 Berlin E-Mail: gut@ba-temp.verwalt-berlin.de Telefon: +49 (0)30/75608942 Telefax: +49 (0)30/75604768

*Stand 2003

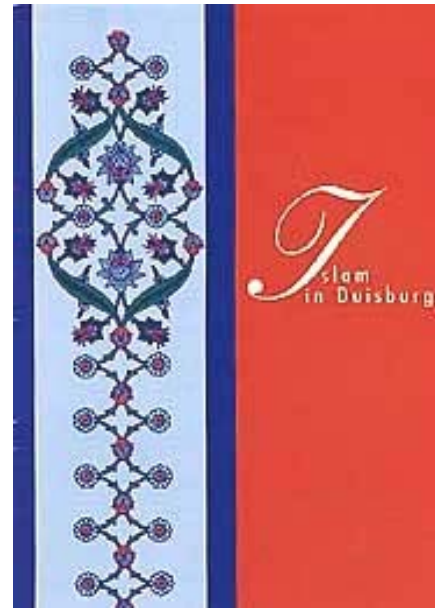
Beispiel

Verstehen lernen – Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen

Duisburg – Marxloh, – Laar, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

Im Jahr 1996 führte der Antrag zweier Duisburger Moscheevereine, den Gebetsruf des Muezzins mittels Lautsprecheranlage in den Stadtteilen Marxloh und Laar zu übertragen, zu heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Dies wurde von der Arbeiterwohlfahrt (Kreisverband Duisburg e.V.) und der Stadt Duisburg zum Anlass genommen, das Projekt „Verstehen lernen“ ins Leben zu rufen, das dazu beitragen soll, Vorurteile und Stereotype über andere Kulturen abzubauen. Ziel war es, ein tolerantes und langfristig verträgliches Zusammenleben unterschiedlicher (religiöser) Kulturen in Duisburg zu ermöglichen: „Da ein friedvoller und offener Umgang von Mehr- und Minderheiten die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen insbesondere in den stark betroffenen Stadtteilen maßgeblich beeinflusst, ist es geboten, Verfahrenswege und Handlungsweisen für einen konfliktfreien Umgang zu entwickeln, um damit vom kurzfristigen Krisenmanagement zu einem langfristigen gerechten Miteinander zu kommen“ (Stadt Duisburg 1998, S. 20).



Für die Entwicklung einer entsprechenden Gesamtstrategie wurde ein Gremium mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadtverwaltung, Arbeiterwohlfahrt, Kommission der Moscheevereine, evangelischer und katholischer Kirche, Ausländerbeirat der Stadt Duisburg sowie des Ausländerausschusses der IG Metall eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe formulierte verschiedene Handlungsempfehlungen, von denen die folgenden Bausteine bereits umgesetzt worden sind:

- Gründung eines Servicezentrums als Anlaufstelle für interkulturelle Probleme aller Art,
- Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen,
- Veröffentlichung der Informationsbroschüre „Islam in Duisburg – Verstehen lernen“,
- Initiierung der Veranstaltungsreihe „Duisburger Islamtage“,
- Realisierung einer Ausstellung,
- Einrichtung von Sprachförderungsmaßnahmen für Mütter und Kinder,
- Veranstaltung eines Kindesfests,
- Organisation eines innerstädtischen Schüleraustauschs zwischen deutschen Familien und Familien mit Migrationshintergrund,

- Aufbau von Partnerschaften zwischen Gemeinden verschiedener Religionen.

Der Dialog zwischen den Religionen wird von den beteiligten christlichen Kirchen und den islamischen Glaubensgruppen in Eigeninitiative weitergeführt. Der gesamte Prozess wurde durch die Universität Duisburg wissenschaftlich begleitet.

Good-Practice-Begründung

Im Zentrum des Projekts „Verstehen lernen“ steht eine *Öffentlichkeitsarbeit*, die ein konfliktträchtiges Thema *intensiv und offen* transportiert. Über die vielfältigen Handlungsansätze werden die Bewohnerinnen und Bewohner *befähigt*, sich mit zunächst fremden Lebensweisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft auseinander zu setzen und damit zur Befriedung von Konflikten beizutragen. Die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* aus verschiedenen Kulturen fördert ein positives nachbarschaftliches Zusammenleben, welches wiederum einen *Beitrag zum Aufbau langfristiger selbsttragender Strukturen* leistet.

Projektträger und Beteiligte

- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Duisburg e.V. (Projektträger)
- Stadt Duisburg
- Ausländerbeirat der Stadt Duisburg
- Kommission der Moscheevereine
- Evangelische und Katholische Kirche
- Ausländerausschuss der IG Metall
- Universität Duisburg

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung

Projektkosten und Finanzierung

- Das Projekt wurde durch Landesmittel in Höhe von rund 170 000 DM (etwa 86 800 Euro) finanziert. Der geforderte 20-prozentige Eigenanteil wurde von der Arbeiterwohlfahrt erbracht.

Laufzeit

- März 1997 bis Dezember 1998

Weitere Informationen

- *Arbeiterwohlfahrt Duisburg (Hrsg.), Islam in Duisburg: Verstehen lernen, Duisburg 1998*
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Soziale Schwerpunkte im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Ausgewählte Praxisbeispiele Berlin 2000 (Difu-Materialien 3/2000)*
- *Stadt Duisburg, Die Oberbürgermeisterin, Amt für kommunalen Umweltschutz (Hrsg.), Bausteine einer Lokalen Agenda für Duisburg. Zukunftsfähige Projekte der Stadt Duisburg, Duisburg 1998*

Ansprechpartnerin und -partner*

Projektebene	Kommunalebene
<p>Osman Apaydin</p> <p>Arbeiterwohlfahrt Duisburg Projekt „Verstehen lernen“ Kaiser-Wilhelm-Straße 307-309, 47169 Duisburg</p> <p>E-Mail: apaydin@awo-duisburg.de Telefon: +49 (0)203/400000 Telefax: +49 (0)203/5309792</p>	<p>Nes'e Kartal</p> <p>Stadt Duisburg Stabsstelle für Zuwanderung und Integration Integrationsbüro Koordinierungsstelle Zuwanderung Bergiusstraße 27, 47119 Duisburg</p> <p>E-Mail: n.kartal@stadt-duisburg.de Telefon: +49 (0)203/8009-530, -537 Telefax: +49 (0)203/8009-557</p>

*Stand 2003

3.11 Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung

Das Handlungsfeld Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung betrifft die „klassischen“ investiven und baulich-städtebaulichen Aktionsfelder der Städtebauförderung, deren Realisierung im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung aber um eine Vielzahl von sozialen, kulturellen, beteiligungs- und beschäftigungsorientierten Strategien erweitert worden ist. Neuorientierungen lassen sich kennzeichnen als Schwerpunktverlagerung vom Neubau zur Wohnungsbestandssicherung und -aufwertung, Flexibilisierung von Belegungsbindungen als Möglichkeit, sozialräumliche Segregation zu verhindern, verstärkter Kunden- und Serviceorientierung. Zunehmend bemühen sich Wohnungsunternehmen um ein integriertes Vorgehen auf Basis von umfassenden Konzepten. Selbstverständnis und Rolle der Wohnungswirtschaft wandeln sich vom reinen Bestandsverwalter zum Akteur der Stadtentwicklung.

Mit Maßnahmen und Projekten im Handlungsfeld Lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung werden vor allem Aufwertungs-, soziale Stabilisierungs- und Integrationsstrategien verfolgt:

- Bei der *Aufwertung des Wohnungsbestands* durch Modernisierung und Standardanhebung der Wohnungen werden immer stärker Kriterien der Sozialverträglichkeit – vor allem Auswirkungen auf die Mieten, Beeinträchtigungen durch die baulichen Maßnahmen – berücksichtigt. Bewohnerschaft und andere lokale Akteure werden in Planung und Umsetzung einbezogen, z.B. über Mieterbeiräte, Mieterversammlungen, Stadtteilkonferenzen, vor allem aber auch direkte Ansprache und Beratung.
- Für die Wohnungswirtschaft gewinnen Strategien zur *Sozialen Stabilisierung* in den Stadtteilen kontinuierlich an Bedeutung. Hierzu zählen Maßnahmen zur Beteiligung und Aktivierung der Mieterschaft zum Mitwirken an der Neu- und Umgestaltung ebenso wie Konzepte eines integrierten Belegungsmanagements, mit denen versucht wird, einer einseitigen Belegung entgegenzuwirken; durch eine stärkere Mischung von Haushaltstypen, Wohnformen sowie Miet- und Eigentumsverhältnissen sollen tragfähige Sozialstrukturen geschaffen werden. Außerdem gewinnen Wohnungspriatisierung und Genossenschaftsmodelle in diesem Zusammenhang an Bedeutung.
- Auf *Integration* stellt die *Verknüpfung von Maßnahmen der Wohnungsverbesserung mit Qualifizierung und Beschäftigung* ab, z.B. Einrichtung von Pfortner- und Concierge-Diensten, Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen in den Gestaltungsbereichen Gebäude und Wohnung. Außerdem ergänzen die Wohnungsunternehmen ihre *Serviceleistungen* durch vielfältige soziale und kulturelle Angebote in den Quartieren, z.B. Beratungsleistungen vor Ort, Einsatz von Sozialarbeitern, Angebot neuer Serviceformen „Wohnen plus“, Bereitstellung von Räumen bis hin zu Wohnungen für verschiedene Aktivitäten, engagierte und gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der örtlichen Sicherheit, Organisation von Nachbarschaftshilfe, Umzugsmanagement, Stadtteilsteste.

Beispiel

Integrative Sanierung Wohnen, Arbeit und Teilhabe/Selbsthilfe

Trier – Trier-Nord, Rheinland-Pfalz

Projektbeschreibung

Im Jahr 1991 gründeten engagierte Bewohnerinnen und Bewohner sowie Sozialarbeiter aus dem Umfeld des Bürgerhauses Trier-Nord die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg (WOGEBE) als Reaktion darauf, dass in Trier ansässige Wohnungsunternehmen kein überzeugendes Sanierungskonzept für marode Wohnanlagen in Trier-Nord vorlegen konnten. Außerdem sollte mit der Genossenschaftsgründung Immobilienspekulation vorgebeugt werden. Die Genossenschaft hat sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, die Wohnverhältnisse und Wohnumfeldsituation zu verbessern, sondern entsprechende Maßnahmen mit der Integration erwerbsloser Quartiersbevölkerung in den Arbeitsmarkt zu verknüpfen. Das Konzept der „Integrativen Sanierung“ beruht dabei auf den drei Säulen Wohnen, Arbeit sowie Teilhabe/Selbsthilfe, die in jedem Projekt der Genossenschaft konsequent miteinander verbunden werden.



Fotos: Quartiermanagement Trier-Nord,
Maria Ohlig, Trier

Die Startphase bildete der Kauf dreier vom Bund angebotener sanierungsbedürftiger Häuser – allerdings unter der Bedingung, dass sich Land und Kommune im Sinne einer Public Private Partnership weiterhin um Problemlösungen für die insgesamt rund 300 überwiegend benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner engagierten. Bei Gründung des Projekts wurden in diesem Zusammenhang folgende übergeordnete Ziele formuliert:

- Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner in den Sanierungsprozess mittels Beteiligung und Selbsthilfe,
- Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung,
- Schaffung von Arbeitsplätzen für die Bewohnerschaft.

Letzteres gestaltete sich zunächst schwierig, weil beispielsweise Handwerksfirmen kaum bereit waren, für Sanierungsmaßnahmen an Häusern der WOGEBE Arbeitslose aus dem Stadtteil zu beschäftigen oder Praktikumsplätze für Stadtteilbewohner in Qualifizierungsmaßnahmen bereit zu stellen. Daher gründete die WOGEBE unter anderem eine eigene Handwerksfirma als Tochterunternehmen („Haus-Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH [HVS GmbH]“), die anfänglich die Hausverwaltung der Genossenschaft über-

nahm und sich außerdem auf Trockenausbau spezialisiert hatte. Grundlage der Zusammenarbeit von WOGEBE und HVS sind fünf Bedingungen:

- Die WOGEBE sichert der HVS zu marktüblichen Preisen einen Teil der Sanierungsaufträge zu. Dies war gleichbedeutend mit einem Startkapital.
- Die HVS übernimmt als Gegenleistung Arbeitslose aus dem Stadtteil in die Firma und schafft Ausbildungsplätze.
- Die HVS ist bereit, in ihre Gewerke auch Selbsthilfeleistungen („Muskelhypothek“ der Genossenschaft) in zu vereinbarenden Größenordnung einzubinden und entsprechende Anleitung zu geben.
- Die HVS muss nach wirtschaftlichen Prinzipien arbeiten und sich auf dem freien Markt behaupten.
- Die HVS muss ihren Auftragsanteil am freien Markt sukzessive steigern.

Mittlerweile ist die HVS ein konkurrenzfähiges und erfolgreiches Handwerksverbundsystem mit fünf eingetragenen Meisterbetrieben und eigenem Baumanagement. Auf diese Weise konnten Langzeitarbeitslose aus dem Quartier in feste Arbeitsverhältnisse übernommen und bisher rund 70 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Entsprechend dem Bedarf im Gebiet werden von der WOGEBE in Kooperation mit dem Bürgerhaus Trier-Nord und der Stadt Trier derzeit folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Wohnraumsanierung,
- Wohnumfeldgestaltung (Gärten, Straßen, Plätze),
- Sanierung des Bürgerhauses als wichtiger sozialer Infrastruktureinrichtung,
- Verbesserung des Spielraumangebots; Spielplatzsanierung und -neugestaltung.

Geplant sind:

- Weiterentwicklung der Lokalen Ökonomie,
- Einrichtung eines Multimediazentrums,
- Ausbau eines differenzierten Freizeitangebots für Kinder und Jugendliche.

In der Genossenschaft werden Bewohnerinnen und Bewohner zu Teilhaberinnen und Teilhabern. Viele identifizieren sich dadurch stärker als bisher mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld. Das tatkräftige Anpacken im Rahmen von Selbsthilfe („Muskelhypothek“) sowie die Mitarbeit in Wohnerräten sind weitere Identifikationsfaktoren, die Hemmschwelle für Vandalismus steigt. Pädagogische Arbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern unterstützt den Beteiligungs- und Integrationsprozess.

Als Ergebnis kontinuierlicher Projekterweiterung umfasst der Wohnungsbestand heute rund 500 Wohneinheiten in 93 ehemals bundeseigenen Gebäuden und ehemaligen städtischen Wohnungen sowie im Rahmen der Konversion umgewandelter und verkaufte Wohnungen von Angehörigen des französischen Militärs.

Good-Practice-Begründung

Das *Mehrzielprojekt* „Integrative Sanierung – Wohnen, Arbeit und Teilhabe/Selbsthilfe“ in Trier-Nord umfasst die Elemente Wohnraumsicherung und -verbesserung, *Qualifizierung*, Beschäftigung und *Befähigung/Hilfe* zur Selbsthilfe. Der Genossenschaftsgedanke sowie die flankierende stadtteilbezogene Sozial- und Kulturarbeit des Bürgerhauses Trier-Nord unterstützen und fördern *Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* der Bewohnerinnen und Bewohner. Beides befördert ein *hohes Identifikationspotenzial* mit der eigenen Wohnung, dem Wohnumfeld und damit letztlich dem Gebiet.

Der *innovative Gehalt* des Projekts besteht in der Verknüpfung von Sanierungsmaßnahmen mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rahmen von Ausgründungen der Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg. Dabei sind nicht nur die arbeitsmarktwirksamen Effekte des am freien Markt zunehmend konkurrenzfähigen Tochterunternehmens HVS GmbH von Bedeutung, sondern auch dessen Beitrag zum Aufbau Lokaler Ökonomie, also *langfristig selbsttragender Strukturen* durch nachhaltiges Wirtschaften im lokalen und regionalen Bezug. Eine *dauerhafte (finanzielle) Sicherung* ist sowohl durch die Genossenschaftsstruktur als auch die erfolgreiche Platzierung des Tochterunternehmens am Markt gewährleistet.

Projekträger und Beteiligte

- Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg e.G. (WOGEBE) (Projekträger)
- Tochterunternehmen der WOGEBE
- Bürgerhaus Trier-Nord
- Stadt Trier, Amt für Soziale Gemeinschaftsaufgaben
- Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler
- Bewohnervertreter/Bewohnerräte
- Sozialeinrichtungen (Bürgerhaus Trier-Nord, Caritasverband und andere)

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder
- Jugendliche
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfängerinnen/-empfänger

Projektkosten und Finanzierung

- EU-Fördermittel (ESF)
- Wohnungsbauförderungsmittel (Bund)
- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Sozialhilfemittel nach BSHG

- Kinder- und Jugendhilfemittel nach KJHG (SGB VIII)
- Fördermittel Programm sozialer Wohnungsbau des Landes Rheinland-Pfalz
- Konversionszuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz
- Kommunale Mittel
- Genossenschaftsanteile
- Kapitalmarktmittel
- Nicht-monetäre Eigenleistungen
- Erwerbskosten: 13 Mio. Euro
- Sanierungsaufwand: 40 Mio. Euro
- Davon Selbsthilfe: 6 Mio. Euro
- Sanierungskosten je qm: 1 141 Euro bis 1 294 Euro
- Mieten in sanierten Wohnungen: 3,32 Euro bis 4,59 Euro je qm (ohne Nebenkosten) (Stand: Februar 2002)

Laufzeit

- Seit 1991, Finanzierung kontinuierlich gesichert

Weitere Informationen

- *Elsen, Susanne*, Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung, Neuwied 1998
- *GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., und andere (Hrsg.)*, Dokumentation des Wettbewerbes Preis Soziale Stadt 2000. Preisträger, Anerkennungen, Projekte der engeren Wahl, Teilnehmer, Berlin 2001
- *Ohlig, Maria, und Heinz A. Ries*, in: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (BzFdG) (Hrsg.), Genossenschaftliche Informationen 2/2001, Berlin 2001
- *Ries, Heinz A., und andere (Hrsg.)*, Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied 1997
- *WOGEBE (Hrsg.)*, Die Genossenschaft am Beutelweg, Broschüre, Trier 1999
- Die „Integrative Sanierung“ wurde bei der Vergabe des Preises Soziale Stadt 2000 mit einer Anerkennung ausgezeichnet:
 - ▲ www.genossenschaftsgedanke.de/GENOINFOS/GENOINFO_2_2001.html
 - ▲ www.sozialestadt.de/veranstaltungen/preis-sozialestadt/2000/D0102072.pdf

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Maria Ohlig WOGEBE Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg e.G. Am Beutelweg 10, 54292 Trier E-Mail: maria.ohlig@t-online.de Telefon: +49 (0)651/13272 Telefax: +49 (0)651/1441012	Achim Hettinger Stadt Trier Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben Bollwerkstraße 6, 54290 Trier E-Mail: achim.hettinger@trier.de Telefon: +49 (0)651/7181540 Telefax: +49 (0)651/7181548

*Stand 2003

Beispiel

Waller Dorf / Waller Dorf 2 / Waller Dorf 3

Bremen – Bremen-West/Walle, Bremen

Projektbeschreibung

Im Rahmen des 1990 gestarteten Projekts „Waller Dorf“ errichten Arbeitslose sowie Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Kooperation mit Handwerksbetrieben und einem Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger eine Wohnanlage in mehreren Abschnitten, die sie nach Fertigstellung selber nutzen können. Das in einem Altbauquartier gelegene Neubauprojekt verfolgt mehrere Ziele gleichzeitig:

- Benachteiligte Menschen leisten einen eigenständigen Beitrag für ihre Wohnungsverorgung. Sie haben ein per Kooperationsvertrag garantiertes Erstbelegungsrecht für die fertig gestellten Wohnungen.
- Dies fördert die Identifikation mit der Wohnanlage und beugt Vandalismus oder Übernutzung vor.
- Die Mitwirkung von der Planung bis zur Umsetzung sowie die Übernahme von Verantwortung bei der Projektdurchführung tragen zur Steigerung des Selbstwertgefühls und der Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei.
- Die Zusammenarbeit mit Handwerksbetrieben verbessert die Vermittlungschancen der Beteiligten in den ersten Arbeitsmarkt.

Über die Beschäftigungs- und Qualifizierungseffekte hinaus trägt das Projekt zur Aufwertung des über einen langen Zeitraum vernachlässigten Gebiets um das alte Waller Dorf bei. Bisher sind nicht nur drei Bauabschnitte der Wohnanlage in Reihenhausstruktur im öffentlich geförderten



Mietwohnungsbau fertig gestellt worden, sondern auch zusätzliche Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung Waller Dorf – Weiterentwicklung eines Grüngürtels, Herrichtung von Spielflächen, Verkehrsberuhigung – durchgeführt worden. Außerdem trägt das Projekt zur kulturellen und kommunikativen Auseinandersetzung im Wohnumfeld bei. Ein bereits zu verzeichnendes positives Ergebnis des Qualifizierungs- und Beschäftigungsansatzes ist die steigende Zahl der Vermittlungen in Ausbildung und Arbeit bei den beteiligten Betrieben. Der Projekterfolg hängt in starkem Maße vom kooperativen Zusammenwirken des Bau- und des Beschäftigungsträgers sowie der Verwaltung ab:

- Die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH erwirbt als Bauträger das Grundstück, akquiriert die Wohnungsbauförderungsmittel, plant und leitet das Bauvorhaben und übernimmt die fertig gestellten Wohnungen in ihre Verwaltung.
- Die Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbHg (WaBeQ) akquiriert Mittel der Arbeitsmarktförderung, setzt das Bauvorhaben praktisch um und organisiert die Qualifizierungsmaßnahmen. Die Ausbaugeräte werden von Handwerksbetrieben übernommen; diese arbeiten eng mit dem Beschäftigungsträger zusammen und bieten unter anderem Ausbildungs- und Arbeitsplätze an.
- Das Amt für Soziale Dienste übernimmt das Projektmanagement, die Koordination der unterschiedlichen Fördergelder und die sozialen Betreuung der Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Insgesamt sprechen die Beteiligten von einem auf diese Weise entstandenen Verbundsystem für abgestimmte wohnungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.



Fotos: WaBeQ Bremen

Good-Practice-Begründung

Die Aspekte *Qualifizierung*, Beschäftigung, Unterstützung bei der individuellen Lebensführung (*Befähigung*, Hilfe zur Selbsthilfe), Entwicklung des Wohnungsangebots für Benachteiligte, Wohnumfeldverbesserung sowie Aufbau von Kommunikationsstrukturen im Stadtteil weisen das „Waller Dorf“ als *Mehrzielprojekt* aus. Die im Zentrum des Projekts stehende Wohnanlage entsteht von der Planung bis zur Fertigstellung weitestgehend unter Mitwirkung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Dadurch sind sowohl ein *hoher Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* als auch ein starkes *Identifikationspotenzial* mit dem selbst geschaffenen Wohnraum gegeben. Der Projekterfolg kann wesentlich auf die *Kooperation unterschiedlicher Akteure* zurückgeführt werden.

Projektträger und Beteiligte

- Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbHg (WaBeQ) (Projektträger)
- Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Walle/Findorff – Projektentwicklung – (Projektträger)
- Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (Projektträger)
- Amt für Wohnung- und Städtebauförderung(AWS)
- Arbeitsamt Bremen
- bremer arbeit gmbH

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfängerinnen/-empfänger
- Wohnungslose

Projektkosten und Finanzierung

- Wohnungsbauförderungsmittel (Bund)
- Ausbildungsförderung
- Sozialhilfemittel nach BSHG
- Kommunale Mittel
- Mittel der Wohnungsbauunternehmen
- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (ABM)
- Europäischer Sozialfonds (ESF)

Die Baumaßnahme wird vom Bauträger, der Bremischen Gesellschaft, über Mittel des öffentlich geförderten Wohnungsbaus (1. Förderweg) finanziert.

Laufzeit

- Planung seit 1990, erste Phase von 1995-1998 (Modellprojekt des BMFSTJ), zweite Phase seit Herbst 1999, dritte Phase Frühjahr 2002 bis Dezember 2003, vierte und abschließende Phase 2004 bis 2005.

Weitere Informationen

- Das Projekt kam bei der Auslobung des Preises Soziale Stadt 2000 in die engere Auswahl:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., und andere (Hrsg.):
 Dokumentation des Wettbewerbes Preis Soziale Stadt 2000. Preisträger, Anerkennungen, Projekte der engeren Wahl, Teilnehmer, Berlin 2001.
- Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbHg; Amt für Soziale Dienste Mitte/West und Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H. (Hrsg.): „Waller Dorf 2 – Ein Quartier verändert sein Gesicht“, Broschüre, Bremen o.J.
- Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbHg, Amt für Dienste, Sozialzentrum Walle/Findorff und Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H. (Hrsg.): Waller Dorf 3 – Ein Quartier mit Tradition, Broschüre, Bremen o.J.
- www.sozialestadt.de/veranstaltungen/preisverleihung_2000.shtml
- 217.110.205.153/private/aktuell/images/Arbeitsmarktpolitik.pdf

Ansprechpartner*

Projektebene	Kommunalebene
Ernst Schütte Modellprojekt Waller Dorf 2, Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Walle/Findorff Projektentwicklung Waller Str. 2-4, 28219 Bremen E-Mail: Eschuette@ASDMiWe.bremen.de Telefon: +49 (0)421/361-10118 und -8313 Telefax: +49 (0)421/361-8506 www.wabeq.de	Keine

*Stand 2003

3.12 Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Wohnumfeld und öffentlicher Raum haben für Bewohnerschaft und Stadtteilbenutzer verschiedene Funktionen:

- sozial als Orte der Aneignung, Kommunikation, der zufälligen oder gezielten Begegnungen, der Sozialisation;
- kulturell als Aushängeschild des Stadtteils (Image) und der Bewohnerschaft (Adresse) sowie als Identifikationsmöglichkeit mit ihm;
- ökologisch als Orte für Spiel, Sport und Erholung;
- ökonomisch als Standorte für Einzelhandel und Dienstleistungen.

In den Gebieten der Sozialen Stadt leben zu großen Teilen weniger mobile Bevölkerungsgruppen, die besonders auf das Quartier mit seinen Einrichtungen und Angeboten angewiesen sind. Dem Handlungsfeld Wohnumfeld und öffentlicher Raum wird deshalb im Rahmen der Sozialen Stadt vorrangige Bedeutung zugemessen. Sowohl hinsichtlich der Ziele und der in die Integrierten Handlungskonzepte einbezogenen Handlungsfelder als auch der konkreten Projekte und Maßnahmen rangiert es im Rahmen der Programmumsetzung an erster Stelle. Gleichzeitig werden in den Wohnumfeldarealen die größten Entwicklungspotenziale gesehen, die Chancen für neue und ergänzende Nutzungsangebote darstellen.

Mit Maßnahmen und Projekten im Handlungsfeld Wohnumfeld und öffentlicher Raum werden Aufwertungs-, soziale Stabilisierungs- und Integrationsstrategien verfolgt. Räumliche Bezugseinheiten sind dabei Freiflächen, Straßen, Plätze, Innenhöfe – nicht nur in Wohngebäuden, sondern z.B. auch in Schulen. Derartige Maßnahmen sind im Rahmen von Stadterneuerung/Stadtteilentwicklung keinesfalls ungewöhnlich; neue Akzentuierungen und Qualitäten bestehen jedoch in der verstärkten Verknüpfung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie mit differenzierten Ansätzen der Bewohneraktivierung und -Beteiligung – sowohl bei Planung und Umsetzung als auch der Pflege:

- *Städtebauliche Qualifizierung* zur Verbesserung der Nutzungs- und Aufenthaltsqualitäten (z.B. Neuordnung der Erschließungs-, Parkierungs-, Sport- und Spielflächen, Umorganisation von Müll- und Abfallplätzen, Verbesserung von Wegebeziehungen, Beleuchtungskonzepte zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls, Verkehrsberuhigung);
- *Ergänzung um Einrichtungen für Sport, Spiel, Erholung und Begegnung* durch Zusatzeinrichtungen oder Umnutzung (z.B. Graffitiwände, Bolzplätze, Unterstände, Kinderbauernhof, Mietergärten);
- *Maßnahmen zur Verbesserung des Kleinklimas und zum Ausgleich ökologischer Defizite* (z.B. Aufbrechen versiegelter Flächen und Renaturierung, gemeinschaftliche Pflanzaktionen und Übernahme von Patenschaften, Begrünung von Fassaden und Dächern);
- *Inszenierung der öffentlichen Räume* z.B. zur Eröffnung neuer Sichtweisen auf das Quartier (temporäre oder dauerhafte [Kunst-]Installationen, Wegweiser und Orientierungshilfen usw.).

Beispiel

Hofumgestaltung im Vicelinviertel

Neumünster – Vicelinviertel, Schleswig-Holstein

Projektbeschreibung

Ein zentrales Problem des Vicelinviertels ist der Mangel an Grün- und Frei(zeit)flächen. Entsprechende Entwicklungspotenziale finden sich in der Vielzahl bisher wenig gestalteter, teilweise verwahrloster und daher kaum genutzter Wohnninnenhöfe. Nach Aufnahme des Gebiets in das Programm Soziale Stadt wurden Hauseigentümerinnen und -eigentümer im Rahmen einer Beteiligungsveranstaltung aufgefordert, unattraktive Hofflächen umzugestalten und für Mieterinnen und Mieter besser nutzbar zu machen. Dies stieß bei den Adressaten zunächst auf Ablehnung. Um die angesprochenen Hauseigentümerinnen und -eigentümer dennoch für das Vorhaben zu gewinnen, entwickelte die Stadt Neumünster in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und dem damaligen Landesministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau ein Finanzierungskonzept unter Einsatz von Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt.

Daraufhin ließen sich rund 40 interessierte Eigentümerinnen und Eigentümer im Bürgerbüro beraten. Vom Stadtteilmanagement moderiert wurden Gestaltungsideen gesammelt, Kosten ermittelt sowie Mieterinnen und Mieter an der Maßnahmenplanung beteiligt. Im Herbst 1999 begannen Umgestaltungs- und Aufwertungsarbeiten in elf Höfen – zusammengefasst zu einer von einem Landschaftsplanungsbüro koordinierten öffentlichen Ordnungsmaßnahme im Rahmen des Sanierungsverfahrens. Dabei schloss die Stadt mit jedem Einzeleigentümer einen Gestattungsvertrag. Durch die Zusammenfassung zu einer Maßnahme wurden die Gesamtkosten erheblich reduziert, die Hofgestaltungen aufeinander abgestimmt und Arbeitskräfte effektiver eingesetzt. Bis Ende 2000 sind auf diese Weise insgesamt 14 Höfe saniert worden. Im ersten Jahr erfolgte die Umsetzung unter Einsatz von Vergabe-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und im zweiten Jahr als Strukturanpassungsmaßnahme; zwei ehemals Langzeitarbeitslose konnten vom ausführenden Garten- und Landschafts-



Fotos: Karin Peters, Kronshagen

bauunternehmen in ein festes Angestelltenverhältnis übernommen werden. Weitere Eigentümerinnen und Eigentümer gestalteten ihre Höfe anschließend im Rahmen von Einzelmaßnahmen um.

Good-Practice-Begründung

Das Projekt „Hofumgestaltung im Vicelinviertel“ schafft Möglichkeiten zur *Identifikation* mit dem Gebiet, indem die Wohnumfeldsituation und damit die Lebensverhältnisse eines Teils der Quartiersbevölkerung verbessert werden. Darüber hinaus trägt es zur *Vernetzung und Kooperation verschiedener Akteure* bei: auf übergeordneter Ebene arbeiten Land, Kommunal- und Arbeitsverwaltung zusammen, im Quartier werden Mieterinnen und Mieter sowie die nicht in jedem Fall vor Ort wohnenden Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer über das lokale Quartiermanagement vernetzt. Schließlich sind im Rahmen dieses *Mehrzielprojekts* Baumaßnahmen an solche zur Beschäftigungsförderung gekoppelt, was bereits zu positiven Vermittlungsergebnissen in den Arbeitsmarkt geführt hat.

Projektträger und Beteiligte

- Stadt Neumünster, Fachdienst Stadtplanung (Projektträger)
- Gruppe Planwerk, Berlin (Projektträger)
- Landschaftsarchitekt (Projektträger)
- Garten- und Landschaftsbauunternehmen (Projektträger)
- BIG-Städtebau GmbH Kiel (Sanierungsträger)
- Stadt Neumünster, Fachdienst Stadtplanung
- Arbeitsamt Neumünster
- Mieterinnen und Mieter
- Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer
- Lokale (Garten- und Landschafts-)Bauunternehmen
- Gruppe Planwerk, Berlin
- Garten- und Landschaftsbauunternehmen

Zielgruppen

- Mieterinnen und Mieter
- Haus- und Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Private Mittel der Eigentümer
- Mittel der Arbeitsverwaltung

Laufzeit

- 1999 bis Ende 2000

Weitere Informationen

- Akademie aktuell. Informationsblatt der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Nr. 8/2000, S. 2 f.

*Ansprechpartnerinnen**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Karin Peters</p> <p>BIG-Städtebau GmbH Treuhänderischer Sanierungsträger der Stadt Neumünster Eckernförder Straße 212, 24119 Kronshagen</p> <p>E-Mail: k.peters@big-bau.de Telefon: +49 (0)431/5468-165 Telefax: +49 (0)431/5468-175</p>	<p>Kristin Streubel</p> <p>Stadt Neumünster Fachdienst Stadtplanung Brachenfelder Straße 1-3, 24534 Neumünster</p> <p>E-Mail: FachbereichIV@neumuenster.de Telefon: +49 (0)4321/942-2705 Telefax: +49 (0)4321/942-2648</p>

*Stand 2003

Beispiel

Schniewind'scher Park – Umgestaltung der Anlage mit intensiver Bewohner- beteiligung und Beschäftigungsförderung

Wuppertal – Ostersbaum, Nordrhein-Westfalen

Projektbeschreibung

Der rund 1,8 ha große Schniewind'sche Park – eine Grünanlage inmitten eines dicht besiedelten Wohngebiets – wurde im Rahmen einer umfangreichen Bürgerbeteiligung mit verschiedenen Möglichkeiten der Mitwirkung unterschiedlicher Zielgruppen umgestaltet. Anlass dafür waren verschiedene Probleme aufgrund der ursprünglichen Situation der Parkanlage. Dazu gehörten Angsträume insbesondere für Frauen und Kinder (unter anderem wegen Drogenhandel und -konsum im Park), ein unzureichendes und wenig gepflegtes Wegesystem, Verwahrlosung durch Hundekot und Müll. Der Spielplatz in der Parkanlage entsprach nicht mehr den Bedürfnissen der Kinder.

Als erster Schritt in Richtung Problemlösung informierte das Wuppertaler Grünflächenamt die Öffentlichkeit unter anderem durch Pressemitteilungen, Plakate und die Ansprache von Multiplikatoren zum Vorhaben, die Parkanlage unter großer Bürgerbeteiligung umzugestalten. Parallel dazu wurde die Einschätzung von Problemen bei den Betroffenen mittels Fragebögen, die auf einem Schulfest und im Park selbst verteilt wurden, sowie im Rahmen einer Passantenbefragung erhoben.

Umfassende Beteiligungsmöglichkeiten boten allen Interessierten die Gelegenheit, aus ihrer Alltagserfahrung sowohl Probleme mit der Parkanlage als auch Wünsche und Ideen für deren Umgestaltung in den Planungsprozess – beispielsweise durch die Mitarbeit an Plänen oder im Rahmen von Gesprächen mit Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern – einzubringen. Ziel war es, durch offene und interessante Veranstaltungen vor Ort möglichst viele Menschen in die Meinungsbildung einzubeziehen.

Bei den Beteiligungsstrategien standen vor allem Kinder als Akteure im Vordergrund; sie führten nicht nur die Passantenbefragung durch, sondern dokumentierten im Rahmen einer Erkundungstour durch den Park fotografisch sowohl ihre Lieblingsorte als auch Situationen, die ihnen missfallen. In einer gesonderten Beteiligungsaktion visualisierten



Fotos: Henner Lutterbeck, Wuppertal

sie ihre Umgestaltungswünsche durch die Anfertigung von Zeichnungen und Modellen. Gewünscht wurden unter anderem bessere und neue Spielgeräte, ein überdachter Treffpunkt, eine Fußballwiese mit Toren sowie der beschränkte Zugang für Hunde zu einem festgelegten Hundeauslauf. Außerdem wurde das Anlegen von Wasserflächen gewünscht.

Die Umsetzung des Vorhabens erfolgte im Rahmen einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme der Stadt Wuppertal über einen Beschäftigungsträger der Stadt. Erste Umsetzungsergebnisse sind die Neuverlegung von Wegen, das Ausdünnen von Gehölzen, eine zusätzliche Möblierung des Parks sowie die Umgestaltung des Kinderspielplatzes in einen Klettergarten. Außerdem wurden Dokumentationstafeln zur Parkgeschichte aufgestellt. Ein neu angelegter Weg wurde mit Mosaikplatten verziert, die von Kindern aus zwei Kindertagesstätten, einer Grundschule und einer offenen Jugendeinrichtung mit Hilfe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beschäftigungsprojekts hergestellt worden sind.

Good-Practice-Begründung

Durch die sehr differenzierten *Beteiligungsangebote* mit ihren vergleichsweise großen *Gestaltungsmöglichkeiten* konnten im Rahmen der Parkumgestaltung nahezu alle Bevölkerungsgruppen in Wuppertal-Ostersbaum erreicht werden. Die starke Mitwirkung der lokalen Bevölkerung an der Umgestaltung der Anlage – die von den Kindern hergestellten Mosaikbänder sind ein Beispiel – führte zu einem besseren Umgang mit dem Park, der heute ein *großes Identifikationspotenzial* darstellt. Die innerhalb eines kurzen Zeitraums umgesetzten und deutlich sichtbaren Maßnahmen haben eine *Impulswirkung für die weitere Stadtteilentwicklung*. Außerdem sind sie mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verknüpft worden (*Mehrzielprojekt*).

Projekträger und Beteiligte

- Stadt Wuppertal, Ressort Umwelt, Grünflächen und Forsten (Projekträger)
- Stadtbetrieb Weiterbildung
- Arbeitsamt der Stadt Wuppertal
- Wichernhaus Wuppertal gGmbH
- Stadtteilbüro im Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.
- Landschaftsarchitekturbüro

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Kinder/Jugendliche

Projektkosten und Finanzierung

- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III)
- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt
- Kommunale Mittel (Planungskosten)

Laufzeit

- Juni 1998 bis September 2001

Weitere Informationen

- *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)*, Handlungskonzept Wuppertal-Ostersbaum, Dortmund 2000
- *Stadt Wuppertal (Hrsg.)*, Sozialkulturelles Stadtteilmanagement - Wuppertal Ostersbaum. Dokumentation, Wuppertal 2002
- *Stadt Wuppertal, Ressort Umwelt, Grünflächen und Forsten (Hrsg.)*, Dokumentation Schniedwind'scher Park (in Arbeit)
- Informationen zum Stadtteilprojekt Ostersbaum:
[www.wuppertal.de/leben_in_wuppertal/ostersbaum.cfm?](http://www.wuppertal.de/leben_in_wuppertal/ostersbaum.cfm)

*Ansprechpartnerinnen**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
<p>Gabriele Kamp</p> <p>Stadtteilbüro Ostersbaum Platz der Republik 9-10, 42107 Wuppertal</p> <p>E-Mail: kamp.naba@web.de Telefon: +49 (0)202/2451970 Telefax: +49 (0)202/2451970 www.wuppertal.de</p>	<p>Jutta Schultes</p> <p>Stadt Wuppertal Geschäftsstelle der Geschäftsbereiche Soziales und Kultur, Verwaltungshaus Elberfeld Neumarkt 10, 42103 Wuppertal</p> <p>E-Mail: Jutta.Schultes@stadt.wuppertal.de Telefon: +49 (0)202/563-2879 Telefax: +49 (0)202/563-8009 www.wuppertal.de</p>

*Stand 2003

3.13 Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit

Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit stellen sich als Querschnittsaufgabe der Sozialen Stadt dar, in die alle anderen Handlungsfelder einbezogen sein können. Dabei geht es in erster Linie darum, durch den Abbau von Vorurteilen und Informationslücken und den gleichzeitigen Aufbau von Kommunikationsnetzen und systematischer Berichterstattung Impulse zur Beteiligung an der Stadtteilentwicklung zu geben, realistische Entwicklungsperspektiven für den Stadtteil zu entwickeln und Identifikationsmöglichkeiten mit den Quartieren zu schaffen. Zunehmend setzt sich ein Verständnis durch, das Öffentlichkeitsarbeit vor allem als Instrument von Aktivierungs- und Beteiligungsansätzen begreift. Beteiligungs- und dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit gewinnt in den Programmgebieten daher an Bedeutung. Die bisher schon praktizierte Maßnahmenpalette zur Stärkung eines positiven Quartiersimages ist bunt. Insgesamt lassen sich aus der bisherigen Programmumsetzung folgende drei charakteristische Strategien für das Handlungsfeld Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit ableiten: Förderung der Stadtteilöffentlichkeit sowie Informations- und Beteiligungsstrategien zur Programmumsetzung als eher Binnen-Strategien, die im Schwerpunkt auf die Rezeption im Gebiet ausgerichtet sind; vor allem außengeleitet ist die Strategie Förderung einer positiven Präsenz in den Medien.

- Insbesondere die Einrichtung von Stadtteilbüros als Orten der Informations- und Kontaktvermittlung, die Veranstaltung von Stadtteilsten, gemeinsame Stadtteilspaziergänge, Ausstellungen und Lesungen sowie die Herausgabe von Stadtteilzeitungen tragen zur *Förderung der Stadtteilöffentlichkeit* bei. Darüber hinaus bieten eigens herausgegebene „Wegweiser“, Führer, Infobroschüren und themenbezogene Pläne, Stadtteilkarten beispielsweise mit Verzeichnis von Vereinen, Treffpunkten, Sozialen Dienste usw. ein Informationsangebot, mit dem die Entwicklung von Stadtteilöffentlichkeit gestützt wird.
- Mit Aufnahme der Quartiere in das Programm Soziale Stadt wurden in vielen Gebieten *umsetzungsbezogene Informations- und Beteiligungsstrategien* etabliert. Hierzu gehören Informationsveranstaltungen zu Planungs- und Umsetzungsstand des Programms, die Durchführung von Bürgergutachten, Zukunftskonferenzen sowie Planungswerkstätten, die Veranstaltung von Stadtteilforen oder -konferenzen und die Einrichtung von Runden Tischen.
- Weiter kommt es darauf an, eine engagierte und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den örtlichen und überörtlichen Medien – Presse, Funk, Fernsehen, Internet – zu forcieren und zu kultivieren, insgesamt geht es damit um die *Förderung einer positiven Präsenz in den Medien*. Dabei kann es nicht darum gehen – wie oft bei professionellen PR-Konzepten –, Signets und Slogans zu entwickeln, die sich von der konkreten Situation lösen; vielmehr besteht Konsens darüber, dass alle Bemühungen um ein positives Images nur als Echo auf reale Verbesserungen aufgebaut werden können.

Beispiel

StadtTEILmarketing Gaarden Kiel – Gaarden, Schleswig-Holstein



Projektbeschreibung

Im ehemaligen Werft-Arbeiterstadtteil Gaarden auf dem Ostufer der Landeshauptstadt Kiel leben überdurchschnittlich viele (Langzeit-)Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Migrantinnen und Migranten. Die zunehmenden Abwanderungen einkommensstärkerer Haushalte sowie von Einzelhandelsunternehmen mit höherwertigen Warenangeboten tragen zum allmählichen Niedergang der lokalen Ökonomie bei. Um dem damit verbundenen schlechten Image des URBAN- und Soziale Stadt-Fördergebiets entgegenzuwirken, wurde im Jahr 2001 der Arbeitskreis StadtTEILmarketing gegründet.

Der Arbeitskreis setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wohnungswirtschaft, des Einzelhandels, des Wohnungsamtes der Stadt Kiel sowie Privatpersonen zusammen und wird vom Stadtteilmanagement (Gemeinschaftsbüro Soziale Stadt/URBAN) moderiert. Der Arbeitskreis verfolgt das Ziel, die Attraktivität des Einzelhandelsstandorts und Wohnviertels Gaarden zu steigern. Dazu bedient er sich folgender Strategien:

- Abgestimmte Förderung von stadtteilspezifischen Projekten;
- Aufbau von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, in denen öffentliche und private Aktivitäten besser koordiniert und wirksamer gestaltet werden können;
- Ressourcenbündelung mit Fokus auf Gaarden.

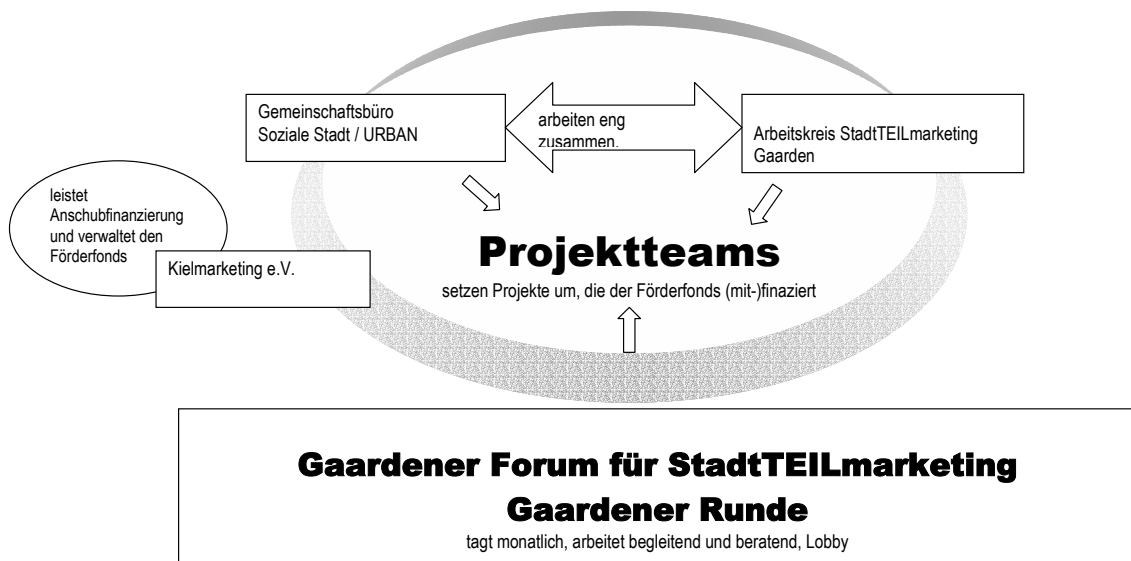
Entsprechende Aktivitäten von StadtTEILmarketing finden in den Bereichen Wohnumfeldgestaltung/Umwelt, Gestaltung des Einkaufszentrums, Kultur/Bildung/Freizeit/Events/Tourismus sowie Image/Kommunikation/Öffentlichkeit statt. Im Einzelnen wurden unter anderem folgende Aktionen durchgeführt oder sind geplant:

- Stadtteilrundgänge,
- Koordinierung der individuellen Einzelhandelswerbungen zu einem einheitlichen Werbekonzept inklusive prägnantem Slogan mit Logo,
- Vereinheitlichung der Ladenöffnungszeiten,
- Erarbeitung eines Einkaufs- und Stadtteilführers Gaarden,
- Events/Veranstaltungen im öffentlichen Raum,
- Begrünungs- und Verschönerungsaktionen,
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit,
- Tourismuswerbung.

Durch die kontinuierliche Einbindung des Stadtteilmanagements und des Kieler Amtes für Wohnungsbau und Wohnungswesen, das die Federführung für das Programm „Soziale Stadt“ innehat, wird die Koordinierung der Aktivitäten des StadtTEILmarketings mit denen anderer Initiativen sowie den im Rahmen des Programms Soziale Stadt durchgeführten Projekten gewährleistet.

Zur Finanzierung der Aktivitäten des Arbeitskreises wurde von den Beteiligten der „Förderfonds Gaarden“ mit einem Startkapital von rund 10 000 Euro gegründet. Die Verwaltung des Fonds wurde an den stadtweit operierenden Verein Kiel-Marketing e.V. übergeben, um keine eigenen Strukturen aufbauen zu müssen. Mit der Einbindung des Vereins in die Aktivitäten und Planungen des Arbeitskreises ist die Abstimmung auf gesamtstädtischer Ebene gesichert.

Träger- und Organisationsstruktur



Quelle: Büro Soziale Stadt Gaarden, Kiel

Good-Practice-Begründung

Die vielfältigen Aktionen des Arbeitskreises StadtTEILmarketing zur Belebung der Lokalen Ökonomie und damit zur Imageverbesserung für Kiel – Gaarden haben *Impulswirkungen für die gesamte Stadtteilentwicklung*. In *Kooperation unterschiedlicher Akteure* werden direkte Marketingstrategien, eine *intensive Öffentlichkeitsarbeit*, aber auch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen durchgeführt, von denen insbesondere die lokale Quartiersbevölkerung profitiert; darin steckt ein *hohes Potenzial zur Identifikation mit dem Gebiet*.

Das Projekt zeichnet sich darüber hinaus durch seine Einbettung in die Projektlandschaften von URBAN und Sozialer Stadt aus, ist also *in* ein stadtteilentwicklungspolitisches *Gesamtkonzept eingebunden*. Zudem ist seine *Finanzierung* durch festgelegte Beitragszahlungen der Arbeitskreismitglieder *dauerhaft gesichert*.

Projektträger und Beteiligte

- Büro Soziale Stadt Gaarden (Projektträger)
- URBAN-Büro Kiel (Projektträger)
- Verschiedene Ämter der Landeshauptstadt Kiel
- Stadtrat
- Ostufer City Gaarden – lokale Werbegemeinschaft
- Lokale Unternehmen/Einzelhandel
- Lokale Wohnungsunternehmen
- Banken
- Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer
- Verein „Kiel-Marketing e.V.“ (Verwaltung des „Förderfonds Gaarden“)
- Stadtteilmanagement (Gemeinschaftsbüro Soziale Stadt/URBAN)
- Quartiersbevölkerung
- Vereine und Verbände
- Kunst- und Kulturträger
- Medien

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Unternehmen/Gewerbetreibende

Projektkosten und Finanzierung

- Kommunale Mittel
- Mittel der Wohnungsunternehmen
- Sonstige private Mittel

Beitragsschlüssel Förderfonds Gaarden

Wohnungswirtschaft	Bestimmter Beitragssatz pro Wohnung und Monat
Einzelhändler	Zwischen 75 und 350 Euro Jahresbeitrag (nach Verkaufsfläche/Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)
Sonstige Unternehmen, Gewerbetreibende	Mindestens 100 Euro Jahresbeitrag (nach Jahresumsatz/Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)
Privatpersonen	Mindestens 25 Euro pro Jahr

Laufzeit

- Seit Oktober 2000, Finanzierung kontinuierlich gesichert

Weitere Informationen

- Literaturhinweise werden auf Wunsch im Büro Soziale Stadt Gaarden gegeben

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Semra Başoğlu Büro Soziale Stadt Gaarden Mathildenstraße 23-25 24148 Kiel E-Mail: Sbgarden@aol.com Telefon: +49 (0)431/7201604 Telefax: +49 (0)431/7201605	Manfred Wagner Landeshauptstadt Kiel Amt für Wohnungsbau und Wohnungswesen Postfach 1152 24099 Kiel E-Mail: wohnungsamt@LHstadt.kiel.de Telefon: +49 (0)431/901 1064 Telefax: +49 (0)431/901 6 2350

*Stand 2003

Beispiel

Logo- und Slogan-Wettbewerb

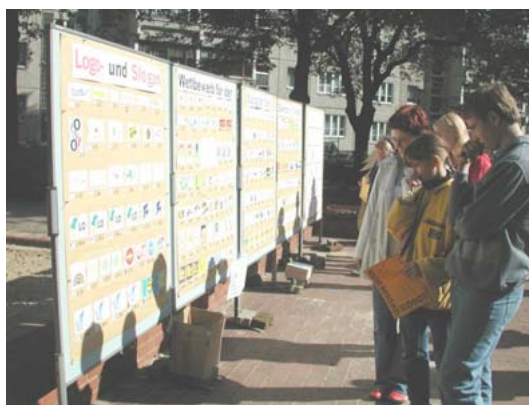
Leipzig – Leipziger Osten, Sachsen

Projektbeschreibung

Die Idee zu einem Logo- und Sloganwettbewerb entstand Anfang 2001 in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Image des Forums Leipziger Osten. Ziel war einerseits, durch Logo und Slogan für den Leipziger Osten die Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem Stadtteil zu fördern und in anderen Stadtgebieten auf den Leipziger Osten neugierig zu machen. Andererseits sollte der zweimonatige Wettbewerb auch zur Klärung der Frage dienen, was den Leipziger Osten auszeichnet und was markante Eigenschaften des Stadtteils sind.

Durch die Ausschreibung wurden sowohl Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets als auch Werbefachleute angesprochen. Mit Handzetteln (5 000 Exemplare), die in Läden und Einrichtungen des Stadtteils verteilt wurden, mittels einer stadtweiten Presseinformation sowie im Forum Leipziger Osten und auf Stadtteilstesten wurde auf den Wettbewerb aufmerksam gemacht. Das Ergebnis waren über 80 Einsendungen mit mehr als 120 Vorschlägen für Logo und Slogan.

Die eingesandten Vorschläge wurden anonymisiert und gestalterisch vereinheitlicht auf Moderationswänden im Rahmen von zwei Stadtteilstesten sowie vor einem kleinen Einkaufszentrum präsentiert. Dabei konnten die Bewohnerinnen und Bewohner per Stimmzettel ihre Favoriten auswählen. Die so getroffene Vorauswahl wurde mit lokalen Akteuren in einem Workshop zum Thema „Imageentwicklung des Leipziger Ostens“ diskutiert und auf zehn Logos und Slogans reduziert. Im November 2001 schließlich wurden während einer Sitzung des Forums Leipziger Osten das beste Logo und der beste Slogan ausgewählt und prämiert. Das Sieger-Logo mit dem Schriftzug „Leipziger OSTEN – Im Osten geht die Sonne auf“ soll für alle Aktivitäten, Veranstaltungen und Baumaßnahmen verwendet werden und überall dort präsent sein, wo über die vielen kleinen Erfolge im Leipziger Osten gesprochen wird. Als Preise wurden 3 000 DM für das beste Logo und 1 000 DM für den besten Slogan vergeben.



Fotos: Ralf Elsässer, Leipzig

Good-Practice-Begründung

Die Logo- und Sloganentwicklung ist durch einen *hohen Grad an Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten* für die Quartiersbevölkerung gekennzeichnet. Dies macht gleichermaßen den *innovativen Gehalt* des Projekts aus, da hier an die Stelle der Beauftragung einer Werbeagentur ein Bewohnerwettbewerb getreten ist. Der Wettbewerb wurde durch eine vielfältige und *offensive Öffentlichkeitsarbeit* begleitet. Logo und Slogan werden inzwischen von vielen Einrichtungen, darunter auch den Bürgervereinen, regelmäßig in den eigenen Publikationen genutzt; dies dokumentiert, dass der Wettbewerb auch zu einer Stärkung der *Identifikation mit dem Stadtteil* geführt hat.

Projektträger und Beteiligte

- Forum Leipziger Osten (Projektträger)
- Büro Doppelspitze (Projektträger)
- Stadtteilmanagement
- Quartiersmanagement Volkmarsdorf
- Quartiersbevölkerung
- Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung
- Lokale Akteure

Projektkosten und Finanzierung

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt – 3 000 DM
- Sponsorenbeitrag der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft – 1 000 DM

Laufzeit

- 2001

Weitere Informationen

- „Im Osten geht die Sonne auf“ – Na Logo, in: Soziale Stadt. Stadtteilmagazin Leipziger Osten, Nr. 6, Dezember 2001, S. 3
- www.leipziger-osten.de
- www.volkmarsdorf.de

*Ansprechpartnerin und -partner**

<i>Projektebene</i>	<i>Kommunalebene</i>
Ralf Elsässer Büro Doppelspitze Otto-Schill-Straße 1, 04109 Leipzig E-Mail: elsaesser@doppelspitze.de Telefon: 49 (0)341/2126450 Telefax: +49 (0)341/2126451 www.doppelspitze.de	Petra Hochtritt Stadt Leipzig Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung Prager Straße 26, 04092 Leipzig E-Mail: phochtritt@leipzig.de Telefon: +49 (0)341/123-5454 Telefax: +49 (0)341/123-5444

*Stand 2003

Quellen/Literatur

- Alisch, Monika*, Stadtteilmanagement: Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dieselbe (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen 1998.
- ARGEBAU, Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen*, Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, zweite Fassung, Stand 1. März 2000, abgedruckt in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Programmgrundlagen, Berlin 2000, S. 32 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3).
- Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter*, Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Abschlussbericht der Programmbegleitung-vor-Ort, Dortmund 2002 (ILS-Schriften, Bd. 186).
- Becker, Heidede, Christa Böhme und Ulrike Meyer*, Integriertes Handlungskonzept. Steuerungs- und Koordinierungsinstrument für die soziale Stadtteilentwicklung, in: Soziale Stadt Info 6 (2001).
- Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.)*, Quartiermanagement – Ein strategischer Stadt(teil)entwicklungsansatz. Organisationsmodell und Praxisbeispiele, Transferprodukt der Netzwerkarbeit, o.O., November 2002.
- Birkhölzer, Karl, Günther Lorenz und Monika Schillat*, Lokale Partnerschaften zur Förderung sozialen Zusammenhalts. Verfahren und Instrumente erfolgreicher Partnerschaftsentwicklung, Berlin 2001.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.)*, Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Bd. I, Bonn 1998 (Reihe Werkstatt: Praxis Heft 4).
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.)*, Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Bd. II, Bonn 1999 (Reihe Werkstatt: Praxis, Heft 6).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.)*, Innovative Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Berlin 2000 (www.werkstatt-stadt.de).
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtentwicklung. Dokumentation, Berlin 2002 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 7).
- Deutsches Institut für Urbanistik*, Strategien für die Soziale Stadt – Erfahrungen und Perspektiven, Berlin 2003.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Good Practice in Neubauquartieren. Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin, März 2002 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 9).
- Franke, Thomas, und Gaby Grimm*, Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung, in: Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.), o.O.
- Friedmann, John*, Die verwundete Stadt. Gedanken zur Sozialplanung der Stadt, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“. Dokumentation der Veranstaltung am 7. und 8. Mai in Berlin, Berlin, November 2002 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 8).
- Geiling, Heiko, Thomas Schwarzer, Claudia Heinzelmann und Esther Bartnick*, Begleitende Dokumentation der PvO im Modellstadtteil Hannover-Vahrenheide. Endbericht, Hannover 2002.
- Hinte, Wolfgang*, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement, in: Monika Alisch (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen, Opladen 1998.
- Krautzberger, Michael, und Birgit Richter*, „Die soziale Stadt“ – Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik und in der Sozialarbeit, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 1 (2002).
- Lüttringhaus, Maria*, Förderung von Partizipation durch integrierte Kommunalpolitik: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm (Stand 9/2001).
- Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.)*, Good-practice Leitfaden Die Umweltallianz Sachsen-Anhalt. Beispiele aus der Praxis, Magdeburg 2002.
- Mohrlock, Marion, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder*, Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München 1993 (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113).
- Preuß, Thomas, und Jens Libbe (Hrsg.)*, Workshop Best practice und Indikatoren, Dokumentation „Forum Stadtökologie“ 8, Berlin 1998 (Deutsches Institut für Urbanistik, Reihe Forum Stadtökologie).

RKV Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. (Hrsg.), Good Practice an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Kommunen, Eschborn 2001.

Städte-Netzwerk NRW (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Ihrer Stadt. Ein Leitfaden für Kommunen und Initiativen, Unna 2002.


Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2002) vom 19. Dezember 2001/9. April 2002, Art. 2, Abs. 6.

Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt

bisher erschienen:

- Band 1 Vorbereitungspapiere zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Juni 1999
- Band 2 Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ Beiträge der Referenten, Juli 1999
- Band 3 Programmgrundlagen, Februar 2000
- Band 4 Dokumentation der Starterkonferenz, Mai 2000
- Band 5 Impulskongress Quartiermanagement – Dokumentation, Januar 2001
- Band 6 Wirtschaften im Quartier – Fachgespräch, August 2002
- Band 7 Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtteilentwicklung – Dokumentation, September 2002
- Band 8 Kongress „Die soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ Dokumentation, November 2002
- Band 9 Good Practice in Neubauquartieren. Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik 

Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin